Münster.1932.№4 Phil. Diss.

Geschichte

Der Einfluss des Grafen Witte auf die deutsch-russischen Beziehungen

Inaugural-Dissertation zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster in Westfalen

vorgelegt von

Alfred Klein

aus Sende

Druck der Buchdruckerei der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld. (1932)

Geschichte

Der Einfluss des Grafen Witte auf die deutsch-russischen Beziehungen

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der philosophischen Doktorwürde der Philosophischen und Naturwissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster i. W.

vorgelegt von

Alfred Klein

aus Sende

Tag der mündlichen Prüfung: 2. März 1931
Dekan: Herr Professor Dr. R. Schmidt
Referent: Herr Professor Dr. Wätjen

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Dem Andenken meines Vaters

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547410_0089

Vorwort

Die vorliegende Arbeit versucht, die außenpolitische Stellungnahme des Grafen Witte besonders in seinem Verhältnis zu Deutschland zu klären und festzustellen, welche Rolle er bei den wichtigen Entscheidungen in dem Verhältnis der beiden Nachbarreiche gespielt hat, die während seiner Amtszeit fielen oder vorbereitet wurden.

Benutzt wurde die Memoirenliteratur, besonders die Erinnerungen des Grafen Witte und die Veröffentlichungen von W. von Korostowetz und von Mich. Freiherr von Taube; die beiden ersten Bände der Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow wurden ebenfalls noch herangezogen.

Grundlegend für die Arbeit waren die deutschen und die britischen Aktenpublikationen. Von den französischen Dokumenten konnte der I. Band der 2. Serie benutzt werden, der das Jahr 1901 behandelt. Die belgischen Dokumente wurden vielfach zum Vergleich herangezogen. Die österreichisch-ungarischen Akten boten nur einige Anhaltspunkte für die politische Stellungnahme Wittes nach seiner Entlassung.

Wichtige Unterlagen für einzelne Fragen, besonders bezüglich der Anleihepolitik Wittes, bildeten die Akten von Herrn Dr. Paul H. von Schwabach, deren Benutzung mir liebenswürdigerweise gestattet wurde, wofür ich Herrn von Schwabach zu großem Dank verpflichtet bin. Ebenso habe ich Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. A. Mendelssohn-Bartholdy, Herrn Professor Dr. Hoetzsch und Herrn Professor Dr. K. Stählin für freundlichen Rat in Einzelfragen zu danken.

Ganz besonderer Dank gebührt Herrn Professor Dr. Wätjen, der die Arbeit angeregt und mit dauerndem Interesse verfolgt und gefördert hat.

Abkürzungen:

Belg. D. = Die Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges.

Brit. D. = British Documents on the Origins of the War.

Doc. Dipl. Fr. = Documents Diplomatiques Français.

G. P. = Die Große Politik der Europäischen Kabinette.

Oe. A. = Oesterreich-Ungarns Außenpolitik.

Inhalt

Einleitung 7

I. Wittes außenpolitischer Einfluß auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

a) Handelsvertragsverhandlungen 11
b) Anleiheverhandlungen 18

II. Wittes Stellung zu Deutschland in der Ostasienpolitik (Kiautschou) 38

III. Wittes Stellung zu der Frage der Bagdadbahn 47

IV. Wittes Stellung zu der Frage einer Kontinentalliga . . . 55

Zusammenfassung 100

Literatur-Verzeichnis 105

Einleitung

Das Deutsche Reich war seit 1871 ein „saturierter" Staat, und es war Aufgabe seiner Außenpolitik, den Frieden zu wahren, der seine wirtschaftliche Entwicklung und damit die Ernährung der schnell wachsenden Bevölkerung ermöglichte. Trotz der ungünstigen Lage des Reiches im Herzen Europas, eingekeilt zwischen zwei Großmächten, war der Friede in der letzten Zeit Bismarcks durch dessen überragende Staatskunst gesichert. Er hatte es verstanden, Frankreich, das in absehbarer Zeit stets bei geeigneter Koalition als unser Gegner auftreten würde, außenpolitisch isoliert zu erhalten. In den Beziehungen zu Rußland bot der 1887 abgeschlossene Rückversicherungsvertrag gewisse Garantien, wenn er auch als Geheimvertrag die immer stärker hervortretende Bewegung des Panslawismus nicht eindämmen konnte, weshalb Bismarck ihm auch nur bedingten Wert beimaß[1]). Doch bei dem russisch-österreichischen Gegensatz sicherten uns die guten Beziehungen zu Rußland im Verein mit denen zu der verbündeten Donaumonarchie eine günstige außenpolitische Stellung.

Durch die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages nach Bismarcks Abgang 1890 fühlte sich Rußland isoliert, weshalb die Beziehungen zu Frankreich noch unter Alexander III. enger gestaltet wurden; er schloß 1892 die Militärkonvention mit Frankreich ab, die 1894 zu einem Bündnis erweitert wurde. Die außenpolitische Entwicklung kam der Stimmung weiter und einflußreicher Kreise in Rußland entgegen, entsprach aber auch in hohem Maße wirtschaftlichen Erwägungen, indem sie das immer stärker werdende Anleihebedürfnis Rußlands befriedigte, das durch die wirtschaftlichen und währungstechnischen Maßnahmen hervorgerufen wurde.

Von französischer Seite wurde das Bündnis hauptsächlich politisch aufgefaßt, indem es den Revanchehoffnungen neue Nahrung gab, wodurch aber auch leicht die russische Außenpolitik eine anfangs nicht in der Schärfe gewollte Spitze gegen Deutschland erhalten konnte. Dieser politischen Tendenz wirkten starke Kräfte auch auf russischer Seite entgegen, da man sich der Gefahren bewußt war, die kriegerische Verwicklungen bei der damaligen wirtschaftlichen und sozialen Struktur Rußlands mit sich bringen mußten, weshalb man unter keinen Umständen eine antideutsche Richtung der russischen Politik zulassen wollte. Der Hauptexponent dieser Gruppe, ja bis zu einem gewissen Grade der Träger ihrer Ideen, war in den 90er Jahren und in dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts Graf Witte, nach dessen Sturz im Jahre 1906 das russische Reich sich endgültig in den Kreis unserer Gegner einspannen ließ.

---

[1]) Vgl. A. Helms, Bismarck und Rußland, S. 176 ff. und S. 189 ff.

Die innerpolitischen, vor allem wirtschaftspolitischen Verdienste Wittes werden allgemein anerkannt[2]). Umstritten ist seine außenpolitische Wirksamkeit[3]), die er in weitem Maße schon in seiner Eigenschaft als Finanzminister ausgeübt hat, da ja die auswärtigen Anleihen und die Handelsverträge während seiner Amtszeit eine so große Rolle spielten; aber auch der rein politische Einfluß Wittes war durch die Geltung, die er sich zu verschaffen gewußt hat, sehr groß, ja zuweilen maßgeblich.

Witte war durch Herkunft und Vorbildung nicht für die hohen und höchsten Aemter vorherbestimmt, die er später bekleidete; vielmehr hat er sich aus eigener Kraft zu diesen Stellungen emporgearbeitet[4]). Aber Heimat und Jugendzeit haben ihm wichtige Eindrücke verschafft, die für seine Entwicklung von bleibendem Wert geworden sind.

Am 29. Juni (n. St.) 1849 wurde er zu Tiflis geboren. Er wuchs auf unter der kaukasischen Sonne, in einem Lande, das nicht ausschließlich von griechisch-orthodoxer, großrussischer Bevölkerung bewohnt wurde, und es mußte ihm zum Bewußtsein kommen, daß Rußland viele Völker und Länder umfaßte. „Einer der verhängnisvollsten Irrtümer unserer Politik", sagte Witte später einmal, „ist, daß sie darauf zugeschnitten ist, als ob Rußland immer noch ein moskowitisches Zartum wäre; dabei ist es seit Peter dem Großen ein Weltreich, ein Imperium[5])."

Seine Jugend fiel in eine bewegte Zeit. Mit sechs Jahren erlebte er die Niederlage im Krimkrieg, und als Reaktion darauf begannen die inneren Reformen: Fünf Jahre später wurde die teilweise Bauernbefreiung durchgeführt, die weitere Maßnahmen nach sich zog. Die politische Einstellung der Intelligenz wird durch einen radikalen Reformwillen gekennzeichnet. Aber in Wittes schöner Heimat, dem reichen Kaukasus, waren die Verhältnisse nicht so eng wie in Großrußland. Das Wirtschaftsleben pulsierte hier schneller, leere Rangstreitigkeiten spielten hier nicht eine solch überragende Rolle, es kamen eher Verbindungen zwischen Adligen und Bürgerlichen vor, und Tüchtigkeit fand leichter ein Fortkommen.

Der Vater von Sergei Juljewitsch Witte, Julius Witte, aus protestantischer Familie deutscher Abstammung, hatte Landwirtschaft studiert und es zu dem Posten eines Chefs der Landwirtschaftsabteilung beim Statthalter im Kaukasus gebracht. Er trat zur griechisch-orthodoxen Kirche über, da er eine Adlige aus dem Hause

---

[2]) Hoetzsch, Rußland, S. 73; Witte, Erinnerungen, Einleitung von Hoetzsch, S. 16.

[3]) Hoetzsch, Rußland, S. 73; vgl. auch Hoetzsch, i. d. Einleitung zu Witte, Erinnerungen, S. 19.

[4]) Ueber Wittes Leben vergleiche G. Cleinow, Aus Rußlands Not und Hoffen, Bd. II, Graf Witte, S. 49—84; Graf S. J. Witte, Vorlesungen über Volks- und Staatswissenschaft, Vorwort v. J. Melnik, S. XI ff.; Hoetzsch, Rußland, S. 72 f.; Witte, Erinnerungen, Vorwort, v. Hoetzsch, S. 15 ff.; von Korostowetz, Graf Witte, S. 3 ff.

[5]) Witte, Vorlesungen, S. XI.

Fadejew heiratete, deren Mutter eine geborene Fürstin Dolgorukow war und damit einem der ältesten und vornehmsten Adelsgeschlechter Rußlands entstammte. Deutsches und slawisches Blut floß also in seinen Adern. „Diese Herkunft hat ihm wesentliche Charakterzüge vermittelt, aber auch verschuldet, daß er bis zum Ende seiner glänzenden Laufbahn weder in der Beamtenhierarchie noch am Hofe eine feste, von dauerndem Vertrauen getragene Stellung hat gewinnen können, weil er nicht unbedingt zum Nationalrussentum gerechnet wurde und auch innerlich nicht dazu gehörte[6])." Für seine Stellung im russischen Volkstum ist bezeichnend, daß er als Kind zwar eine deutsche und eine französische Bonne hatte, aber doch nicht fließend deutsch sprach. Er hatte es nicht lernen wollen, „weil er mit seinem deutschen Namen nie seine Karriere gemacht hätte, wenn er deutsch gesprochen hätte"[7]). Die Verhältnisse in Rußland lagen damals anders als unter Alexander II. Auch in seinen hinterlassenen „Erinnerungen" zeigt sich das Gefühl, „daß er kaum jemand getraut hat in der großen Zahl der Menschen, mit denen er zu tun hatte, und daß die anderen fast ausnahmslos auch ihm nicht oder nicht ganz getraut haben"[8]).

An der neu gegründeten Universität in Odessa studierte er Mathematik. Schon bald nach Beginn seines Studiums starb sein Vater, der wohlhabend gewesen war; aber seine Mutter stand den größeren wirtschaftlichen Unternehmungen, in denen das Vermögen steckte, hilflos gegenüber, und so verlor der Sohn die wirtschaftliche Unabhängigkeit. Noch als hoher Beamter hatte er Abzahlungen an die Staatskasse zu leisten.

Wenn Witte auch die Studien als Bester seines Jahrgangs beendete[9]), so können diese doch kaum als wissenschaftlich bezeichnet werden. „Als Autodidakt ist er aufgestiegen in der Eisenbahnverwaltung, in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, in der großen Politik überhaupt[10])." Hohe Intelligenz, die reichen Erfahrungen, die er in seinen verschiedenen Stellungen sammelte, und ein praktischer Sinn befähigten ihn zu diesem Aufstieg. Er trat nach beendetem Studium in die Verwaltung der südwestlichen Eisenbahnen ein, wo er rasch aufstieg und sich eine gründliche Kenntnis des Eisenbahnwesens verschaffte; das bis zur Revolution geltende „Eisenbahnreglement" stammt aus seiner Feder. Während des russisch-türkischen Krieges 1877/78 zeichnete er sich als Verkehrschef der damals besonders wichtigen Odessaer Zweigbahn aus. Nachdem er 1886 Chef der Südwestbahnen geworden war, trat er mit dem Beginn der Verstaatlichung der Eisenbahnen 1888 in den Staatsdienst über und wurde schon im Februar 1892 Verkehrsminister. Am 11. September des-

---

[6]) Hoetzsch, Rußland, S 72.
[7]) Carl Graf Moy, Was mir Minister Witte erzählte. Berliner Monatshefte, VIII, S. 836; vgl. auch Bülow, Denkwürdigkeiten, I, S. 96 ff.
[8]) Hoetzsch im Vorwort zu Witte, Erinnerungen, S. 15.
[9]) Korostowetz, S. 10.
[10]) Hoetzsch in Witte, Erinnerungen, S. 15.

selben Jahres übernahm er als Nachfolger Wyschnegradskis das Finanzministerium.

Zur Zeit des absolutistischen Regimes unterstanden die einzelnen Ressorts unmittelbar dem Zaren. Einen verantwortlichen Ministerrat gab es nicht. Witte wußte seinem Ministerium eine dominierende Stellung zu verschaffen, was schon dadurch begünstigt wurde, daß durch die grundlegenden Wirtschafts- und Finanzmaßnahmen dieses Amt im Vordergrunde der Geltung stand. Da während seiner Amtszeit auch das Handels- und Wirtschaftsressort mit seinem Ministerium vereinigt war, hatte er die gesamte Wirtschaftsmacht des Staates in der Hand.

Ueber ein Jahrzehnt hat er diese Stellung innegehabt. In seinen wirtschaftspolitischen Anschauungen war er ein Schüler Friedrich Lists, dem er auch eine Schrift widmete, und in der Zollpolitik folgte er Bismarck, er war ein Bewunderer des Kanzlers überhaupt.

Um die Wirtschafts- und Finanzmacht des Staates erwarb er sich größte Verdienste. Die Durchführung des Branntweinmonopols erfolgte in erster Linie aus fiskalischen Gründen. Die üblen Begleiterscheinungen, die das Gesetz durch die damit verbundene Förderung der Trunksucht hatte, zeigten sich besonders unter seinen Nachfolgern, die in dem Monopol mehr und mehr nur eine Steuerquelle sahen, wurde doch ein Viertel bis ein Fünftel des ganzen Budgets dadurch gedeckt[11]). Sein zweites Verdienst war die Durchführung der Währungsreform, die den russischen Kredit im Ausland wiederherstellte. Dadurch kam er in die Lage, seine größte wirtschaftspolitische Aufgabe zu lösen, nämlich die Schaffung einer nationalen Industrie durch Hereinnahme immer weiteren ausländischen Kapitals. Wegen dieser Maßnahmen wurde er vom Ausland und Inland heftig angegriffen[12]). Die Macht des Finanzministers aber und damit des Staates steigerte sich ungeheuer. „Kein Minister dürfte soviel zur Stärkung staatlicher Gewalt beigetragen haben wie Witte[13])."

Aus dieser Position leitete sich zunächst auch seine außenpolitische Stellungnahme ab, wie sie in den Handelsvertrags- und Anleiheverhandlungen zum Ausdruck kommt. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rußlands diktierten ihm seine politischen Forderungen, machten ihn zum hartnäckigen, seine Vorteile unbedingt wahrnehmenden Verhandlungspartner. Seine rein politischen Ansichten werden durch diese Forderungen des Tages oft verdeckt, kommen zunächst nur gelegentlich zum Ausdruck. Es ist nun zu fragen, ob sich bei ihm über solche Stellungnahmen hinaus eine Konsequenz in seinen außenpolitischen Erkenntnissen und Forderungen findet, ob seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen unter größeren politischen Gesichtspunkten zu sehen sind, und falls diese politische Konzeption vorhanden ist, ob und mit welchem Erfolge er sich für die Geltendmachung dieser Erkenntnisse eingesetzt hat.

---

[11]) Hoetzsch, Rußland, S. 73 f.

[12]) Vgl. P. P. Sibiriaseff, Exzellenz Witte. Ein Blick in die Geheimnisse der russischen Finanzpolitik.

[13]) Zitiert: Hoetzsch, Rußland, S. 75.

I. Wittes außenpolitischer Einfluß auf die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

a) Handelsvertragsverhandlungen

Als Witte das Finanzministerium übernahm, war für die Erreichung dessen, was er als Aufgabe vor sich sah — „die politische Europäisierung des Staates durch die wirtschaftliche zu ergänzen und zu beenden, damit jene dauernd zu sichern und die Grundlage für die kulturelle Europäisierung zu legen“[1]) —, schon durch seinen Vorgänger Wyschnegradski, der von 1887 bis 1892 im Amt war, wichtige Vorarbeit geleistet. Die Schaffung eines ausgedehnten Eisenbahnnetzes, woran schon Witte wesentlich mitgearbeitet hatte, und die auch weiterhin seine Sorge blieb, stellte erst die „Verbindung mit der Weltwirtschaft“ her und ermöglichte dadurch den Getreideexport in großem Umfange[2]). Allein die Landwirtschaft, dieses „tragende Fundament der ganzen Staatswirtschaft“[3]), machte damals schwere Krisen durch.

Die Bevölkerung wuchs stark — sie stieg von 1861 bis 1900 von 45 auf 85 Millionen Köpfe[4]) —, während die landwirtschaftliche Technik nicht Schritt hielt mit den gesteigerten Bedürfnissen, und auch die nur unvollständig durchgeführte Bauernbefreiung — die Bindung an den Mir bestand weiter — gestattete nicht die freie Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft. Weil aber der Steuerdruck der gleiche blieb, sich höchstens steigerte, war der Bauer gezwungen, mehr zu verkaufen, als er entbehren konnte, wodurch die Hungersnöte chronisch wurden[5]). Da auch die Weltmarktpreise sanken und die deutsche Schutzzollpolitik sich auswirkte, wurde der wirtschaftliche Druck immer stärker. Man suchte der Lage Herr zu werden durch Anwendung merkantilistischer Grundsätze, die schon Wyschnegradski vertrat, mit der Tendenz, „eine nationale Industrie zu entwickeln, damit Rußland sich womöglich selbst genügen könne“[6]).

Die Maßnahmen der späteren Witteschen Wirtschaftspolitik waren also schon eingeleitet, als er die Führung übernahm. Nur die Aufgaben waren viel größer, da trotz der Nöte des Wirtschaftslebens die Anforderungen, die der Staat an die Finanzkraft des Landes stellte, ungeheuer wuchsen.

In Bewältigung dieser Aufgaben hat er auch die ersten Handelsverträge für Rußland abgeschlossen und damit eine Arbeit zu Ende geführt, die ebenfalls schon unter seinem Amtsvorgänger eingeleitet worden war. Früher waren die Handelsbeziehungen zwischen Deutsch-

---

[1]) Hoetzsch, Rußland, S. 72.
[2]) Hoetzsch, Rußland, S. 70.
[3]) Hoetzsch, Rußland, S. 70.
[4]) Hoetzsch, Rußland, S. 159.
[5]) Hoetzsch, Rußland, S. 146 ff.
[6]) Hoetzsch, Rußland, S. 71.

land und Rußland nicht vertraglich geregelt, aber es war üblich gewesen, daß sich die beiden Mächte nach dem Prinzip der Meistbegünstigung behandelten[7]). Doch führte die Entwicklung dahin, daß auf beiden Seiten der Wunsch nach einer vertraglichen Regelung aufkam[8]), deutscherseits, weil sich Rußland zum Schutze seiner jungen Industrie gegen die Einführung deutscher Waren sperrte, während sich auf russischer Seite das Bedürfnis nach einer Regelung der Getreideausfuhr geltend machte, da „die Landwirtschaft mit ihrem Getreide erstickte und vollkommen ruiniert" wurde[9]).

Auf deutscher Seite standen dem Abschluß eines Handelsvertrages aber lange Zeit grundsätzliche Bedenken im Wege. Bismarck lehnte derartige Abkommen ab, und Herbert Bismarck erwiderte Giers, der ihm 1888 anläßlich des Kaiserbesuchs in Petersburg den Wunsch Wyschnegradskis nach zollpolitischen Abmachungen mitteilte, daß man entsprechende Anträge prüfen würde; er möchte aber jetzt schon für den Fall, daß die Verhandlungen ergebnislos verlaufen würden, hervorheben, daß „die wirtschaftlichen und die politischen Beziehungen großer Staaten an sich miteinander nichts zu tun" hätten[10]).

Deutschland glaubte, nach Rußland hin nicht viel verlieren zu können, da der russische Export den deutschen um ein dreifaches überragte[11]). So wurde der Zollkrieg fortgeführt. Schon 1887 hatte Deutschland einen Kampfzoll eingeführt, was notwendig geworden war, weil Rußland Deutschland gegenüber Tarifsätze in Anwendung brachte, die den Charakter eines „Prohibitivzolls"[12]) hatten und dadurch unseren Handel dem Seeverkehr gegenüber benachteiligten. Im Herbst 1890 äußerte die russische Regierung den Wunsch nach Zöllen, wie sie Oesterreich gegenüber in Anwendung gebracht würden, wogegen es das Meistbegünstigungsrecht einräumen wollte[13]). Deutschland nahm zunächst eine abwartende Haltung ein.

Dieser Lage sah sich Witte bei der Uebernahme des Finanzministeriums gegenüber. Um seine Position zu stärken, brachte er gegen starke Widerstände im Reichsrat einen Maximaltarif durch, der aber nur im äußersten Fall Anwendung finden sollte[14]). Ein Handelsvertragsprovisorium, das Witte im Sommer 1893 anstrebte, war aus formalen Gründen nicht möglich, da der deutsche Reichstag, dessen Zustimmung erforderlich gewesen wäre, in den Ferien war[15]). So ging der Zollkrieg weiter, und zwar in sehr verschärfter Form: Am 25. Juni 1893 führt Rußland den doppelten Zolltarif ein, am 15. Juli erhöht Deutschland den Zoll um 50 %, am 1. August tritt der russische

[7]) Witte, Erinnerungen, S. 167 f.
[8]) Vgl. Ibbeken, Staat und Wirtschaft, S. 166.
[9]) P. Schuwalow zu Herbert Bismarck, Okt. 1886; s. G. P. 5, Nr. 989, S. 67.
[10]) G. P. 6, Nr. 1345, S. 324; vgl. Ibbeken, S. 167.
[11]) G. P. 6, Nr. 1345.
[12]) G. P. 7, Nr. 1666, S. 449.
[13]) Vgl. Kronratsprotokoll v. 18. 2. 1894. G. P. 7, Nr. 1666, S. 448 ff.; Korostowetz, S. 117 ff.
[14]) Witte, Erinnerungen, S. 169 f.
[15]) Vgl. G. P. 7, Nr. 1662, S. 444, u. Nr. 1663, S. 144 ff.

Maximaltarif in Kraft. Witte griff zu Mitteln, die die ostdeutsche Landwirtschaft besonders empfindlich trafen, so zu einem Verbot an die polnischen Wanderarbeiter, sich nach Ostdeutschland zu begeben[16]). Solcher rigorosen Maßnahmen wegen wurde er heftig angegriffen. Man bezeichnete ihn in Petersburg als „politischen Abenteurer", der zum Kriege mit Deutschland treibe[17]). Sogar Herr von Giers rückte von ihm ab[18]). Die russische Landwirtschaft trug an diesem Kampf, bei dem der Finanzminister fast nur von Alexander III. gestützt wurde, noch schwerer als die deutsche; denn für sie wurden die stark gesunkenen Weltmarktpreise als Folge der sehr guten Weltgetreideernten der Jahre 1892 und 1893 besonders fühlbar[19]). Infolgedessen bestand auf russischer Seite große Neigung zu einer Verständigung[20]). Witte selbst bezeichnet die damaligen Handelsbeziehungen zu Deutschland als „ganz unmöglich"[21]). Da auch die deutsche Wirtschaft naturgemäß unter dem Zollkrieg sehr stark litt und der Wert der deutschen Ausfuhr erheblich zurückgegangen war, kam eine Einigung zustande. Am 9. Februar 1894 wurde der Handelsvertrag unterzeichnet, was auf beiden Seiten (bis auf die deutschen Landwirtschaftskreise) lebhaft begrüßt wurde.

Die scharfen Maßnahmen Wittes waren in der öffentlichen Meinung Rußlands auch politisch gewertet worden. So konnte der deutsche Konsul in Kiew berichten[22]), daß breite Schichten der Panslawisten Witte zu den ihrigen zählten und sein Vorgehen als ein „inszeniertes Manöver" ansähen, „um den Deutschen in der Meinung des russischen Volkes vollends zu diskreditieren". Diese Meinung sei so fest, daß man, als der Abschluß des Vertrages diese Ansicht widerlegt, ihn der Verantwortung zu entheben gesucht habe, indem man behauptete, „er habe nur dem persönlichen Willen Kaiser Alexanders nachgegeben". Dabei war Witte durchaus nicht deutschfeindlich gesinnt. An eine andere als friedliche Lösung des Konflikts hatte er nie gedacht, war vielmehr der Ansicht, daß der Handelsvertrag beiden Ländern dienen werde, da sie aufeinander angewiesen

---

[16]) S. M. von Propper, Was nicht in die Zeitung kam, S. 191 ff.

[17]) Korostowetz, S. 118; Witte, Erinnerungen, S. 170.

[18]) G. P. 7, Nr. 1665, S. 447. Ueber die Stimmung in russischen führenden Kreisen vgl. Graf Alfred Waldersee, Denkwürdigkeiten, II, S. 293: „Großfürst Wladimir, der hier ist, schimpft sehr über den Minister Witte und erklärt, daß er durch seine Torheit das ganze Unglück angerichtet habe" (Notiz aus Schwerin v. 24. 8. 1893).

[19]) Irene Grüning, Die russische öffentliche Meinung und ihre Stellung zu den Großmächten 1878—1894. S. 193.

[20]) Der freihändlerische „Vestnik Evropy" (9. Sept. 1893, S. 366 ff. u. 373 ff.) stellt zwei Tatsachen als wichtig fest, 1. daß die erfolglosen Handelsvertragsverhandlungen zwischen Rußland und Deutschland in keiner Verbindung mit den politischen Beziehungen stehen und nicht die übliche offizielle Freundschaft zwischen ihnen geändert haben; 2. daß von beiden Seiten, besonders von der russischen, der Wunsch überwiege, eine Verständigung zu erzielen und dem Konflikt ein Ende zu bereiten. s. J. Grüning, S. 193.

[21]) Witte, Erinnerungen, S. 170.

[22]) G. P. 7, Nr. 1671, S. 455 ff.

seien. Korostowetz berichtet, daß Witte damals in der kritischen Zeit seinem Großvater, der das Mißtrauen der amtlichen Kreise Petersburgs gegen die Maßnahmen des Finanzministers teilte, gesagt habe: „Wir werden eine Bresche schlagen und unsere Beziehungen zu Deutschland auf der Basis einer gerechten Wahrung der beiderseitigen Interessen aufbauen. Rußland wächst, es hat nicht so sehr Bedarf an Fertigfabrikaten, als an Maschinen und Kapitalien, Deutschland könnte und müßte dagegen den führenden Platz als meistbegünstigte Nation einnehmen, und zwar nicht nur in bezug auf die Erzeugnisse seiner Industrie, sondern auch in bezug auf die Unterbringung seiner und fremder Kapitalien[23])."

Das entschiedene Verhalten Wittes erregte Bismarcks Aufmerksamkeit, der ihn hoch einschätzte und ihm noch eine große Karriere voraussagte[24]).

Der Handelsvertrag schuf normale Beziehungen zwischen beiden Reichen und bildete, wie Witte mit Genugtuung festgestellt hat, die Basis für die Handelsverträge mit anderen Staaten[25]). Auch in der öffentlichen russischen Meinung wirkte der Abschluß des Vertrages durchaus versöhnlich auf die Gefühle Deutschland gegenüber. So ist es beachtenswert, „daß selbst die konservative Presse, bei aller Begeisterung für die „vollzogene" und „nicht mehr rückgängig zu machende engere Annäherung" Rußlands und Frankreichs, dem Handelsabkommen mit Deutschland nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Bedeutung beimaß. Sogar der „Russky Vestnik", der als einziger von den großen Vertretern der russischen Publizistik in den letzten Jahren offen und bestimmt die Notwendigkeit eines franco-russischen Bündnisses propagiert hatte, sprach wieder von der „befreundeten deutschen Nachbarschaft".[26])

Hinterließ so der Abschluß des Handelsvertrages einen durchweg guten Eindruck in der öffentlichen Meinung und waren auch die Handelsbeziehungen geregelt, so waren damit doch nicht alle Konfliktsmöglichkeiten auf diesem Gebiete beseitigt. Witte vertrat immer energisch die Interessen seines Landes und schreckte nicht vor scharfen Maßnahmen zurück. Doch es ist bezeichnend, daß in den Berichten der deutschen diplomatischen Vertreter stets seine grundsätzlich entgegenkommende Haltung betont wird. So nimmt der deutsche Botschafter Fürst von Radolin 1896 Gelegenheit, bei dem Bericht über Zolldifferenzen zwischen den beiden Nachbarländern seine Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen, daß Witte ernstlich gute Beziehungen zu Deutschland wünsche; er habe sich mit Begeisterung über das gute Verhältnis zwischen den beiden Herrschern ausgesprochen und ausdrücklich seine abweichende Auffassung von der des bekanntlich zweibundfreundlichen Außenministers Fürsten Lobanow-Rostowski betont[27]).

[23]) Korostowetz, S. 118.
[24]) Korostowetz, S. 25 u. 117; Witte, Erinnerungen, S. 170.
[25]) Witte, Erinnerungen, S. 172; Korostowetz, S. 119.
[26]) J. Grüning, S. 196 f., vgl. auch G. P. 7, Nr. 1670, S. 454 f.
[27]) G. P. 11, Nr. 2870, S. 372 f., vgl. auch G. P. 13, Nr. 3433, S. 70.

Er war unbedingt der Ansicht, daß diesen guten politischen Beziehungen die wirtschaftlichen entsprechen müßten, und er fand sich damit im ausgesprochenen Gegensatz zu der Ansicht Bismarcks[28]), daß man Wirtschaftspolitik „je nach Bedürfnis" treiben könne[29]), daß man „politisch gut stehen und sich wirtschaftlich bekriegen könne"[30]). Diese Auffassung findet ihren Niederschlag in einem Bericht des deutschen Botschafters in Petersburg[31]), nach dem Witte in dem Augenblick, in dem er sich gezwungen fühlt, Repressivmaßnahmen zu ergreifen, erklärt: „Ich will mit Deutschland gut stehen, es ist im beiderseitigen Interesse, freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten." Und er betont die Gefahr der Rückwirkung wirtschaftlicher Spannungen auf die Politik. In dieser Beziehung sei seine Stellung schwierig.

Der Handelsvertrag war für zehn Jahre abgeschlossen worden. Auf deutscher Seite wurde er hauptsächlich von agrarischen Interessenten bekämpft. Wenn auch in diesem Jahrzehnt schon versucht wurde, die betr. Bestimmungen für Deutschland günstiger zu gestalten, was natürlich nur sehr schwierig durchzusetzen war[32]), so konzentrierte sich doch das Hauptinteresse auf die Verhandlungen über den Vertrag, der 1904 an die Stelle des alten treten sollte. Diese Verhandlungen waren für Rußland mit Anleihewünschen belastet, und so unterhielt man sich auf deutscher Seite schon frühzeitig über die Frage, ob man gleichzeitig eine russische Anleihe gewähren solle. Witte hatte das ausländische Kapital dringend nötig, und in diesem Punkte wollte man ihm auf deutscher Seite entgegenkommen. Das hatte man ihn auch wissen lassen, während man von einem vorgesehenen Mindestzoll für Getreide, der höher lag als der bisher geltende, nicht abgehen wollte[33]). Damals hatte Rußland durch Mendelssohn eine Anleihe von 390 Millionen Mark erhalten[34]), welche Gelegenheit Graf von Alvensleben benutzen wollte, „um uns von Witte formelle schriftliche Zusagen für den russischen Tarif als Gegenleistung geben zu lassen"[35]), während Bülow in seiner Schlußbemerkung auf die „vitale Bedeutung" einer handelspolitischen Ver-

---

[28]) s. o. S. 12.

[29]) Randbemerkung Bismarcks aus dem Jahre 1887. s. Ibbeken, S. 111; vgl. auch Ibbeken, S. 166 f. Auch der Zar Alexander III. war dieser Ansicht. Ibbeken, S. 177.

[30]) Giers zu Marschall, Nov. 1891. Mit dieser Auffassung deckt sich ein Exposé Herbert Bismarcks aus dem Jahre 1887 für den Kaiser, in dem es bezüglich der wirtschaftspolitischen Mißverhältnisse (Lombardverbot!) heißt: „Diese und andere handelspolitischen Differenzen ont toujours existé, depuis 60 et 70 ans, sans informer notre intimitée politique et personelle." Ibbeken S. 111.

[31]) G. P. 13, Nr. 3521, S. 184 f.
Aehnlich äußert sich Witte nach G. P. 13, Nr. 3433, S. 70.

[32]) Vgl. G. P. 13, Nr. 3438, S. 75 f.; Nr. 3523, S. 187; Nr. 3532, S. 200 ff.; Nr. 3535, S. 206 f.

[33]) Nach einer Aufzeichnung des Unterstaatssekr. v. Mühlberg v. 18. 2. 1902. G. P. 18, Nr. 5404, Anm. ***

[34]) G. P. 18, Nr. 5404, S. 44, Anm. **

[35]) G. P. 18, Nr. 5404, S. 44.

ständigung mit Rußland hinwies[36]). Ehe es zu Verhandlungen über den Handelsvertrag kam, hatte sich schon eine neue russische Anleihe als nötig erwiesen, und Graf v. Alvensleben wandte sich im Mai 1903 entschieden dagegen, diese vorzeitig zu gewähren und damit einen Trumpf aus der Hand zu geben. Er hoffte zwar, daß Witte die Anleihe auch in andern Ländern nicht erhalten würde, wollte aber auch für diesen unwahrscheinlichen Fall an seiner abratenden Stellungnahme festhalten[37]).

Doch alle diese vorbereitenden Ueberlegungen wurden zunächst gegenstandslos, da Witte noch in demselben Jahre kaltgestellt wurde wegen seiner oppositionellen Haltung, die er der Entwicklung der Dinge im Fernen Osten gegenüber einnahm: Er wurde seines Amtes als Finanzminister enthoben und erhielt den einflußlosen, wenn auch ehrenvollen Posten des Präsidenten des Ministerkomitees[38]). Trotz seiner vielen Warnungen erhielt die Richtung von politischen Abenteurern wie Besobrasow und Alexejew die Führung und trieb Rußland der Katastrophe zu, die die wirtschaftlichen Erfolge der letzten zehn Jahre in Frage stellte[38a]).

So trat Rußland in weitaus schwächerer Position in die Handelsvertragsverhandlungen ein, als sie nur durch das Anleihebedürfnis und dessen Verquickung mit diesen Fragen gegeben gewesen wäre. Immer mehr Truppen mußten dem europäischen Rußland entzogen werden, die Westgrenze war entblößt, Frankreich blieb neutral. Da kam alles auf die Haltung Deutschlands an. Schon zu Anfang des Jahres 1904 hatte Wilhelm II. den Zaren des wohlwollendsten Verhaltens versichert, das Deutschland während des ganzen Krieges beibehielt, und das auch stets von Rußland anerkannt worden ist. Allerdings wünschte die deutsche Regierung, günstigere Bedingungen für den neuen Handelsvertrag durchzusetzen.

Die Vorverhandlungen hatten sich schon ziemlich lange ergebnislos hingezogen. Um schnell zum Abschluß zu gelangen, hielt man es auf deutscher Seite für angebracht, daß auf russischer Seite Witte die Verhandlungen führte; sein deutscher Partner sollte Bülow sein[39]). Zu diesem Zweck wandte sich der Kaiser, der sich gerade auf einer Mittelmeerfahrt befand, an den Zaren und empfahl ihm, wegen der Stockung in den Verhandlungen eine gewichtige Persönlichkeit, „einen Mann von ausgezeichneten Fähigkeiten, der in diesen

---

[36]) G. P. 18, Nr. 5404. Eine französische Anleihe kam damals nicht zustande, die deutsche wurde mehr als hundertfach überzeichnet, ohne daß Witte sich „in der von Graf Alvensleben urgierten Weise festlegen ließ". G. P. 18, S. 46. Anm.

[37]) G. P. 17, Nr. 5372, S. 577 ff.

[38]) s. u. S. 62.

[38a]) Zu der Rolle Besobrasows vgl. aber auch Friedrich von Steinmann, Rußlands Politik im Fernen Osten und der Staatssekretär Bezobrazov.

[39]) Bülow, Denkwürdigkeiten, II, S. 41 f., 45 f.; vgl. auch Bülow, Deutsche Politik, S. 321 f.

Dingen bewandert ist", direkt zu Bülow zu schicken[40]). Daraufhin übertrug der Zar die Aufgabe Witte[41]), der vom Kaiser willkommen geheißen wurde[42]). Die Verhandlungen wurden in Norderney geführt, wo Bülow sich damals aufhielt. — Witte war ohne Zweifel der berufenste Mann für diese Aufgabe. Und wenn er auch gern die Gelegenheit wahrnahm, „durch eine persönliche Leistung seine nichts weniger als gute Stellung bei seinem Souverän zu verbessern"[43]), so wußte er doch, wie undankbar dieser Auftrag war. Er hatte sich in Petersburg energisch gegen Konzessionen an Deutschland ausgesprochen. Lieber hätte er den alten Vertrag verlängert[44]). Aber aus allgemeinen Erwägungen ließ sich ein solcher Standpunkt nicht aufrecht erhalten. Für Entgegenkommen bei den Handelsvertragsverhandlungen wünschte man eine Anleihe auf dem deutschen Markt unterzubringen[45]). Deshalb konnte Witte es nicht auf einen Abbruch der Verhandlungen ankommen lassen, was seine Position schwächte. Schon in dem Schreiben, in dem der Zar die Ernennung Wittes mitteilte, hatte er weitgehendes Entgegenkommen zugesagt: „I have given directions to Witte to meet the German proposals as far as possible"[46]). Auch sonst war man über diese Absicht unterrichtet[47]). Witte empfand es bei den Verhandlungen sehr unangenehm, daß Rußland nicht die Freiheit der Entscheidung hatte[48]). Doch in Anbetracht der prekären Lage seines Vaterlandes erkennt er die Loyalität der Deutschen an, wenn er an den Kriegsminister Kuropatkin schreibt: „Wenn sie jetzt losschlagen würden! Ich bin überzeugt, in anderthalb Monaten hätten sie die Linie von Smolensk über Kiew bis Nikolajew besetzt!"[49]).

Auch die Tatsache, daß Witte damals in Rußland nicht an der Macht war, sondern daß er nur als der Mann, der im Ausland, insbesondere bei der Hochfinanz, das meiste Vertrauen genoß, mit der Aufgabe betraut war, stärkte seine Stellung nicht. Deutschland brauchte um so weniger geneigt zu sein, Konzessionen zu machen, als man schon aus diesem Grunde nicht annehmen konnte, daß Witte ohne Erfolg nach Hause zurückkehren werde. „Herr Witte wird es sicher nicht darauf ankommen lassen", schreibt Staatssekretär Freiherr von Richthofen an Graf Bülow, „daß die Verhandlungen mit ihm

[40]) Wilhelm II. an d. Zaren, Gaeta, 29. 3. 04. Goetz, Briefe Wilhelms II. an den Zaren. 1894—1914. S. 113 ff (S. 115).
[41]) Nikolaus II. an Wilhelm II., Tsarskoe Selo, 1. 6. 04. G.P. 19, Nr. 6034, S. 181 ff.
[42]) Wilhelm II. an den Zaren, Berlin, 6. 6. 04. Goetz, S. 120. G.P. 19, Nr. 6035, S. 182 ff.
[43]) P. H. v. Schwabach an Baron A. v. Rothschild, London. Berlin, 12. 7. 04. In: Paul H. von Schwabach, Aus meinen Akten, S. 55.
[44]) Witte, Erinnerungen, S. 181.
[45]) Witte, Erinnerungen, S. 181.
[46]) G. P. 19, Nr. 6034, S. 182.
[47]) v. Schwabach an den italienischen Schatzminister Luzatti, Berlin, 7. 7. 04 (v. Schwabach, S. 51) u. an Baron A. v. Rothschild, Berlin, 12. 7. 04 (v. Schwabach, S. 54 f.).
[48]) Witte, Erinnerungen, S. 183.
[49]) Korostowetz, S. 137.

scheitern und dann evtl. durch den Finanzminister (Kokowzow) wieder aufgenommen werden"[50]).

Es war klar, daß der Vertrag, der am 28. Juli 1904 unterzeichnet wurde, in weitem Maße den deutschen Wünschen entsprach. Witte erwirkte aber die Zulassung russischer Anleihen auf dem deutschen Markt. Dazu war es nicht nötig, wie Witte schreibt[51]), den Abschluß des ganzen Vertrages in Frage zu stellen. Mit der Anleihe hatte man in Deutschland schon vorher gerechnet[52]).

Witte hatte erreicht, was sich den Umständen nach erreichen ließ. Von einer Uebervorteilung Rußlands kann nicht gesprochen werden[53]). Der Zar dankte ihm aber nur kühl[54]). Doch andere Kreise, die Einsicht in die Zusammenhänge hatten, wußten seine Leistungen mehr zu würdigen. So nennt der einflußreiche russische Publizist S. M. von Propper das Ergebnis eine glänzende Lösung, besonders, da Witte die Anleihen von 500 und 200 Millionen mit nach Hause gebracht habe[55]). Wittes eigenen Wünschen entsprach das Ergebnis allerdings nicht, und er schob die Schuld auf die Abenteurerpolitik der damals führenden Kreise, gegen die er sich stets leidenschaftlich gewandt hatte. „Dieser unsinnige Krieg", schrieb er. „Wir müssen uns für 10 Jahre einen unvorteilhaften Handelsvertrag aufbürden lassen, nur um uns wenigstens mit Deutschland gut zu stellen!"[56]).

b) Anleiheverhandlungen

Wie die Handelsvertragsverhandlungen, so beeinflußten auch die Anleiheverhandlungen, die Witte während seiner gesamten Amtszeit zu führen hatte, seine politische Stellungnahme den wichtigsten Staaten gegenüber in hohem Maße, da sie eng mit den politischen Fragen verknüpft waren. Daß er das Kapital in diesem Ausmaße ins Land gezogen hat, ist sein größtes wirtschaftliches Verdienst[57]). Die Wege, die er dabei beschritt, waren ihm auch hier schon vorgezeichnet. Der deutsche Markt war infolge des von 1887 bis 1894 geltenden Verbots der Lombardierung russischer Wertpapiere bei der Reichsbank und der Seehandlung für Rußland gesperrt, weshalb schon Wyschnegradski sich an Frankreich wandte und 1888 dort die

---

[50]) G. P. 19, Nr. 6042, S. 195.

[51]) Witte, Erinnerungen, S. 183; ebenso Korostowetz, S. 137 f.

[52]) Bülow, Denkwürdigkeiten, II, S. 41 ff.; v. Schwabach, S. 51 u. 54 ff.

[53]) Friedjung, Heinr., Das Zeitalter des Imperialismus. 1884—1914. II, S. 307 f. Frhr. v. Schoen schreibt: „Wenn in einzelnen russischen Kreisen von einem Ueberwiegen deutscher Vorteile aus dem Vertrag gesprochen wurde, so sind dies Klagen, die nur selten bei Handelsverträgen auszubleiben pflegen. Tatsächlich waren die Beschwerden schwach begründet..." Frhr. v. Schoen, Erlebtes, S. 30.

[54]) Witte, Erinnerungen, S. 184.

[55]) v. Propper, S. 251.

[56]) Korostowetz, S. 138. Aehnlich sprach er sich 1905 dem brit. Geschäftsträger Spring-Rice gegenüber aus. Brit. D. IV, Nr. 69, S. 77 f.

[57]) Hoetzsch, S. 74. Paul Rohrbach, Deutschland unter den Weltvölkern, 5. Aufl., S. 85.

erste große russische Anleihe im Betrage von 125 Millionen Rubeln aufnahm, „sehr mit Unterstützung allgemein politischer Motive auf beiden Seiten"[58]). Diese Beziehungen waren in den folgenden Jahren sorgfältig ausgebildet worden, und dieses Erbteil übernahm Witte bei seinem Amtsantritt.

Die russische Außenpolitik hatte die Wendung nach Frankreich vollzogen und blieb dieser Richtung treu. Der Fürst Lobanow-Rostowski war ausgesprochen franzosenfreundlich[59]), und auch seine Nachfolger im Amt des Außenministers änderten diese Politik nicht. Da ist es immerhin bezeichnend, wenn Witte schon bald nach seinem Amtsantritt, und zwar vor Abschluß des Handelsvertrages von 1894, durchaus abweichende Ansichten äußerte, daß er nämlich Deutschland nicht nur handels-, sondern auch finanzpolitisch die erste Stelle einräumen möchte[60]). Korostowetz führt aus: „Zur Ueberraschung meines Großvaters sagte Witte, er wisse nicht, ob er diesen Tag noch erleben dürfe, aber kommen würde er bestimmt, da Amerika, der künftige Bankier der Welt, also auch Europas, bei einer vernünftigen Regelung der Frage sich Deutschlands als eines ehrlichen Maklers bei den Transaktionen mit Rußland bedienen würde"[61]). Doch war die Meinung über Wittes politische Stellung durchaus nicht einhellig; damals wie auch noch häufig später galt er geradezu als deutschfeindlich. Er mußte sich eben seine Maßnahmen in erster Linie von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten seines Landes diktieren lassen. War auch nach dem Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland das Lombardierungsverbot aufgehoben worden, so blieben doch die politischen Bindungen an Frankreich bestehen; außerdem war dort mehr anlegungsbedürftiges Kapital vorhanden, als in dem wirtschaftlich aufstrebenden Deutschland[62]). Der Abschluß der französich-russischen Anleihe in China 1895 zur Bezahlung der chinesischen Kriegsschulden, der weitgehend auf französischen Wunsch und mit Rücksicht auf russische Anleihewünsche getätigt wurde, gab der Meinung von der antideutschen Einstellung Wittes neuen Stoff. Die Maßnahme hatte in Berlin und in der deutschen Botschaft in Petersburg sehr verstimmt[63]). Doch entschloß man sich, aus diesem „Schachzug Wittes" keine Konsequenzen zu ziehen[64]). Jedenfalls war man damals überzeugt, daß Witte als „antideutsch" anzusprechen sei. „Die ganze Umgebung des Kaisers ist ausschließlich in antideutschem Fahrwasser", berichtet in jenen Tagen Fürst v. Radolin nach Berlin[65]), „und die Minister Witte und nach ihm Lobanow beherrschen den

[58]) Hoetzsch, S. 71.
[59]) Vgl. auch Herb. Zühlke, Die Rolle des Fernen Ostens in den politischen Beziehungen der Mächte 1895—1905. S. 56.
[60]) s. o. S. 14.
[61]) Korostowetz, S. 118.
[62]) Joh. Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches. III, S. 43.
[63]) G. P. 9, Nr. 2290, S. 311 ff. und Nr. 2281, S. 304.
[64]) G. P. 9, Nr. 2283, S. 305 f.
[65]) G. P. 9, Nr. 2317, S. 357 f.

Monarchen in gleichem Sinne . . . . . Da er nur russische und antideutsche Einflüsterungen zu hören bekommt, ist kaum zu verwundern, wenn er sich immer mehr der Witteschen Auffassung zuwendet." Wittes erste Aufgabe, die er damals durch sein Amt gestellt erhielt, war eine wirtschaftliche, und an ihrer Erfüllung arbeitete er mit all der Energie, aber auch der Rücksichtslosigkeit, deren er fähig war. Fürst v. Radolin bezeichnet die Art der Witteschen Tätigkeit in demselben Schreiben geradezu als „Tollkühnheit". Er mochte dazu auch durch die Erzählung des österreichisch-ungarischen Botschafters Prinzen Liechtenstein mit veranlaßt worden sein, der ihm erzählt hatte, daß die fieberhafte Hast in der Arbeit Wittes aus einem unheilbaren Nasenkrebsleiden herrühre, das ihm nur noch kurze Zeit zu leben gestatte, die er ausnützen wolle, um seinen Namen unsterblich zu machen[66]). Auch beim deutschen Kaiser galt Witte damals, vielleicht infolge obigen Berichtes, wie Lobanow als deutschfeindlich. Zu dem Immediatbericht über die Ueberreichung des allegorischen Bildes „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter" und eines Handschreibens Wilhelms II. bemerkt dieser: „. . . Wenn ihm (dem Zaren) mein Brief einen Eindruck gemacht hat, so kann derselbe durch die nächste Unterhaltung mit Lobanow oder Witte wiederum aufgehoben werden . . ."[67]).

Daß die russischen Minister Frankreich sehr vorsichtig behandeln mußten, wenn man dauernd von dort Anleihen zu erlangen wünschte, zeigte sich im folgenden Jahre 1896. Rußland plante eine neue Anleihe in Höhe von 500 Mill. Rubeln, wahrscheinlich für die asiatischen Bahnen[68]). Die französisch-russischen Beziehungen hatten unter den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau gelitten[69]). Die Anleihe war in Frankreich unpopulär und nur zu erlangen, wenn durch einen Besuch des russischen Kaiserpaares in Paris den französischen Sympathien für Rußland ein neuer Auftrieb gegeben wurde. Diese Forderung wurde ultimativ erhoben, und wenn sie auch sehr unangenehm empfunden wurde, so galt damals doch der Einfluß Wittes als der stärkste, d. h. die finanzielle Notlage spielte die entscheidende Rolle. Rußland war auf Frankreich angewiesen; denn wenn man auf deutscher Seite auch eine wohlwollende Stellungnahme einem russischen Anleiheprojekt gegen gewisse wirtschaftliche und politische Zugeständnisse im Fernen Osten in Erwägung zog[70]), so nahmen doch diese Pläne keine festen Formen an, und Rußland mußte sich zu dem Zarenbesuch bereitfinden. Deshalb setzte sich auch Witte für diesen Plan ein[71]). Auch ein Bericht des Wiener Botschafters Grafen zu Eulenburg[72]), der die Beziehungen Rußlands zu Deutschland als

---

[66]) G. P. 9, Nr. 2317, S. 357 f.
[67]) G. P. 9, Nr. 2321, S. 365 ff.
[68]) G. P. 11, Nr. 2854, S. 350.
[69]) G. P. 11, Nr. 2854, S. 349 f.
[70]) G. P. 11, S. 351 Anm.
[71]) G. P. 11, Nr. 2864, S. 364; Nr. 2869, S. 372.
[72]) G. P. 11, Nr. 2856, S. 353.

nicht schlecht bezeichnet, wenn es auch das Zusammengehen mit Frankreich nicht aufgeben werde, gibt der Ansicht Ausdruck, „ . . . Finanzminister Witte habe sehr zu dem Entschluß beigetragen, den Franzosen das letzte zu gewähren, was noch zu geben war, außer Elsaß-Lothringen!" Dieses letzte eben war für Frankreich d a s Ziel, und daß der Bericht das hervorhebt, hatte seine Berechtigung; denn tatsächlich wurde nach dem Zarenbesuch die elsaß-lothringische Frage in Rußland diskutiert, worauf Freiherr von Marschall in einem Schreiben an den Botschafter in Petersburg hinweist[73]) und als geeignete Stelle, an die man sich wenden solle, um dem zu steuern, unter anderen Witte nennt.

Das Zugeständnis des Zarenbesuchs hatte also auch in hohem Maße politische Bedeutung, war er doch ein Beweis für die engen Bande, die die beiden Mächte umschlangen. Die Wirkung war auch entsprechend: Waren vorher die wirtschaftlichen Interessen Rußlands in den Vordergrund gerückt, so fiel jetzt besonders der politische Erfolg ins Auge, der Einfluß auf die öffentliche Meinung in Frankreich. „Das französische Volk rechnet fest auf Rußlands Hilfe im Kriege, wogegen die russischen Politiker im Frieden ihren Einfluß in Europa verstärken und Frankreich finanziell ausbeuten wollen", berichtet Graf Münster[74]).

Die enge finanzielle Verbindung zwischen Rußland und Frankreich wurde in Deutschland unangenehm empfunden, und man fühlt in dem diplomatischen Schriftwechsel das Bestreben heraus, diese Verbindung auf das wirtschaftliche Gebiet zu beschränken und die politische Bedeutung des Besuchs herabzumindern. — Im folgenden Jahr erfolgte der Besuch des französischen Präsidenten Faure in Petersburg, und damals war es das erste Mal, daß der Zar die Wendung „nations amies et alliées" gebrauchte. Der Kaiser verneint in einer Bemerkung zu einem Bericht der deutschen Botschaft in Paris die politische Bedeutung des Trinkspruches: „ . . . Wenn das Wort nicht fiel, fiel Faure bei seiner Heimkehr nach der allen augenscheinlichen schlechten Behandlung seitens des Hofes, und Witte kriegte keinen Mammon!"[75]). Diese Auffassung, die der Redewendung keine Bedeutung zumaß, deckt sich mit der Bülows[76]). Graf Münster äußert sich aber in einem späteren Bericht skeptisch und findet, daß Frankreich doch sehr geschickt operiert habe. „Graf Murawiew und der jetzt sehr mächtige Finanzminister Witte haben eingesehen, daß sie den Halt an Frankreich verlieren könnten, und haben alles daran gesetzt, um Seine Majestät den Kaiser zu bewegen, noch im letzten Augenblick die Konzession zu gewähren, welche von französischer Seite erbeten war"[77]). Diese Konzession war eben das offene Bekenntnis zu Frankreich als der verbündeten Macht, und es

[73]) G. P. 11, Nr. 2879, S. 383 f.
[74]) G. P. 11, Nr. 2869, S. 370 ff. (S. 372).
[75]) G. P. 13, Nr. 3446, S. 83 f.
[76]) Bülow, Denkwürdigkeiten, I, S. 89.
[77]) G. P. 13, Nr. 3450, S. 87 f.

wurde in der ganzen politischen Welt beachtet. Wie sehr diese Koalition aber noch eine Interessengemeinschaft war, die nur wenig im Gefühl der Völker wurzelte, zeigt die sorgsame Behandlung, die Rußland seinem Gläubiger zuteil werden lassen mußte. Viele Ministerbesuche erfolgten in Paris, auch mit dem Zweck, die „sehr erblaßte Russenliebe" zu festigen[78]). Rußland war ja auch stets der Bittsteller, und der politische Erfolg, auf den Frankreich durch diese Verbindung hoffte, lag in weitem Felde. 1898 weilten nacheinander der Finanzminister, der Kriegs- und zuletzt der Außenminister in Paris[79]). Die Wittesche Mission war allerdings wohl mehr wirtschaftlicher Art, deren Erfolg nach einem Bericht des Grafen Münster nicht sehr befriedigend war[80]). Wie sehr Witte auch an seinem Teil bestrebt war, gute Beziehungen zu Frankreich aufrecht zu erhalten, so kann man doch immer wieder feststellen, daß sie bei ihm in wirtschaftlichen Erwägungen begründet waren, und daß er alle politischen Konsequenzen zu vermeiden wünschte. Als Frankreich in den Jahren 1898/99 durch die Faschodaaffäre in ein gespanntes Verhältnis zu England kam, erschien seine Lage trotz des Bündnisses mit Rußland isoliert, da man in London nicht annahm, daß es an Rußland Rückhalt finden werde, und man stützte diese Ansicht u. a. damit, daß Rußland Geld brauche, und daß Herr Witte nach dortiger Auffassung deshalb keinen Krieg zugeben werde[81]).

Aehnlich skeptisch wurde auch das Ergebnis der Reise Delcassés nach Rußland 1899 beurteilt. Lord Salisbury nimmt nach einem Bericht des Grafen Hatzfeld[82]) an, daß Rußland aus wirtschaftlichen Gründen gar nicht in der Lage sei, sich auf große außenpolitische Unternehmungen einzulassen. Diese finanzielle Sorge machte sich besonders um die Jahrhundertwende in Rußland bemerkbar, da damals (1899 bis etwa 1902) die wirtschaftliche Krisis, verbunden mit revolutionären Bewegungen, einen gewissen Höhepunkt erreichte. Mit dem zeitweisen Schwinden des russischen Kredits in Frankreich schwanden auch die Sympathien Wittes für das verbündete Land. Er, der rücksichtslos den Vorteil seines Landes wahrnahm, ließ es dann auch, wie 1900 Fürst Münster aus Paris anläßlich eines Besuches des russischen Finanzministers berichet[83]), an notwendigen Höflichkeiten gegenüber den französischen Staatsmännern fehlen. Sein Verhalten wird arrogant genannt, und es wird hervorgehoben, daß er es nicht für nötig befunden habe, den französischen Conseilpräsidenten zu besuchen. „Es erinnert mich das alles", schreibt der deutsche Botschafter, „an einen deutschen Studenten, der plötzlich seine Pumpquelle versiegen sieht"[84]).

---

[78]) G. P. 14, Nr. 3891, S. 375.
[79]) G. P. 14, Nr. 3891, S. 375.
[80]) G. P. 14, Nr. 3892, S. 376.
[81]) G. P. 14, Nr. 3929, S. 412 ff.
[82]) G. P. 15, Nr. 4374, S. 387 f.
[83]) G. P. 18, Nr. 5890, S. 812 f.
[84]) G. P. 18, Nr. 5890, S. 813.

Mit dieser Krisis in Rußland trafen zeitlich die letzten deutsch-englischen Bündnisverhandlungen zusammen, nachdem das Jangtse-Abkommen zwischen Deutschland und England getroffen war. Herr v. Holstein stellt in einer Aufzeichnung vom 4. Dez. 1900[85]) fest, daß Rußland mit einem Vorgehen wegen Elsaß-Lothringens und mit russisch-englischer Verständigung drohe. Die finanzielle Schwäche verminderte Rußlands Wert als Machtfaktor und war für Holstein ein Grund, die Verhandlungen mit England dilatorisch zu behandeln. Rußland wolle keinen Krieg, deshalb dürfe die Drohung mit der Verständigung mit England keinen Eindruck machen. Er schreibt: „Der kleine, schüchterne Kaiser und der geängstigte Finanzminister (Witte), welcher schon jetzt nirgends Geld bekommt und die Goldwährung nur durch Verwendung des Goldschatzes und Zurückziehung der auswärtigen Guthaben halten kann, diese beiden wollen einen Krieg um jeden Preis vermeiden, und zu ihren Vorbeugungsmitteln gehört auch die Drohung, die nichts kostet, und mit der sie hoffen können, doch vielleicht andere einzuschüchtern"[86]). Als Kaiser Wilhelm II. bald darauf, im Januar 1901, anläßlich des Todes der Königin Viktoria in England weilt, plädiert er für den Anschluß Englands an den Kontinent, d. h. in erster Linie an den Dreibund. Er argumentiert auch mit dem Geldbedürfnis Rußlands, das es wahrscheinlich Amerika in die Arme treiben werde[87]). In einem späteren Schreiben (11. 2. 02) an den Botschafter in London spricht Holstein von „dem friedlichen Zaren und dem finanziell genierten Witte", denen England nicht nachgeben dürfe, um sein Prestige nicht zu schädigen[88]).

Die Bündnisverhandlungen mit England führten zu keinem positiven Ergebnis. In Rußland aber wurde der Besuch stark beachtet, was angesichts der damals von beiden Seiten ausgestreckten Fühler nicht verwunderlich ist[89]). Aber der russisch-englische Antagonismus wie die Unmöglichkeit Rußlands, z. Zt. Krieg zu führen, waren für Holstein die am festesten stehenden Tatsachen, weshalb seiner Ansicht nach die russische Freundschaft für England gar nicht erstrebenswert sein konnte, und so tat er entsprechende Andeutungen oder Drohungen von englischer Seite, man könne sich mit Rußland einigen, als unbegründet ab. Und wie im Dezember 1900[90]), so schrieb er ähnlich am 1. März 1901 an den Grafen Hatzfeld und riet ihm, sich folgendermaßen zu äußern[91]): „. . . Wie England durch Südafrika, so sei heute Rußland durch innere Finanznot behindert. Der mächtigste Mann in Rußland, der Finanzminister Witte, sähe

[85]) G. P. 18, Nr. 5381, S. 6 ff.; vgl. auch die Auffassung des damaligen Staatsekr. v. Bülow im Jahre 1899, G. P. 14, Nr. 4020, S. 547.
[86]) G. P. 18, Nr. 5381, S. 8.
[87]) G. P. 17, Nr. 4987, S. 24 ff.
[88]) G. P. 17, Nr. 4989, S. 33 ff.
[89]) Der Geschäftsträger in Petersburg hebt hervor, daß auch Minister Witte sich von einem deutschen Finanzmann über Zweck und Ergebnis der Reise habe unterrichten lassen. G. P. 18, Nr. 5383, S. 10 f.
[90]) s. o.
[91]) G. P. 16, Nr. 4821, S. 329.

im Falle eines Konfliktes, ja schon bei Eintritt einer hochgradigen politischen Spannung, den Untergang des Goldwährungssystems und als Folge davon seinen eigenen Sturz mit Sicherheit voraus. Es sei deshalb ausgeschlossen, daß Rußland . . . es zum Kriege würde kommen lassen . . ."

Darin, daß Witte gezwungen war, einen Krieg um jeden Preis zu vermeiden, hatte Holstein zweifellos recht, und über diese Frage ist Witte ja auch 1903 zu Fall gekommen. Von einer politischen Verbindung mit England hat er auch stets abgeraten und die gegebene Bindung außer der überkommenen mit Frankreich vor allem in der mit Deutschland gesehen. Auch der damalige Außenminister Graf Lamsdorff war zweifellos in hohem Grade deutschfreundlich oder zumindest nicht antideutsch eingestellt. Doch wenn Holstein das als gemeinhin russische Auffassung wertete, so übersah er oder wußte nicht, daß die beiden Staatsmänner mit noch einigen anderen nicht die Auffassung der herrschenden russischen Kreise, sondern nur einer kleineren Richtung vertraten, die unter günstigen Voraussetzungen sich wohl an der Macht hätte halten und diese weiter befestigen können, die aber durch den Zusammenbruch des von ihnen stets bekämpften ostasiatischen Abenteuers, das den Ausbruch der schleichenden innerpolitischen Krisis zur Folge hatte, und vollends durch die der Revolution folgende Reaktion ihre Position verloren. Durch den Wechsel in der politischen Führung fiel auch der für Holstein unumstößlich feststehende russisch-englische Gegensatz.

Im Jahre 1901 war die Lage der russischen Finanzen wieder derart, daß man die Zuflucht zu einer neuen großen Anleihe in Frankreich nehmen mußte. Die diesbezüglichen Besprechungen wurden gelegentlich einer Reise des französischen Außenministers Delcassé gepflogen[92]). Dabei ergriff Frankreich selbst die Initiative zu dieser Anleihe und kam dem russischen Finanzminister weit entgegen[93]). Durch die Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 hatte der französiche Chauvinismus gewaltigen Auftrieb erhalten[94]), und die französische Regierung setzte ihre Bemühungen um die Gunst Rußlands energisch fort. Durch ihr Entgegenkommen gab sie Witte die Möglichkeit, die Anleihe unter Bedingungen zu erlangen, die er unter anderen Umständen nicht hätte durchsetzen können[95]). Er hatte sogar in seinem Bericht an den Zaren vom 31. Dezember 1900 über den Voranschlag für 1901 erklärt, daß es nur unter besonderen Bedingungen geraten schiene, eine Anleihe aufzunehmen[96]). Die belgischen Gesandtschaftsberichte geben ausführlich darüber Auskunft und vermuten, daß diese Stellungnahme Wittes auf eine Abkühlung der französischen Beziehungen zu Rußland zurückzuführen sei; sie glauben, daß es ein Hauptzweck der Reise des französischen Außen-

[92]) Vgl. Doc. Dipl. Fr., Ser. II, t. Ier, Nr. 211, p. 252.
[93]) Belg. D., II, Nr. 39, S. 104/105; Nr. 40, S. 104/105 ff.
[94]) Belg. D., II, Nr. 23, S. 70/71; II, Nr. 26, S. 74/75.
[95]) Ueber die Anleihebedingungen vgl. Doc. Dipl. Fr., II, 1, Nr. 239, 329 u. 371.
[96]) Belg. D., II, Nr. 40, S. 104/105 ff.

ministers gewesen sei, das „Mißverständnis" zwischen den Finanzministern beider Länder zu beseitigen[97]). Auf das französische Angebot ging Witte natürlich bald ein, und so erhielt Rußland aufs neue Geld, wenn auch die Finanzwelt nicht glaubte, daß diese Anleihe allen Uebeln abhelfen würde, besonders da man vermutete, daß der größte Teil der Gelder schon verbraucht sei[98]).

Der Abschluß der russischen Anleihe wurde natürlich in Berlin sehr beachtet, und man fragte sich dort, welche Zugeständnisse Frankreich dafür erhalten habe[99]). In dem gleichen Bericht aus den belgischen Gesandtschaftszirkularen, in dem diese Frage aufgeworfen wird, wird auf einen Artikel der „Kölnischen Zeitung" hingewiesen, der die Garnisonstärken an der deutsch-russischen Grenze untersucht und feststellt, daß die deutschen Grenztruppen den russischen weit unterlegen seien. In dieser Richtung wurden die französischen Bedingungen der Anleihe gesucht. Das war sehr naheliegend; denn vor Delcassé war der französische Generalstabchef General Pendezec in Rußland zur Besprechung militärischer Fragen gewesen. Einen Tag nach dem Datum des oben genannten Zirkulars berichtet der deutsche Botschafter in Petersburg, er habe Mitteilung erhalten, daß der französische Generalstabschef den Bau der rein strategischen Bahn Bologoi-Sielce, die nötig sei für den evtl. Aufmarsch gegen Preußen, als Bedingung für die Anleihe gefordert habe[100]). Dabei handele es sich um eine französische Forderung aus dem vorhergehenden Jahr. „Man glaubte damals hier, auch Minister Witte, diesen Wunsch dilatorisch behandeln zu können; jetzt ist man, um die Anleihe durchzubringen, dazu gezwungen worden." Diese Mitteilung wird gestützt durch einen belgischen Gesandtschaftsbericht, dessen Mitteilungen auf französische Quellen zurückgehen[101]). Wenn Witte sich gegen derartige Zugeständnisse wendet, so sind für ihn in erster Linie wirtschaftliche Gesichtspunkte maßgebend, indem er derartige Ausgaben als unproduktiv verurteilt[102]). Hinzu kommt aber, daß er mit einem militärischen Zusammenstoß nicht rechnet, da er ihn für vermeidbar hält.

Doch die Bewilligung der strategischen Bahn war nicht die einzige Bedingung, die Frankreich gestellt hatte. Das bewies die Meldung über einen bevorstehenden Besuch des Zaren in Frankreich. Kaiser Wilhelm II. erhielt sie durch eine Havas-Depesche in Wilhelmshöhe, und ihm wie dem dort zu Besuch weilenden König Eduard VII. kam sie überraschend. In einem Telegramm an den Reichskanzler[103]) läßt er sich über die wahrscheinlichen Gründe für den plötzlichen Entschluß des Zaren aus. Er vermutet, „die Zustände in Rußland

---

[97]) Belg. D. II, Nr. 40, S. 106/107.
[98]) Belg. D. II, Nr. 40, S. 106/107.
[99]) Belg. D. II, Nr. 41, S. 106/107 ff.
[100]) G. P. 18, Nr. 5893, S. 816.
[101]) Belg. D. II, Nr. 44, S. 112/113.
[102]) Eckardstein, Herm. Frhr. v., Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 302 ff.
[103]) G. P. 18, Nr. 5388, S. 14 ff.

sind so toll geworden, daß Herr Witte mit seinem Finanzabsolutismus nicht mehr zu Rande kommt. Er braucht eine große Anleihe, und die ist nur gegen die Person Seiner Majestät selbst zu erhalten, ergo muß letzterer hin." Auch Bülow glaubt, „daß die französische haute-finance den Zarenbesuch als conditio sine qua non für die Unterbringung einer russischen Anleihe in Frankreich betrachtet"[104]). Er weist darauf hin, daß der Besuch schon für 1900 anläßlich der Weltausstellung in Paris vorgesehen war. Damals war die Absage mit der Möglichkeit nihilistischer Anschläge begründet worden. Wie u. a. auch die belgischen Gesandtschaftszirkulare beweisen, war das in Frankreich als starke politische Belastung empfunden worden: „Man beginnt hier zu äußern, daß das Bündnis Frankreich nicht viel genützt, dagegen wesentlich zur Aufrichtung der Finanzen des Kaiserreiches beigetragen hat, und man erinnert an die Reihe der russischen Anleihen, die mit Hilfe französischer Kapitalien aufgebracht wurden[105])." Einen Beleg für diese Stimmung in Frankreich gibt auch Eckardstein, indem er eine „wahre Anekdote" von dem Besuch Wittes in Frankreich 1900 mitteilt. Die französische haute-finance sei wenig entgegenkommend gewesen. Als Witte bei einer Unterredung mit dem französischen Finanzminister eine Abkühlung der russisch-französischen Freundschaft für möglich erklärt habe, habe der französische Minister geantwortet, von dieser Freundschaft hätten sie bisher nicht viel gemerkt[106]). An anderer Stelle sagt Eckardstein, daß seit Wittes Besuch in Frankreich 1900 eine gewisse Spannung in dem Verhältnis Rußlands zu Frankreich bestanden hätte, beruhend auf einer Verstimmung zwischen Witte und Caillaux[107]).

Hartnäckig hatte man damals die Versuche, den Zarenbesuch doch noch zustande zu bringen, fortgesetzt, während der russische Hof unter verschiedenen Vorwänden höflich auswich. Als wirklicher Grund für die Verweigerung des Besuches wurde vermutet, daß der Zar keinen Wert darauf lege, von sozialistischen Mitgliedern des französischen Kabinetts empfangen zu werden[108]).

War also im Vorjahre die unbedingt erwartete Reise des Zaren nach Frankreich nicht zustande gekommen, so ist es verständlich, daß der scheinbar plötzliche Entschluß dazu im Jahre 1901 in deutschen Kreisen überraschte. Die Vermutungen über die Gründe dazu haben wohl das Richtige getroffen, waren ja auch naheliegend. Die Einwände, die in Petersburg sonst gegen einen solchen Besuch vorgebracht worden waren, bestanden auch jetzt noch. So kann Graf

---

[104]) G. P. 18, Nr. 5390, S. 17 f. Die Bitte des französischen Geschäftsträgers in Petersburg an Delcassé, den Gerüchten entgegentreten zu wollen, daß der Zarenbesuch mit dem Plan einer neuen Anleihe zusammenhänge, entspringt jedenfalls Rücksichten auf den russischen Hof. Doc. Dipl. Fr. II, 1, Nr. 426 u. 454.

[105]) Belg. D. II, Nr. 24, S. 72/73 (2. 5. 1900).

[106]) Eckardstein, Bd. II, S. 226 ff. (S. 227). Brief Holsteins, Berlin, 29. 12. 00.

[107]) Eckardstein, Bd. II, S. 306.

[108]) Belg. D. II, Nr. 25, S. 72/73.

von Alvensleben berichten, daß die in den Petersburger Kreisen dieser Reise gegenüber eingenommene Haltung nicht sehr zustimmend sei[109]), aber den wirtschaftlichen Notwendigkeiten mußten dynastische Gefühle weichen. „Er mußte eben! . . . denn sonst bekam Witte kein Geld", bemerkt der Kaiser zu dem Bericht[110]). Es waren aber nicht nur Sentiments, die die russischen Regierungskreise der Reise des Zaren und damit der aufs neue betonten russisch-französischen Annäherung ablehnend gegenüber stehen ließen. Die Zusammenkunft mit dem deutschen Kaiser in Danzig, die der wirtschaftlichen Annäherung dienen sollte, da ja in einiger Zeit der deutsch-russische Handelsvertrag ablief[111]), mochte man nicht in ihrer Wirkung durch den Besuch in Frankreich beeinträchtigen. Diese Entrevue, die unmittelbar vor der Zarenreise nach Frankreich stattfand, verlief sehr zufriedenstellend. Man war deshalb geneigt, dem Besuch in Frankreich keine politische Bedeutung beizumessen. Zwar war es nicht vorher bekannt gewesen, daß der Zar auch den französischen Manövern beiwohnen würde, welche Tatsache man in Frankreich als einen Erfolg des französischen Einflusses buchte. Der deutsche Geschäftsträger in Petersburg berichtet, daß der französische Botschafter Marquis Montebello sich gerühmt habe, „daß selbst der Finanzminister Witte von der Entrevue in Compiègne nichts gewußt habe". Er hält es für unwahrscheinlich, sieht die Tatsache aber als den Zielen Wittes dienlich an[112]). Uebertrieb man in deutschen leitenden Kreisen die Bedeutung der Zusammenkunft in Danzig auch nicht, so war man aber auch nicht über die Entrevue in Compiègne beunruhigt, man argumentierte vielmehr, daß der Zar durch seinen Entschluß, Paris nicht zu besuchen, die französischen Nationalisten geschädigt und die Stellung Loubets, des Vertreters der Partei, die nicht unbedingt einen Rachekrieg wolle, gefestigt habe[113]).

Im Jahre 1903 spielten wieder Verhandlungen wegen einer russischen Anleihe eine große Rolle[114]). Es wurde in deutschen diplomatischen Kreisen die Frage diskutiert, ob man sich etwaigen Wünschen Wittes geneigt zeigen solle, oder ob eine Ablehnung ohne politischen Schaden möglich sei. Der frühere Botschaftsrat in London Freiherr von Eckardstein hatte eine Denkschrift eingereicht, in der er ausführte, daß Deutschland „mit einer durch Herrn Delcassé vermittelten englisch-französisch-russischen Verständigung als mit einer naheliegenden Möglichkeit" zu rechnen habe[115]). Die darauf abzielenden Anstrengungen würden von der französischen haute-finance energisch unterstützt, der die zehn Milliarden Franken, die sie an russischen Werten besitze, eine ständige Beunruhigung verursachten angesichts der dauernden Möglichkeit eines russisch-englischen

[109]) G. P. 18, Nr. 5895, S. 817 f.
[110]) Ebenda, S. 818; vgl. auch Belg. D. II, No. 44, S. 112/113 ff.
[111]) Belg. D. II, Nr. 43, S. 112/113.
[112]) G. P. 18, Nr. 5896, S. 818 f.
[113]) Belg. D. II, Nr. 45, S. 114/115.
[114]) s. o. S. 15.
[115]) G. P. 17, Nr. 5370, S. 570.

Krieges. Die deutsche Regierung wirkte auf den Geldmarkt ein, indem sie eine gewisse Zurückhaltung russischen Geldwünschen gegenüber empfahl, um Rußland für die kommenden Handelsvertragsverhandlungen den deutschen Wünschen geneigter zu machen[116]). Doch schien es nicht geraten, den Bogen zu überspannen, wenn man dadurch Rußland in die Arme Englands trieb. Wie der damalige deutsche Geschäftsträger in London Graf Bernstorff die Möglichkeit eines russisch-französisch-englischen Dreibundes als eine zu weitgehende Kombination ansah[117]), so hielt auch der Botschafter in Petersburg die Gefahr für nicht akut[118]). Er vermutet, daß die französischen Bestrebungen finanzieller Art seien, daß Frankreich einen Partner in russischen Anleihen suche, der auch Deutschland sein könne. Andeutungen über Vergleichsmöglichkeiten zwischen Rußland und England seien wohl Einschüchterungsversuche wegen der bevorstehenden deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen. Der schlimmste mögliche Fall sei es, wenn Witte die Anleihe in England noch vor Beginn der Verhandlungen unterbringen könnte. Doch wenn er dadurch auch die Möglichkeit hätte, sich bei den Handelsvertragsverhandlungen „auf das hohe Pferd zu setzen", so sei der Schaden nicht so groß, als wenn wir durch Uebernahme der Anleihe unsere Hauptwaffe aus der Hand gäben. „Das würde uns nur als Schwäche ausgelegt werden, und Witte würde um so untraitabler werden." Der Botschafter in Paris sieht die Lage nicht so einfach. Er sagt, Rußland und England könnten ihre heterogenen Interessen zwar nicht übersehen. Er hält die Lage aber für gefährlicher, sobald finanzielle Fragen mitspielen, glaubt aber, daß Frankreich sich für reich genug halte, um die russischen Anleihebedürfnisse zu befriedigen. Für absehbare Zeit halte er ein russisch-französisch-englisches Bündnis für nicht wahrscheinlich, wohl aber habe sich Frankreichs Stellung in Europa wesentlich gebessert[119]). Auch Graf Metternich hält dieses Bündnis vorläufig für ausgeschlossen, nicht aber eine französisch-englische Annäherung, doch ohne Spitze gegen Deutschland. Witte suche allerdings eine Anleihe in England, doch zeige sich kein Entgegenkommen[120]). Wenn die Rothschilds auch vielleicht dafür zu haben wären, so müsse man bedenken, daß sie nicht mehr die ausschlaggebende Rolle spielten. Eine russische Anleihe sei auf dem englischen Markt nicht unterzubringen[121]).

Da Witte im Sommer desselben Jahres als Finanzminister zurücktreten mußte, wird die Frage der Anleiheverhandlungen mit England, soweit seine politische Einstellung in Frage steht, hier gegenstandslos und ist in anderem Zusammenhang zu untersuchen. Anläßlich des Abschlusses der Handelsvertragsverhandlungen 1904, die Witte wegen seiner Tüchtigkeit und seines internationalen Rufes

---

[116]) G. P. 17, Nr. 5370, S. 572.
[117]) G. P. 17, Nr. 5371, S. 573 ff.
[118]) G. P. 17, Nr. 5372, S. 577 ff.
[119]) G. P. 17, Nr. 5373, S. 581 ff.
[120]) Vgl. auch: G. P. 17, Nr. 5345, S. 535.
[121]) G. P. 17, Nr. 5376, S. 590 ff.

zu führen hatte, setzte er russische Anleihen in Deutschland durch in Verhandlungen, die durchaus entgegenkommend von beiden Seiten geführt wurden. Rußland benötigte die Anleihen für die Fortführung des Krieges mit Japan, obwohl der russische Goldschatz noch beträchtlich war und es schon in Frankreich Anleihen von 800 Millionen Franken erhalten hatte. Aus diesen Gründen hielt auch Helfferich in einem damals viel beachteten Artikel russische Anleihewünsche Deutschland gegenüber in Anbetracht der Kriegslage noch nicht für gegeben[122]). Doch hatte Rußland sie u. a. auch deshalb zur Bedingung für den Abschluß des Handelsvertrages gemacht, weil die französischen Gelder z. T. nicht gleich flüssig gemacht werden konnten.

Witte hat es in seinen Erinnerungen so dargestellt[123]), als hätte es eines ultimativen Vorgehens seinerseits bedurft, um die Zulassung der Anleihe durchzusetzen. Ein solches Ultimatum hatte aber wenig Sinn. Wohl hing für Deutschland sehr viel von dem Vertrag ab, doch die Lage Rußlands war weitaus prekärer. Darüber hinaus fielen für Deutschland mit dem Abschluß des Vertrages auch die Gründe fort, die die Regierung veranlaßt hatten, den Geldmarkt für russische Anleihen sozusagen zu sperren[124]). Es konnte ihn ohne Aenderung seiner Auffassung nunmehr für Rußland öffnen, stellte damit nur die regulären wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten wieder her[125]).

Die letzte große Anleihe, die Witte vor seinem endgültigen Sturz 1906 erreichte, war zur Liquidierung des russisch-japanischen Krieges unbedingt nötig. Daß sie erreicht werden konnte trotz des verlorenen Krieges und der inneren Unruhen, war nur seiner Autorität, die er in der internationalen Finanzwelt genoß, zu verdanken. Dieser Erfolg war neben der Rückführung der russischen Armee aus Transbaikalien das große politische Verdienst seiner Ministerpräsidentschaft[126]). Ursprünglich sollte auch Deutschland an der Anleihe führend beteiligt werden, und Herr von Mendelssohn, der die meisten russischen Anleihen vermittelte, die in Deutschland aufgelegt wurden, kündigte schon November 1904 nach einem Besuch in Rußland eine Anleihe an in Höhe von einer Milliarde Mark, wovon die Hälfte in Deutschland und die Hälfte in Frankreich aufgebracht werden sollte[127]). Eine Beteiligung an der russischen Anleihe wurde auch als im deutschen Interesse liegend angesehen. Denn Ende 1904 waren ernstliche Verhandlungen in der Richtung auf ein deutsch-

---

[122]) Karl Helfferich, Die finanzielle Seite des Krieges. Marinerundschau, 5. Jahrg., 1904, 10. Heft, S. 1029—1107 (S. 1076).

[123]) Witte, Erinnerungen, S. 183; s. o. S. 18.

[124]) G. P. 17, Nr. 5370, S. 572.

[125]) Bülow weist in seinen „Denkwürdigkeiten" die Auffassung, als hätte das diesbezügliche Vorgehen Wittes Einfluß gehabt, auch zurück. Entgegenkommen in Anleihewünschen sei von vornherein vorgesehen gewesen. Bd. II, S. 41.

[126]) Witte, Erinnerungen, S. 441.

[127]) G. P. 19, Nr. 6167, S. 388.

russisches Bündnis im Gange[128]). Kamen sie auch damals zu keinem Ergebnis, so gab man den Plan doch nicht auf, da schon Verhandlungen über ein englisch-russisches Uebereinkommen in der Luft lagen[129]). Bülow will deshalb auch Rußland gegenüber keine Gereiztheit an den Tag legen, um es nicht England in die Arme zu treiben[130]). Denn es wurde schon damals ernsthaft der Plan behandelt, den englischen Markt für Rußland zu öffnen, was die deutschen leitenden Kreise sehr besorgt machte.

Als wichtigste Vorbedingung aber für eine russische Anleihe, wo sie auch immer aufgelegt würde, galt stets der Friedensschluß. Schon November 1904 weist Mendelssohn auf diese Notwendigkeit für Rußland hin und teilt diese Ansicht mit Witte, der ihn über die innerrussische Lage orientiert hat[131]). „Es liegt auf der Hand", schreibt Bülow in der Niederschrift über den Bericht des Herrn von Mendelssohn[132]), „daß Herr von Witte, der Schöpfer der Valuta, des anscheinenden industriellen Aufschwungs in Rußland und der bis vor kurzem äußerlich glänzenden russischen Finanzen, vor allem die Wiederherstellung des Friedens wünscht. Er war von Anfang an gegen die Besitzergreifung von Port Arthur, gegen die Verlängerung der ostasiatischen Bahn bis dorthin, gegen die Besetzung der Mandschurei, gegen das Brüskieren von Japan. Er trat zurück, als Kaiser Nikolaus sich endgültig für diese Politik entschied und sie gegen seine und des Grafen Lamsdorff Rat mit Alexejew und Besobrasow durchführte. Er würde für seine Person gut dastehen, wenn er jetzt den Frieden wieder herstellte und als der Mann erschiene, der die von anderen begangenen Fehler tant bien que mal wieder gutmachte."

In einem belgischen Gesandtschaftsbericht aus Paris vom 24. 7. 05 heißt es, daß Witte von verschiedenen Finanzgruppen die Zusicherung erhalten habe, daß Rußland noch alles erforderliche Geld in Frankreich erhalten könne, falls der Friede auf dauerhafter Grundlage geschlossen würde[133]). In Berlin dachte man aber mit Sorge auch jetzt an die Möglichkeit, daß Rußland auch in England Geld erhalten könne. So schreibt Bülow im Juli 1905 auf Grund einer Unterredung mit Mendelssohn, der Witte auf seiner Durchreise nach Portsmouth gesprochen hatte: „Herr von Mendelssohn glaubt, daß

---

[128]) s. u. S. 64 ff.

[129]) Vgl. z. B. den Bericht des Frhrn. v. Eckardstein an Bülow v. 10. 5. 1903 (G. P. 17, Nr. 5369, S. 567 ff.). Wenn auch damals die Gefahr nicht als akut angesehen zu werden brauchte (vgl. G. P. 17, Nr. 5371—5375), so sagt Bülow doch auch damals schon, falls die Gefahr eines englisch-russischen Uebereinkommens nahe läge, „würden wir uns fragen müssen, ob es im deutschen Interesse liegt, die Saiten so straff anzuspannen" (G. P. 17, Nr. 5370, S. 572); man sperrte damals nämlich wegen des noch nicht abgeschlossenen Handelsvertrages den deutschen Markt für russische Anleihen.

[130]) G. P. 19, Nr. 6127, S. 318.

[131]) G. P. 19, Nr. 6167, S. 387 f.

[132]) G. P. 19, Nr. 6167, S. 388; vgl. auch Witte, Erinnerungen, S. 446 f.

[133]) Belg. D. III, S. 58/59.

Rußland, wenn es Frieden schließt, in Frankreich, England und Deutschland Geld findet, sonst sehr schwer[134])."

Die Frage, ob Witte aus politischen Gründen in England Geld zu erlangen gesucht hat, ist zu verneinen. Grundsätzlich würde er wohl das Geld genommen haben, wo er es fand, und bei der zeitweiligen Uebersättigung des französischen Marktes mit russischen Werten würde er die Gewinnung eines neuen Anleihemarktes sicher begrüßt haben[135]). Doch seine Bemühungen bei den Rothschilds in London wurden stets zurückgewiesen, mitunter reichlich deutlich[136]). Als Symptom aber für die Bemühungen um eine russisch-englische Annäherung zeigt sich 1905 eine große Bereitwilligkeit englischer Finanzkreise für Aufnahme einer russischen Anleihe. Auf russischer Seite fand sie durchaus Gegenliebe, aber Witte selbst lehnte die Anleihe ab[137]). Unter dem 29. September 1905 berichtet der deutsche Geschäftsträger in London, daß man dort die Oeffnung des englischen Marktes als Lockmittel für eine beiderseitige Annäherung benutze[138]). Doch der Kaiser bemerkt dazu, daß Witte, der inzwischen auf der Rückreise von Portsmouth in Rominten gewesen war, das Angebot abgelehnt habe. Graf von Bernstorff, der Geschäftsträger, führt Gründe an, aus denen man schließen könne, „daß maßgebende Kreise in beiden Ländern zum mindesten die Möglichkeit offen halten wollen, eine russische Anleihe auf den englischen Markt zu bringen"[139]). Dazu schreibt der Kaiser in Fußnote: „Witte hat mir gesagt, eine anglo-französische Anleihe, die London und Paris ihm angeboten, habe er abgelehnt. Er wolle eine internationale Anleihe unter Beteiligung Amerikas und Deutschlands[140])." Auch in den belgischen Gesandtschaftsberichten wird diese Frage behandelt, und zwar in einem Bericht des belgischen Gesandten in Berlin vom 23. 9. 05, der eine diesbezügliche Unterredung mit Staatssekretär Freiherrn

---

[134]) G. P. 19, Nr. 6210, S. 447; in dem Sinne äußert sich auch P. H. von Schwabach in einem Brief an Alfred von Rothschild unter dem 30. 6. 05. Schwabach, S. 77, auch S. 84.

[135]) So schreibt der belg. Gesandte in Berlin Baron Greindl in einem Bericht v. 23. 9. 05 (Belg. D., I. Erg.-Bd., S. 22/23), daß Rußland Frankreich und Deutschland mit russischen Anleihen überschwemmt habe. Es frage sich, ob es noch lange der Versuchung widerstehen könne, sich einen neuen Markt zu eröffnen. — Witte selbst lehnt englische Anleihen nicht grundsätzlich ab, stellt aber bei einer Unterredung mit Neitzlin, dem Haupt der Banque de Paris et Pays Bas, fest, daß die jüdischen Häuser sich wegen der russischen Judenprogrome nicht beteiligen wollen. (Witte, Erinnerungen, S. 271, auch S. 440 ff.)

[136]) s. Eckardstein, Bd. II, S. 180 ff.

[137]) Auch Fürst v. Radolin schließt aus einer Unterredung, die er gelegentlich des Aufenthalts Wittes in Paris bei seiner Reise nach Portsmouth gehabt hatte, daß Witte keine Sympathien für England habe. G. P. 19, Nr. 6198, S. 427 f.

[138]) G. P. 19, Nr. 6359, S. 661 ff.

[139]) G. P. 19, Nr. 6359, S. 662 f.

[140]) G. P. 19, S. 663. Diese Angabe deckt sich mit dem Bericht des Fürsten Radolin v. 23. 9. 05 über seine Unterredung mit Witte, G. P. 19, Nr. 6241, S. 503, ebenso mit dem Bericht Bülows v. 25. 9. 05 über die Unterredung in Berlin, G. P. 19, Nr. 6243, S. 505.

von Richthofen gehabt hat[141]). Richthofen gibt zu, daß neuerdings derartige Pläne bestehen, und zwar wird Eduard VII. als Urheber oder Befürworter vermutet. Es wird auch festgestellt, daß sie in russischen Kreisen Gegenliebe finden. Aber als Argumente, die solchen Befürchtungen den Boden zu entziehen geeignet seien, nennt der Staatssekretär die deutschfreundliche Sprache, die Witte in Paris (bei der Durchreise von Portsmouth) geführt habe. Witte würde sein Wort in Petersburg schon in die Wagschale werfen. Auch die Tatsache, daß Witte London nicht besucht habe, lasse ein bevorstehendes Abkommen zwischen England und Rußland nicht vermuten[142]).

Die antienglische Einstellung Wittes bezweifelt auch der belgische Gesandte Greindl nicht, vermutet nur mit Recht, daß die Stellung Wittes am russischen Hof nicht besonders fest sei trotz des großen Dienstes, den er durch den Abschluß des Friedens seinem Vaterlande erwiesen habe. Richthofen aber hält Wittes Einfluß für gewichtig genug, um für Deutschland ungünstige Beschlüsse zu verhindern. Zwar schätzt auch Greindl die Dienste, die Deutschland Rußland durch seine Neutralität erwiesen hatte, sehr hoch ein. Jedoch dürfe man, schreibt er, weder bei Völkern noch Regierungen auf Dankbarkeit rechnen. — Zunächst sollte die deutsche Auffassung allerdings recht behalten, indem nämlich durch Wittes Ernennung zum Ministerpräsidenten sein Einfluß wuchs. Doch schon im Frühjahr des nächsten Jahres mußte er die Macht aus der Hand geben.

Witte hatte sich die Aufgabe gestellt, die Anleihe noch vor dem Zusammentritt der Duma zu beschaffen, um ihr unabhängig gegenüber zu stehen. Und zwar wollte er nicht nur so viel Geld aufnehmen, um die Kriegsausgaben decken zu können, sondern auch noch eine Reserve zu behalten[143]). Es gilt nun zu zeigen, welche Rolle Witte Deutschland bei der Auflegung dieser Anleihe zumaß und warum es schließlich doch nicht zu einer deutschen Beteiligung gekommen ist.

Da es sich um eine gewaltige Anleihe handelte, sollte jetzt eine französische Bankgruppe die Führung erhalten, und zwar verhandelte Witte zunächst mit Neitzlin von der Banque de Paris et Pays Bas[144]). Aber es war an eine Beteiligung aller finanzkräftigen Länder Europas gedacht[145]). Bei seinem Aufenthalt in Amerika hatte Witte, wohl mit veranlaßt durch die vielen Sympathien, denen er dort begegnet war, auch an ein wirtschaftliches Zusammengehen mit den Vereinigten Staaten gedacht und auch bei Morgan für seine Anleihewünsche weitgehendes Entgegenkommen gefunden[146]). Doch hoffte er damals auf weitergehende wirtschaftliche Verbindungen mit der neuen Großmacht, von deren Wirtschaftskraft und dem daraus sich ergebenden politischen Gewicht er einen Eindruck erhalten hatte. Eine direkte Verbindung mit Amerika hielt er aber zunächst nicht für

[141]) Belg. D., I. Erg.-Bd. (Belg. Gesandtsch.-Ber.). S. 18/19 ff.
[142]) Vgl. Korostowetz, S. 214.
[143]) Witte, Erinnerungen, S. 441.
[144]) Witte, Erinnerungen, S. 441.
[145]) Vgl. Witte, Erinnerungen, S. 459.
[146]) Korostowetz, S. 213.

wahrscheinlich; „als bester Vermittler erschien ihm Deutschland, das Rußland kannte, und er rechnete hierbei vor allem auf seinen Freund Mendelssohn“[147]).

Morgan wies Witte auch auf eine Beteiligung Englands hin und versprach, „da Witte in den politischen Verhältnissen ein Hindernis sah“[148]), seinen Einfluß geltend zu machen.

Die Beteiligung Amerikas an der Anleihe kam schließlich doch nicht zustande, da sich Deutschland offiziell nicht beteiligte[149]).

Nach dem Abschluß des Friedens von Portsmouth machten die schwebenden Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich bezüglich Marokkos, zunächst der Kampf um das Konferenzprogramm und hernach die langwierigen Konferenzverhandlungen selbst, eine Unterbringung der Anleihe unmöglich[150]). „Il faut que le cauchemare du Maroc passe“, wurde Witte in Paris erklärt[151]). Deshalb hatte Rußland größtes Interesse daran, die Verhandlungen zu beschleunigen und auf eine friedliche Einigung zu drängen. Doch wurde diese wesentlich erschwert durch seine Haltung auf der Konferenz, indem es in entscheidenden Fragen stets den französischen Standpunkt unterstützte[152]). Es lag in dieser Richtung der russischen Politik ein großer Widerspruch. Rußland war auf den französischen Geldmarkt angewiesen und unterstützte deshalb und aus Bündnisrücksichten den französischen Standpunkt, was die Verhandlungen verzögerte[153]). Andererseits wurde die Anleihe je länger, desto dringender gebraucht, da sie vor Zusammentritt der Duma abgeschlossen sein sollte. So berichtet von Schoen noch am 20. Februar 1906 über eine Unterredung mit Witte, der die schwierige Lage Rußlands bei Fortdauer der Spannung zwischen Deutschland und Frankreich „und daraus resultierender Zurückhaltung der Bankwelt“ betonte[154]). Diese finanziellen Notwendigkeiten Rußlands stärkten aber gleichzeitig Deutschland den Rücken, so daß es leichter dem doppelten politischen Druck von Frankreich und Rußland widerstehen konnte. Und so fordert Bülow in einer Randbemerkung zu obigem Bericht von Rußland eine Beeinflussung Frankreichs, daß es eine entgegenkommendere Haltung einnehme[155]). Die weitgehende Rücksichtnahme Rußlands auf Frankreich und seine Abhängigkeit von dessen Finanzen betont in derselben Zeit der englische Geschäftsträger in Petersburg Spring-Rice[156]), der erfahren hatte, daß sich sowohl Lamsdorff wie Witte

[147]) Korostowetz, S. 212.
[148]) Korostowetz, S. 213.
[149]) s. u. S. 94 u. 35.
[150]) s. u. S. 86 ff.
[151]) Witte, Erinnerungen, S. 268. In dem Sinne äußerte sich u. a. auch der Präsident Loubet, ebenda, S. 272.
[152]) s. u. S. 89; Witte, Erinnerungen, S. 448.
[153]) G. P. 21, Nr. 7052, S. 235; ebenda, Nr. 7068, S. 252.
[154]) G. P. 21, Nr. 7025, S. 192. s. u. S. 89.
[155]) In ähnlicher Weise bilden die russischen Anleihewünsche auch sonst für Deutschland ein Druckmittel, vgl. G. P. 21, Nr. 7091, S. 274 f.; Nr. 7122, S. 313; Nr. 7125, S. 316.
[156]) Brit. D. III, Nr. 283, (deutsch: S. 407), (13. 2. 06).

entschieden über ihren Wunsch nach „einer friedlichen, für Frankreich befriedigenden Regelung" ausgesprochen hätten. Witte besonders sei überzeugt, daß sie ein notwendiger Auftakt für die finanzielle Hilfe sei, die Rußland stündlich dringender brauche. Er fährt fort: „Indessen ist der Hauptfaktor in der hiesigen Lage — d. h. die persönliche Stimmung des Kaisers — in geheimnisvolles Dunkel gehüllt, und die diplomatischen Verhandlungen zwischen dem Außenminister und französischen Botschafter werfen wenig Licht auf die privaten Mitteilungen, die, wie man weiß, zwischen dem russischen und dem deutschen Kaiser hin und her gehen." Damit sind die fruchtlosen Verhandlungen zwischen Deutschland und Rußland gemeint, die bezweckten, dem Björkoe-Vertrag doch noch politischen Wert zu verleihen[157]). Witte maß dieser Frage einen wesentlichen Einfluß auf die Anleihefrage bei, denn im Dezember 1905 verhandelte der russische Finanzminister Kokowzow in Paris wegen einer Anleihe[158]), erhielt aber, da sie nicht vor Erledigung der Marokkoverhandlungen gewährt wurde, nur 100 Millionen Rubel als Vorschuß, die nicht viel nutzen konnten, da in Berlin der Termin russischer kurzfristiger Obligationen ablief. So führte er dort Verhandlungen wegen Aufschub um einige Monate, bei welcher Gelegenheit er auch von dem deutschen Kaiser empfangen wurde. Deutschland war sehr entgegenkommend, „da die deutsche Regierung", wie Witte schreibt, „sich noch im Zweifel bezüglich meiner Einstellung zur äußeren Politik befand"[159]). Konnte damals auch noch Unklarheit über Wittes Haltung zu dem Abkommen von Björkoe bestehen, so jedenfalls im Februar 1906 nicht mehr.

Da es so Rußland unwahrscheinlich werden mußte, daß Deutschland sich an der großen Anleihe beteiligen werde, spielte jetzt die Frage einer englischen Beteiligung eine größere Rolle, die von London aus politischen Gründen eifrig betrieben und auf russischer Seite auch in weiten Kreisen begrüßt wurde, der Witte aber jedenfalls keine politische Bedeutung zuerkennen wollte.

Diese Verhandlungen wurden von England aus schon im Herbst 1905 eifrig betrieben, und sie erhielten schon damals einen rein politischen Anstrich, indem sie mit dem englischen Wunsch nach einem allgemeinen politischen Abkommen zwischen den beiden Mächten verquickt wurden und man nachzuweisen versuchte, daß das Abkommen zwischen England und Japan, das damals abgeschlossen war, keineswegs für Rußland nachteilig sei. Vor seiner Abreise nach England hatte Sir C. Hardinge eine diesbezügliche Unterredung mit dem Zaren, der sich sehr entgegenkommend zeigte[160]). Lord Revelstoke weilte damals schon in Petersburg, um mitzuhelfen, die inter-

---

[157]) s. u. S. 84 ff.

[158]) Witte, Erinnerungen, S. 445 f. Bezüglich dieser Verhandlungen vgl. auch Suchomlinow, Erinnerungen, S. 277, dessen Darstellung mit der Wittes übereinstimmt.

[159]) Witte, Erinnerungen, S. 446.

[160]) Brit. D. IV, Nr. 202, S. 215 f.

nationale Anleihe für Rußland unterzubringen[161]). Für die englische Anleihehilfe setzt sich in der Folge auch Witte ein. Doch der britische Geschäftsträger sagt im Januar, daß der französische Botschafter von der Anleihe abrate, da man damit ein Geschäft für Deutschland besorge. Es komme Rußland auf Hergabe sofort flüssiger Mittel an, während die Möglichkeit eines allgemeinen Abkommens mit ihm sehr unwahrscheinlich sei[162]). Aber die Entwicklung war einer Annäherung zwischen England und Rußland günstig. Um die englische Beteiligung an der Anleihe möglichst sicherzustellen, wurde auch ein Besuch Eduards VII. in Peterhof propagiert[163]), zu dem es aber damals noch nicht kam.

Die Verhandlungen wegen der Anleihe wurden Ende März von Neitzlin in London zu Ende geführt[164]). Von deutscher Seite behielt sich Fischel die endgültige Zusage zunächst vor. Unter dem 5. April, als das Ergebnis der Konferenz von Algeciras feststand, mußte Neitzlin Witte mitteilen, daß die deutsche Regierung keine Beteiligung an der Anleihe gestatte. „So hatte denn Deutschland", schreibt Witte in seinem Groll über den Entschluß der deutschen Regierung[165]), „die Konferenz hingezogen, darauf rechnend, daß wir infolge der Verzögerung gezwungen sein würden, mit der Einlösung des Papiergeldes in Gold aufzuhören. Das war ihm nicht gelungen. Da gab es heimtückisch im letzten Augenblick seinen Bankiers die Weisung, sich von der Teilnahme an der Anleihe fernzuhalten."

Die Folge dieser Haltung Deutschlands war auch eine Nichtbeteiligung der amerikanischen Finanz[166]). Witte sagt: „Wilhelm war Morgan persönlich sehr gewogen, und dieser, ungeachtet alles amerikanischen Demokratismus, wußte die Aufmerksamkeit eines so hohen gekrönten Hauptes wohl zu schätzen."

Die deutschen Banken hatten bis zuletzt noch mit einer Beteiligung an der Anleihe gerechnet. So schreibt am 6. Februar Schwabach[167]), daß er Zweifel hege an Zeitungsnachrichten, die von neuen Anleiheverhandlungen zwischen Rußland und Frankreich berichteten, „weil bisher immer an eine große internationale Anleihe gedacht worden war, und hier noch kein Wort von der Anleihe gefallen ist". Als Gründe für den erteilten Rat, sich nicht zu beteiligen, führte der Kanzler wirtschaftliche Erwägungen an, wobei er sich auf amtliche Gutachten stützte[168]). Der deutsche Geldmarkt war nicht flüssig, außerdem beabsichtigte sowohl das Reich wie auch Preußen die Be-

[161]) Brit. D. IV, Nr. 202, S. 215 f.
[162]) Brit. D. IV, Nr. 205, S. 219 f. Ueber Wittes angeblich englandfreundliche Ansichten 1905/06 vgl. auch Harold Nicolson, Sir Arthur Nicolson, First Lord Carnock, S. 185.
[163]) Brit. D. IV, Nr. 207, S. 221; Nr. 208, S. 222 ff.; Nr. 214, S. 230.
[164]) Witte, Erinnerungen S. 458.
[165]) Witte, Erinnerungen, S. 458.
[166]) s. u. S. 94.
[167]) P. H. v. Schwabach an Baron James v. Rothschild, Paris. (Berlin, 6. Febr. 06). Schwabach, S. 97 ff. (S. 100).
[168]) Belg. D. III, Nr. 37, S. 126/127 ff.

gebung eigener Anleihen. In der deutschen öffentlichen Meinung spielte aber auch der Schwund des russischen Kredites eine große Rolle. Im Reichstag wurde von verschiedenen Seiten unter großem Beifall abgelehnt, durch Anleihen das Wiederaufkommen Rußlands, das Deutschland zwar wünsche, zu unterstützen. Außerdem wurde in Schriften, vor allem von Martin, die finanzielle Lage Rußlands als wahrhaft besorgniserregend hingestellt[169]).

Wenn Fürst Bülow auch keine politischen Gründe angab, so kann man doch annehmen, daß sie eine große Rolle gespielt haben. In den belgischen Gesandtschaftszirkularen wird insbesondere die Verstimmung über die Haltung der russischen Vertretung auf der Algeciraskonferenz betont nach den großen Diensten, die Deutschland seinem östlichen Nachbarn in dem eben beendeten Kriege geleistet hatte[170]). Auch auf englischer Seite wird vermutet, daß ausschlaggebend politische Gründe gewesen seien. Sir F. Lascelles meint, wenn wirklich wirtschaftliche Gründe, wie vorgegeben, maßgebend gewesen wären, so sei es ziemlich sicher, „daß den Herren Mendelssohn nicht gestattet worden wäre, die Unterhandlungen mit Herrn von Witte fortzusetzen, bis in der elften Stunde und zum Erstaunen aller Berliner Banken das kaiserliche Verbot erlassen wurde"[171]). Zu dem in den belgischen Gesandtschaftszirkularen vermuteten politischen Grunde kam noch das schließlich negative Ergebnis der Björkoe-Verhandlungen hinzu, das nicht in weiteren Kreisen bekannt war, das Witte aber als den wesentlichen Grund ansah[172]).

Korostowetz mißt an diesem Ergebnis der Anleiheverhandlungen weder der deutschen Regierung noch Witte Schuld zu[173]). Er sieht das Entscheidende darin, daß einer französischen Bankgruppe die Führung übertragen wurde, was auf direkte Weisung von Petersburg hin geschehen sei. „Nachdem der Friede von Portsmouth in bedeutendem Maße dank der Einwirkung auf Petersburg durch Roosevelt einerseits und Kaiser Wilhelm anderseits zustande gekommen war, hätten logischerweise auch die Finanzfragen die Mitarbeit dieser beiden Länder, diesmal vertreten durch Morgan und Mendelssohn, erfordert"[174]). Aber die Instruktionen aus Petersburg hätten Witte gezwungen, nur in Frankreich zu verhandeln. Daraufhin habe Morgan sein Anerbieten wieder zurückgezogen, „da er offenbar mehr für ein Abkommen Witte-Morgan-Berlin als Witte-Paris-Morgan war"[175]). — Diese Haltung Petersburgs war begründet in persönlichen und politischen Verhältnissen, was später darzulegen ist[176]).

Folgenschwer war die schließliche Nichtbeteiligung Deutschlands an der Anleihe, da sie Rußland weiterhin finanziell einseitig von Paris

---

[169]) Belg. D. III, Nr. 37, S. 128/129.
[170]) Belg. D. III, Nr. 37, S. 128/129.
[171]) Brit. D. III, Nr. 404, (deutsch S. 545/46).
[172]) s. o. S. 34.
[173]) Korostowetz, S. 213 f.
[174]) Korostowetz, S. 213.
[175]) Korostowetz, S. 213.
[176]) s. u. S. 93 ff.

abhängig sein ließ und die schon lange vorbereitete Entwicklung der englisch-russischen Annäherung weitertrieb[177]), die dem Abschluß nahegebracht wurde durch den Sturz Wittes, dessen politische Bestrebungen losgelöst von seinen wirtschaftlichen Pflichten und Wünschen besonders zu untersuchen sind.

Daß politische Rückwirkungen des Scheiterns der Anleiheverhandlungen mit Deutschland vorausgesehen wurden, zeigt der Bericht des belgischen Gesandten in London vom 28. April 1906[178]), in dem es heißt: „Die englisch-russische Entente liegt in der Luft. Man spricht von gegenseitigen Zusicherungen, die zwischen London und Petersburg auszutauschen wären. Man läßt durchblicken, daß, wenn England sich Rußland gegenüber zu einigem Entgegenkommen in Persien, und namentlich im Persischen Meerbusen, verstehen würde, daß dann die Kaiserliche Regierung Verpflichtungen übernehmen würde, die die britische Regierung über die Sicherheit ihrer indischen Grenze zu beruhigen vermöchten." Und Korostowetz mißt dieser Entwicklung einen solchen Wert bei, daß er der Weigerung Deutschlands, sich an der russischen Anleihe zu beteiligen, die endgültige Erledigung des Gedankens an einen Kontinentalblock zuschreibt[179]).

---

[177]) Vgl. Brit. D. IV, Nr. 215, S. 230 f. (Petersburg, 10. 4. 06) u. Belg. D. III, Nr. 42 (London, 6. 6. 06. Darin Artikel der „Times" v. 21. 5. 06).

[178]) Belg. D. III, Nr. 38, S. 130/131.

[179]) Korostowetz, S. 149 u. 218.

II. Wittes Stellung zu Deutschland in der Ostasienpolitik (Kiautschou)

Machte sich schon in der engeren Ressortarbeit Wittes seine außenpolitische Einstellung Deutschland gegenüber geltend, diese allerdings fast verdeckt und in ihrer Auswirkung vielfach gemindert durch andersgerichtete wirtschaftliche Notwendigkeiten, so hat er doch auch schon in der Zeit, in der er das Finanz- und das Handelsministerium verwaltete, über diese Ressorts hinaus außenpolitischen Einfluß ausgeübt.

Die Aufgabe, durch die er sich schon frühzeitig mit außenpolitischen Problemen befassen mußte, war der Bau der transsibirischen Eisenbahn und die damit gegebene Expansion nach dem Fernen Osten, deren Hauptbefürworter und treibende Kraft er schon während der Amtszeit des Fürsten Lobanow war[1]). Bei diesen Plänen fand er weitgehende Unterstützung durch den Zaren, der als Kronprinz eine Reise nach Ostsibirien unternommen hatte, die für ihn persönlich viel bedeutete, da sie ihn zum ersten Male aus der Enge seiner Umgebung herausführte, und bei welcher Gelegenheit er in feierlicher Weise den ersten Spatenstich für den Bau der großen Bahn tat[2]). Schon kurz nach seiner Ernennung zum Finanzminister legte Witte im November 1892 eine große Denkschrift vor, in der er darlegte, daß sich die Bahn auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus rentieren würde. Er setzte sich mit seinem Plan durch, der ursprünglich auf lange Fristen berechnet war, wußte auch die nötigen Gelder für die Durchführung zu beschaffen. Nach kurzen Erfahrungen konnte schon im April 1894 ein schnelleres Bautempo beschlossen werden, wonach die Bahn bis auf die Amurstrecke schon 1899 fertiggestellt sein sollte[3]).

Diese Richtung der russischen Politik war Deutschland sehr gelegen, weil sich dadurch die starken Spannungen auf dem Balkan und im Orient etwas lösten. Um seine Ziele ohne Komplikationen auch mit seinen östlichen Nachbarn durchführen zu können, wünschte Witte, daß sich die Expansion in ruhigen Bahnen vollziehe, und er erwartete, daß sich dadurch das natürliche Uebergewicht Rußlands am sichersten auswirken werde[4]). In dieser Richtung lag die Gründung der Russisch-Chinesischen Bank[5]) nach dem Frieden von Schimonoseki. Dazu diente auch die Gesellschaft der Ostchinesischen Eisenbahn, eine „Privatgesellschaft", die in dem russisch-chinesischen Geheimvertrag vorgesehen war, den Witte mit Li Hung Tschang

[1]) G. P. 14, Nr. 3717, S. 104 Anm.
[2]) Witte, Erinnerungen, S. 32. Zühlke, S. 36.
[3]) Zühlke, S. 36.
[4]) Vgl. Brit. D. I, Nr. 8, S. 7 f.
[5]) Durch Ukas vom 10. 12. 1895; s. Otto Franke, Die Großmächte in Ostasien, S. 111 ff.

gelegentlich der Krönungsfeierlichkeiten in Moskau 1896 abschloß[6]). Dieser Vertrag sollte die Linienführung der Bahn durch die Mongolei, wodurch die projektierte längere Amurstrecke fortfiel, unter größter Schonung der chinesischen Mentalität sicherstellen. Welche Bedeutung Witte diesem Vertrag mit China beimaß, geht aus seinen Worten hervor: „Dieser Vertrag war ein Akt von höchster Wichtigkeit, und wenn wir uns an diesen Vertrag gehalten hätten, so wäre uns, Rußland, der schmachvolle Japanische Krieg erspart geblieben, und wir stünden heute auf festem Fuße im Fernen Osten"[7]).

Als Krönung der russischen Unternehmungen war schon früh an die Erwerbung eines südlichen eisfreien Hafens gedacht, der durch eine Zweigbahn mit der nordmandschurischen Bahn verbunden werden sollte[8]). Es waren schon Untersuchungen über die Brauchbarkeit bestimmter Häfen angestellt worden, so an der Kiautschoubucht und auf der Liautung-Halbinsel[9]). Ende Oktober 1896 wurden in der Presse Abmachungen zwischen Rußland und China veröffentlicht, nach denen Rußland Rechte auch auf die Kiautschou-Bucht eingeräumt worden seien[10]). Diese sogen. „Cassini-Konvention" bestand aber jedenfalls nicht[11]). Wenn auf russischer Seite an die Erwerbung eines neuen Hafens gedacht war, so wurde bis zur Besetzung der Kiautschou-Bucht durch Deutschland im Jahre 1897 doch nichts Vertragswidriges unternommen.

Diese Besetzung erfolgte in Ausführung älterer Pläne zur Erlangung eines Flottenstützpunktes im Fernen Osten und nahm die Ermordung zweier deutscher Missionare zum Anlaß. Damit kam Deutschland in die Interessensphäre Rußlands und forderte heftigen Widerspruch von seiten des Grafen Murawiew heraus. Doch Deutschland hatte bestimmte Zusicherungen für den Fall einer Besetzung von Kiautschou schon früher erhalten und konnte deshalb unbesorgt sein[12]).

---

[6]) Witte, Erinnerungen, S. 39 ff,; vgl. Ostwald, P., Ostasien und die Weltpolitik, S. 65 ff. und Zühlke, S. 67 ff.

[7]) Witte, Erinnerungen, S. 45.

[8]) Zühlke, S. 69. Ostwald, Ostasien und die Weltpolitik, S. 65 ff.

[9]) Zühlke, S. 69.

[10]) Vgl. O. Franke, S. 113, u. Zühlke, S. 69. Nach Franke veröffentlichte die „North China Daily News" am 28. 10. 96 den Inhalt des Abkommens, das am 8. 9. 96 abgeschlossen sein sollte; nach Zühlke, S. 69 f., Fußn., der „North China Herald" am 30. 10. 96.

[11]) Brit. D. I, Nr. 4, S. 4 f. Unter dem 2. 2. 98 berichtet der brit. Botschafter in Berlin Sir F. Lascelles über eine Unterredung mit Wilhelm II.; darin erklärte der deutsche Kaiser, die Cassini-Konvention, auf die sich Graf Murawiew berufen habe, existiere nach Erklärungen der chinesischen Regierung nicht.

[12]) Brit. D. I, Nr. 4, S. 4 f. (v. 2. 2. 98) u. Nr. 53, S. 34 f. (v. 26. 5. 98), berichtet Sir F. Lascelles von entsprechenden Erklärungen des deutschen Kaisers. Am 20. 1. 98 berichtet Sir N. O' Conor über eine Unterredung mit dem Grafen Murawiew, in der ihm dieser erklärte, „that Russia had intended later on to occupy Kiao-chau, where the Chinese had given them the „droit de premier mouillage", and he let me understand they were not at all pleased at being forestalled by Germany." Brit. D. I, Nr. 7, S. 7.

Wittes Pläne auf friedliche Durchdringung des Fernen Ostens wurden durch diese Vorgänge durchkreuzt, wodurch sich seine scharfe Opposition erklärt. Er hatte zunächst gehofft, daß es sich nur um vorübergehende Repressivmaßnahmen handele. Seine schweren Bedenken gegen eine endgültige Besetzung legte er Ende November auch dem deutschen Botschafter dar, nämlich, „daß in Konsequenz der deutschen Besetzung Kiautschous Rußland einen anderen Hafen nördlich davon von China nehmen müsse, was wieder Japan veranlassen würde, sich seinerseits auf dem Festland, vermutlich in Korea, festzusetzen, und dann unweigerlich zu einem russisch-japanischen Kriege führen werde; einem Kriege, in dem Rußland weder von Deutschland noch von Frankreich mehr als moralische Hilfe zu erwarten haben werde"[13]). Witte riet deshalb der deutschen Politik, einen südlicheren Hafen zu nehmen, da dann sowohl von russischer wie von japanischer Seite Kompensationen nicht nötig sein würden. Demgegenüber führt Bülow in einem für eine weitere Besprechung mit Witte bestimmten Telegramm vom 18. 11. 1897 aus, daß Deutschland bei der Wahl dieses nördlichen Hafens an Rußland, andernfalls an England Anlehnung suchen müsse. Dieses Argument, daß Deutschland mit der Wahl dieses Hafens für Rußland optiere, schlug nach Mitteilung Radolins vom 1. 12. 1897 bei Witte durch; er stellte seine Bedenken zurück und bat nur, die Absichten in möglichst schonender Weise, etwa in Form eines Schein-Mietsvertrages, durchzuführen[14]). Unter dem 18. 12. 1897 ersuchte Bülow den Fürsten Radolin, Witte wie Murawiew mitzuteilen, daß Deutschland auch Hoheitsrechte nehme[15]), was offenbar zunächst nicht bekannt gewesen war.

Den Widerstand gegen die Bestrebungen Murawiews, als Gegenmaßnahme Port Arthur und Talienwan (das spätere „Dalny") zu besetzen[16]), gab Witte jedenfalls zunächst nicht auf[17]). Er faßte ein solches Vorgehen als eine Art Treubruch China gegenüber auf, mit dem man eben erst das geheime Defensiv-Abkommen gegen Japan geschlossen hatte. Durch den Einspruch von Schimonoseki, dessen Herbeiführung Witte weitgehend für sich in Anspruch nimmt[18]), war

---

[13]) G. P. 14, Nr. 3717, S. 104 Anm.

[14]) Ebenda, Anm. S. 104/105; vgl. auch Gertrud Wiese, Der Einspruch von Schimonoseki, S. 79 f. u. 80 Anm.

[15]) G. P. 14, Nr. 3737, S. 125 ff.

[16]) Witte, Erinnerungen, S. 80 ff.; Graf Moy, in Berliner Monatshefte, VIII (1930), S. 831. In einem Bericht des Fürsten Radolin v. 13. 3. 98 über eine Unterredung mit Graf Murawiew bemerkt er zu der russischen Forderung eines eisfreien Hafens: „Schon vor zwei Jahren hatte Minister Witte mir dies in bestimmter Weise in Abrede gestellt, natürlich ohne mich überzeugen zu können" (G. P. 14, Nr. 3757, S. 157 f.). Eine solche Aeußerung Wittes liegt durchaus in der Linie seiner politischen Pläne. Er konnte damals noch nicht wissen (1896), daß sich der Außenminister, der den Hafen wollte, durchsetzen würde; vgl. auch G. P. 14, S. 158 Anm.

[17]) s. o.

[18]) Witte, Erinnerungen, S. 32; vgl. G. Wiese, S. 29, aber auch S. 51 Anm.

Japan gezwungen worden, die Halbinsel Liautung zurückzugeben, und die Häfen dieser selben Halbinsel wollte der russische Außenminister besetzen lassen. Es waren durchaus sachliche Gründe, die Witte zu seiner ablehnenden Haltung bewogen. Besetzte man die Häfen, so mußten sie, wenn überhaupt die Möglichkeit zu ihrer Verteidigung gegeben sein sollte, durch eine Zweigbahn mit der transsibirischen Bahn verbunden werden. Diese mußte dann durch die von Chinesen dicht besiedelte Mandschurei und über Mukden führen, die Heimat der damals herrschenden chinesischen Dynastie, was endlose Verwicklungen herbeiführen mußte[19]). War Witte zunächst mit seiner Ansicht durchgedrungen, so setzte sich doch schließlich Graf Murawiew mit seinen Plänen durch[20]). Der Zar machte Witte Mitteilung von seinem Entschluß, Port Arthur und Talienwan zu besetzen, und begründete das damit, daß, wenn Rußland nicht die Gelegenheit ergreife, England ihm zuvorkomme, da englische Schiffe vor Port Arthur kreuzten, was aber nur eine Demonstration wegen der deutschen Besitzergreifung war. Witte sah die verhängnisvollen Folgen des russischen Vorgehens voraus: Schwächung Chinas[21]), Todfeindschaft gegen Japan. Und die Entwicklung dieser Dinge brachte Rußland ja auch an den Rand des Abgrundes[22]). Dieser Stimmung entsprangen die Worte, die er nach Erhalt des endgültigen Bescheids zu dem Großfürsten Alexander Michailowitsch sagte: „Merken sich Kaiserliche Hoheit den Tag heute! Sie werden sehen, was dieser verhängnisvolle Schritt für entsetzliche Folgen haben wird"[23]). Doch Witte gab die Sache noch nicht verloren. Der deutsche Kaiser, der 1897 in Petersburg gewesen war, hatte ihm gesagt, er solle sich in besonderen Fällen durch die deutsche Botschaft unmittelbar an ihn wenden. Davon machte er jetzt Gebrauch und bat durch den Geschäftsträger v. Tschirschky den Kaiser, von einer endgültigen Besetzung im Interesse beider Länder abzusehen, worauf die Antwort einlief: „Teilen Sie Witte mit, ich ersähe aus seinem Telegramm, daß ihm einige sehr wesentliche Umstände in betreff dieser Sache unbekannt sind. Daher können wir seinem Rat nicht folgen"[24]). Er erinnerte sich an eine Erzählung des Großfürsten Alexei Alexandrowitsch, daß der deutsche Kaiser den Zaren bei einer Ausfahrt während des Besuchs 1897 in Petersburg gefragt habe, ob Rußland den Hafen Kiautschou für sich brauche. Er wolle ihn zu einem Stützpunkt der deutschen Flotte machen, doch nicht ohne die russische Einwilligung. Die Antwort hatte der Zar dem Großfürsten nicht mit-

---

[19]) Witte, Erinnerungen, S. 81.
[20]) Vgl. Zühlke, S. 87 f.
[21]) Am 20. 12. 98 berichtet Fürst Radolin über eine Unterredung mit Witte, in der derselbe auch auf sein „Lieblingsthema" zu sprechen kam, „wonach seit der kürzlichen Besetzung einzelner Häfen durch fremde Mächte das Chinesische Reich auseinanderfiele und zur Beute derselben geworden wäre". G. P. 13, Nr. 3530, S. 198.
[22]) Vgl. Zühlke, S. 91 ff.
[23]) Witte, Erinnerungen, S. 83.
[24]) Witte, Erinnerungen, S. 83 f.

geteilt, nur gesagt, daß er dem Kaiser als seinem Gast nicht gut einen Wunsch kategorisch habe abschlagen können[25]). Diese Mitteilung wird gestützt durch eine Aufzeichnung des Botschafters und damaligen stellvertretenden Staatssekretärs B. von Bülow vom 17. 8. 97, worin er mitteilt, daß die Frage des Erwerbs einer deutschen Kohlenstation in Ostasien in Petersburg zur Sprache gebracht sei, daß Rußland Deutschland die Mitbenutzung und nach Erwerb einer eigenen Kohlenstation auch die Besitznahme der Kiautschou-Bucht gestatte[26]).

So mußte Witte sich damit abfinden, daß der deutsche Schritt nicht wieder rückgängig gemacht wurde und die russischen Besetzungen ebenfalls erfolgten. Wegen seiner Auffassung von den politischen Folgen dieses Schrittes bat er um seinen Abschied. Der Zar lehnte es aber ab, bat ihn vielmehr, das Seine zu tun, das russische Vorhaben durchzuführen[27]). In Ausführung dieses Auftrages brachte Witte den Vertrag, der Rußland das Land in Pacht überließ, mit Li Hung Tschang durch Bestechung zustande[28]).

Witte fand sich leichter mit den gegebenen Tatsachen ab, weil er wohl hoffte, daß der verschärfte Gegensatz zu Japan dadurch leichter ertragen werden könnte, daß Deutschlands ostasiatische Besitzung ein Gegengewicht gegen Japan bildete.

Zühlke wirft die Frage auf, ob das Wunschbild Wittes, die friedliche Expansion Rußlands im Fernen Osten, „bei dem hastigen Tempo" der damaligen Weltpolitik überhaupt in Erfüllung hätte gehen können, und er verneint die Frage[29]). Bedenkt man aber die Erfolge, die Rußland auf friedlichem Wege bis dahin erreicht hatte, wie namentlich die Führung der transsibirischen Bahn durch die Mandschurei, so spricht doch viel für die Wittesche These. Wäre der Gegensatz zu Japan nicht zu weit getrieben worden, so wäre bei den starken Kräften, die auch auf der anderen Seite unter Führung des Marquis Ito noch bis kurz vor dem Ausbruch des russisch-japanischen

---

[25]) Witte, Erinnerungen, S. 75f.

[26]) G. P. 14, Nr. 3680, S. 59 f. — S. 60 Anm. wird auf die Bestätigung Wittes in seinen Memoiren hingewiesen, daß Nikolaus II. während der Entrevue in Peterhof in die deutsche Okkupation Kiautschous im voraus eingewilligt habe.

Die von dem britischen Botschafter in Berlin Sir F. Lascelles nach London berichtete Darstellung Kaiser Wilhelms II., daß er nach der Ermordung der Missionare sich an den Zaren gewandt und dessen Zustimmung für seine Pläne eingeholt habe (Brit. D. I, Nr. 4, S. 4 f.), darf vielleicht auf die frühere Abmachung mit dem Zaren bezogen werden.

Auch später hat der Kaiser dem Botschafter gegenüber betont, daß er Kiautschou mit Einwilligung des Kaisers von Rußland besetzt habe; s. Brit. D. I, Nr. 53, S. 34 f.; ebenso äußert sich Witte noch im Juli 1914 dem Grafen Moy gegenüber (Berliner Monatshefte, VIII, S. 831).

[27]) Witte, Erinnerungen, S. 86.

[28]) Graf Moy, in Berliner Monatshefte, VIII, S. 831 f.

[29]) Zühlke, S. 90 f.

Krieges[30]) im Sinne einer friedlichen Einigung tätig waren, das russische Unglück, der japanische Krieg, vermeidbar gewesen[31]). Dafür spricht auch eine Aeußerung des sonst englandfreundlichen Grafen Hayashi, die er später, 1907, dem deutschen Botschafter gegenüber in Tokio tat: „.. Wenn man in Rußland auf Witte gehört hätte, hätte Rußland Kwantun damals nicht besetzt, und der letzte Krieg wäre vermieden worden. Witte habe Landerwerb perhorresziert und sich lediglich für den Bahnbau interessiert, von dem er ein friedliches Vordringen des russischen Einflusses erwartet habe. Murawiew aber sei ein rücksichtsloser, gewalttätiger Herr gewesen, der Witte beiseite geschoben und die Besetzung Port Arthurs durchgesetzt habe . . . ."[32]). Hätte man an dem Witteschen Prinzip „eines unteilbaren und unantastbaren Chinesischen Reiches"[33]) festgehalten, so wäre es dem Reich der Mitte vielleicht bei geringeren innerpolitischen Erschütterungen möglich gewesen, sich dem Stande der konkurrierenden Weltmächte anzugleichen, und ein selbständiges China war für Rußland jedenfalls der Nachbarschaft von Einflußsphären anderer Großmächte vorzuziehen.

Witte hatte sich dem Wunsche des Zaren gemäß mit den Tatsachen abgefunden. Doch hat er den Deutschen noch lange wegen ihres Vorgehens gegrollt, weil es die Veranlassung oder ein Vorwand für die von ihm verurteilte russische Besitzergreifung war. Sehr scharf äußerte er sich schon im Januar 1898 dem englischen Botschafter Sir O'Conor gegenüber[34]), wobei er das deutsche Vorgehen als „räuberischen Akt" und als „Dummheit" charakterisierte („. . . . an act of brigandage and moreover as a bêtise . . . ."), durch das die russiche Regierung verstimmt werde. Auch gegen Ende des Jahres kam er in anderem Zusammenhang Sir C. Scott gegenüber wieder darauf zu sprechen und äußerte dabei, der unerwartete Schritt Deutschlands habe vielleicht eine unnötige Panik hervorgerufen und Rußland gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die vielleicht zu weit gegangen seien[35]). Noch aus dem Jahre 1900 findet sich in den deutschen Akten ein Niederschlag dieses Unwillens. Bülow verteidigt sich gegen den Vorwurf Wittes, „daß die Besetzung von Kiautschou an

---

[30]) O. Franke, S. 197 f. Bemerkenswert für das Vertrauen, das Witte in Japan genoß, ist die Tatsache, daß noch Anfang Januar 1904 der japanische Gesandte Kurino in Petersburg Witte um eine Unterredung über die russisch-japanischen Beziehungen gebeten hatte, über die der japanische Gesandte dem britischen Botschafter am 11. 1. 04 berichtete. In dieser Unterredung, die Witte streng geheim gehalten wissen wollte, hat er sehr zur Verständigung geredet, allerdings, wenn er auch die Feststellung machte, daß er die derzeitige Ostasienpolitik verurteile, durchaus als russischer Patriot das Nachgeben einseitig von Japan gefordert. Brit. D. II, Nr. 281, u. Anm., S. 237 f. (20. 1. 04).

[31]) Vgl. Otto Franke, S. 222; Hoetzsch, S. 89 f.

[32]) G. P. 9, Nr. 2307, S. 332 Anm.

[33]) Witte, Erinnerungen, S. 33.

[34]) Brit. D. I, Nr. 8, S. 7 f. (deutsch S. 12 f.).

[35]) Brit. D. I, Nr. 59, S. 38 ff.

allem schuld" sei[36]). Fürst Radolin hatte diesen Vorwurf seines „Gewährsmanns", in dem die Herausgeber der Akten Witte vermuten, in einem Briefe übermittelt, der sich nicht bei den Akten befindet[37]). Bülow weist auf Tonkin, Annam, Formosa und die Mandschurei hin, „wo es sich doch um etwas mehr gehandelt hat . . . als um einen Hafen mit einer Fünfzig-km-Zone drum herum"[38]). Er hebt hervor, daß er „Bedeutung und Urteil" des Gewährsmannes hoch schätze, und hofft, daß der Vorwurf nicht ernst gemeint sei. — Als das von Witte als Folge vorausgesagte Unglück für Rußland eingetroffen war, äußerte er sich während der Handelsvertragsverhandlungen in Norderney im Sommer 1904 Bülow gegenüber: „Wenn Sie nicht nach Kiautschou gegangen wären, brauchte ich jetzt nicht diesen Handelsvertrag zu unterschreiben"[39]).

Billigte Witte diesen Schritt Deutschlands nicht, so doch auch nicht die Konsequenzen, die Rußland zog[40]). Er hatte sich aber damals schon damit abgefunden, daß es jetzt „Dinge der Vergangenheit" seien, „die hingenommen werden müßten"[41]). Für Murawiew war das Vorgehen Deutschlands aber nur für den Zeitpunkt der russischen Forderung bestimmend [42]). Das erhellt aus einer Aeußerung des russischen Botschafters gegenüber Lord Balfour vom März 1898 und aus einer Aeußerung des russischen Ministers in Potsdam 1899[43]).

Nach der deutschen Besetzung von Kiautschou erwog England auch die Möglichkeit eines Einvernehmens mit Rußland, und es ist von Interesse zu sehen, wie sich Witte zu diesem Plan verhielt, der selbstverständlich seine Spitze gegen Deutschland hatte. Unter dem 17. 1. 1898 beauftragte Salisbury den englischen Botschafter in Petersburg, Witte zu fragen, ob ein englisch-russisches Zusammengehen in China möglich sei[44]). Die Ziele, die beide verfolgten, seien nicht sehr verschieden voneinander, wohl aber könne England Rußland schaden. Man würde gegebenenfalls die russischen wirtschaftlichen Bestrebungen im Norden weitgehend fördern. In dem schon oben mitgeteilten Bericht Sir O'Conors[45]) wird über eine Fühlungnahme in dieser Angelegenheit berichtet. Hier geht Witte von der Frage aus, wie England sich verhalten werde, wenn die Besetzung Port

---

[36]) G. P. 16, Nr. 4570, S. 54 f.
[37]) G. P. 16, Nr. 4570, S. 54 Anm.
[38]) G. P. 16, Nr. 4570, S. 55.
[39]) Bülow, Denkwürdigkeiten, I, S. 441.
[40]) In einem Gespräch äußerte er zu Sir O'Conor (s. o. S. 43, Brit. D. I, Nr. 8), wenn er Minister des Auswärtigen gewesen wäre, hätte er sich nicht gerührt oder Port Arthur genommen. Er war der Ansicht, „Rußlands geographische Lage müsse früher oder später sein politisches Uebergewicht im Norden von China sichern, und seine richtige Politik sei, China intakt zu halten" (deutsch S. 12 f.).
[41]) Brit. D. I, Nr. 59, S. 38 ff.
[42]) Brit. D. I, Nr. 37, S. 24.
[43]) Brit. D. I, Nr. 38, S. 25, u. Belg. D. II, Nr. 19, S. 60 ff.
[44]) Brit. D. I, Nr. 5, S. 5.
[45]) Brit. D. I, Nr. 8, S. 7 f.; vgl. auch Nr. 7, S. 7.

Arthurs eine dauernde sein würde. Wenn es zu einem russisch-englischen Einvernehmen im Fernen Osten komme, würde ihr Wort dort Gesetz sein. Der englische Botschafter wollte hören, ob Witte einem solchen Uebereinkommen seine Unterstützung gewähren würde, für das er als englische Bedingungen feststellte, China für den fremden Handel offen zu halten, Schutzzölle zu bekämpfen und die englischen Handelsinteressen sowie die diesen entsprechende politische Stellung nicht durch das Vorgehen anderer Mächte beeinträchtigen zu lassen. Witte erklärte sich bereit, „das zu unterstützen, was er Englands praktische und wirtschaftliche Politik" nannte, „vorausgesetzt, daß England russische Bestrebungen im Norden nicht hindern" werde. Des weiteren bezeichnete er das Jangtse-Tal als zur englischen Interessensphäre gehörend, und zusammen würden sie in der Lage sein, Deutschland in Schach zu halten. Eine Ergänzung zu diesem Bericht gab der britische Botschafter kurz darauf[46]). In den Erklärungen Wittes, die diesem Bericht zugrunde liegen und die er als absolut inoffiziell und persönlich bezeichnete, gibt er seiner alten Hoffnung Ausdruck, daß Rußland wahrscheinlich früher oder später die nördlichen Provinzen (Tschili etc.) aufsaugen werde, und betont nochmals, daß er das Jangtse-Gebiet als zur englischen Sphäre gehörend erachte.

Doch diese Verhandlungen kamen zu keinem positiven Ergebnis. Die englischen und russischen Interessen waren zu sehr verschieden, als daß in Kürze ein solches Abkommen möglich gewesen wäre. Gleichzeitig mit diesen Verhandlungen prüfte England die Möglichkeit eines Zusammengehens mit dem östlichen Inselreich. Schon von der ersten diesbezüglichen Unterhaltung[47]) konnte der englische Botschafter berichten, daß Witte sich wegen eines englisch-japanischen Bündnisses beunruhigt zeige, und die Möglichkeit eines solchen Abschlusses hatte der englische Vertreter Witte gegenüber durchaus offen gehalten. Das englisch-japanische Einvernehmen bahnte sich bei der Frage der Besetzung von Weihaiwei an. Im April berichtet der britische Gesandte aus Tokio, man vermute dort, daß sowohl Rußland wie Deutschland Absichten auf diesen Hafen hätten, daß aber Japan bei der Unfähigkeit Chinas, sich dort zu behaupten, bei weitem lieber England dort sehe[48]). Zu der englischen Besitzergreifung von Weihaiwei kam es dann auch. — Ueber die Möglichkeit eines allgemeinen englisch-russischen Abkommens äußerte sich Witte im Dezember 1898 dem britischen Botschafter Sir C. Scott gegenüber, der mit ihm wegen Spezialabkommen über Eisenbahnkonzessionen verhandelte[49]). Dabei ließ sich Witte aber bei aller Betonung der Notwendigkeit des Zusammengehens auf keine Einzelheiten ein. Von papiernen Abmachungen halte er nicht viel. Das propagierte Abkom-

[46]) Brit. D. I, Nr. 8, Anm. S. 8 (deutsch S. 13/14 Anm.). Bericht vom 30. 1. 98.
[47]) Brit. D. I, Nr. 8, S. 7.
[48]) Brit. D. I, Nr. 48, S. 31 f.
[49]) Brit. D. I, Nr. 59, S. 38 ff.

men müsse die Möglichkeit bieten, alle etwa auftauchenden Schwierigkeiten zu lösen. Er sei kein Diplomat, sei aber der Ansicht, daß die Berufsdiplomaten in der Lage sein müßten, es zu entwerfen. Zu diesem Vorschlag machte Salisbury den Vermerk, daß er fürchte, man würde darüber lachen, wenn man ein Abkommen in Herrn von Wittes Sprache schlösse, und ähnlich ist ein Vermerk Balfours zu dem Aktenstück gehalten. Als Beispiel für den guten Willen Rußlands führt Witte den Entschluß an, Talienwan (Dalny) zum Freihafen zu machen. Doch es war kaum als russisches Entgegenkommen zu werten, da man sich dazu erst auf englischen Protest hin gegen die Errichtung eines russischen Kriegshafens in Port Arthur hatte bereit finden lassen[50]).

Die englisch-japanische Annäherung führte später zu dem Abkommen, das Rußlands Lage im Fernen Osten noch schwieriger machte, wozu aber die unsinnig aggressive Politik Besobrasows und Alexejews nicht unerheblich beitrug. Rußland mußte wegen des Abkommens die Freundschaft der kontinentalen Mächte, besonders Deutschlands, noch höher einschätzen.

[50]) Witte, Erinnerungen, S. 90.

III. Wittes Stellung zu der Frage der Bagdadbahn

Im Fernen Osten gab es somit keine Probleme, die Witte für die Dauer verboten, ein Zusammengehen mit Deutschland zu betreiben. Zu untersuchen bleibt, wie er sich zu den Fragen des Nahen Ostens stellte, in denen sich die deutschen und die russischen Pläne berührten. Für Rußland standen in Mittelasien und am Bosporus wirtschaftliche und politische Interessen auf dem Spiel. Von ihnen allen berührte die beiderseitigen Belange unmittelbar nur der Bau der Bagdadbahn. Hier allerdings konnten sich die Interessen leicht überschneiden.

Rußland hatte seine alten Hoffnungen, in den Besitz der Meerengen zu gelangen, nicht aufgegeben. Hatten diese auch viel von ihrem politischen Wert eingebüßt, seit der Suezkanal gebaut und in Englands Händen war und sich das Schwergewicht der russischen Expansion nach Ostasien verlagert hatte, so besaßen sie doch weiterhin für Rußland neben Gefühlswerten auch große wirtschaftliche und militärische Bedeutung[1]). Allerdings war diese zu einer Frage zweiten Ranges geworden; und Witte hat dahin gewirkt, daß diese Minderung der Bedeutung berücksichtigt wurde[2]).

Als im Jahre 1895 die Lage in der Türkei derart wurde, daß, ausgehend von England, an eine Aufteilung gedacht wurde[3]), bestand in russischen Regierungskreisen die Neigung, durch Besetzung des Bosporus vollendete Tatsachen zu schaffen. Der damalige Botschafter in Konstantinopel Nelidow propagierte diesen Plan, der im Jahre 1896 in einer Kronratssitzung behandelt wurde, und zu dessen Durchführung Truppen auf Flößen von Odessa und Sebastopol dorthin befördert werden sollten[4]). Witte sorgte dafür, daß die russische Politik nicht derart von der eingeschlagenen Richtung, der Expansion im Fernen Osten, abbog[5]). Er war der einzige, der in der betreffenden Sitzung dagegen sprach. Selbst der Zar entschied gegen ihn. Es gelang Witte aber, den Großfürsten Wladimir Alexandrowitsch, Pobjedonoszew und den Fürsten Meschtschersky für die Ablehnung zu gewinnen, so daß der Zar den Plan aufgab. Doch drei Jahre später mußte Witte aufs neue gegen einen solchen Plan ankämpfen. Ende 1899 überreichte der russische Außenminister Graf Murawiew eine

---

[1]) Vgl. G. P. 14, S. 542.

[2]) Anderer Ansicht über die Bedeutung dieser Frage war Iswolsky, der als russischer Gesandter in Tokio (1900—1902) seine Ansicht dahin ausgedrückt hat, „daß die russische Politik in der Mandschurei um 50 Jahre verfrüht war, und daß Rußland vor einer Bindung im äußersten Osten zuvor sein historisches Programm auf dem Balkan und in der Türkei verwirklichen müsse". Belg. D. IV, Anl. 2, S. 40/41.

[3]) G. P. 10, Bd. I, Kapitel 60.

[4]) Korostowetz, S. 150 f.; Witte, Erinnerungen, S. 152 f. u. 456.

[5]) Vgl. Zühlke, S. 60.

Denkschrift, in der er auf neue Pläne zur Besitzergreifung des Bosporus einging[6]). Es ist bezeichnend, daß derartige phantastische Pläne, denen jetzt aber auch der Außenminister entgegentrat, überhaupt erörtert werden konnten. Die richtige Kennzeichnung erfahren sie durch Witte in einem an den Außenminister gerichteten Brief vom 10./23. Februar 1907[7]), in dem er rät, alle nötigen Anordnungen für die endgültige Klärung dieser Frage zu treffen, aber offen seiner Ansicht dahingehend Ausdruck gibt, „daß dieses Ziel erreicht werden kann entweder um den Preis eines ganz entscheidenden europäischen Krieges, oder es wird nötig sein, zur Stabilisierung der erreichten Resultate sehr viel Blut zu vergießen und vielleicht an anderen Punkten wesentliche Konzessionen zu machen"[8]). Da allein schon finanzielle Rücksichten ihn zum schärfsten Gegner solcher Experimente gemacht hätten, rät er ironisch, ohne Geld und Krieg durch diplomatisches Geschick zu versuchen, zu den gewünschten Erfolgen zu kommen.

Solchen Plänen war das deutsche Bagdadbahnprojekt sehr ungelegen, da es, wenn auch nicht direkt, so doch mittelbar dadurch russische Interessen berührte, daß es die wirtschaftliche und militärische Macht der Türkei erheblich stärkte[9]). Mit dem Jahre 1898 gewinnt der Bau der Bahn größeres politisches Gewicht, auch durch die Bedeutung, die man der Orientreise des Kaisers (vom 13. Oktober bis 24. November 1898) beimaß[10]). Die russische Besorgnis spiegelt sich beispielsweise in den belgischen Gesandtschaftszirkularen wider, die im November 1899[11]) berichten, daß die deutschen Bahnunternehmungen in der Türkei in Rußland eine gewisse Erregung hervorgerufen hätten, und daß schon seit langem deswegen in Rußland Erklärungen abgegeben worden seien, daß Deutschland dort nur Handelsinteressen besitze und besitzen wolle, die das Reich des Zaren nicht beeinträchtigen könnten. Kurz danach weiß das belgische Außenministerium seinen Vertretern anläßlich des Zarenbesuches in Potsdam zu berichten, daß diese Erklärungen wiederholt worden seien und den russischen Minister zu befriedigen schienen, was auch Nachrichten aus Petersburg bestätigten[12]).

Doch frei von Sorgen scheint das russische Auswärtige Amt durch diese Erklärungen nicht geworden zu sein; denn Murawiew hält es in der oben mitgeteilten Denkschrift für nötig, als Kompensation für die Konzession an das Bahnunternehmen das Zugeständnis vom Sultan zu verlangen, am Südufer des Schwarzen

---

[6]) Zaristische Diplomatie, in: Die Kriegsschuldfrage VI, S. 638—670. Korostowetz, S. 152 f.

[7]) Zaristische Diplomatie, a. a. O., S. 661 ff.

[8]) Zaristische Diplomatie, a. a. O., S. 663 f. Zu dieser Angelegenheit vgl. auch Sidney Bradshaw Fay, Der Ursprung des Weltkrieges. Deutsche Ausgabe, S. 251.

[9]) G. P. 17, Nr. 5245, S. 416.

[10]) Vgl. Ibbeken, S. 201 f.

[11]) Belg. D. II, Nr. 16, S. 50/51 ff.

[12]) Belg. D. II, Nr. 19, S. 60/61 ff.

Meeres keine Bahnkonzessionen zu gewähren, und gleichzeitig die Zusicherung, den Bosporus nicht zu befestigen, wodurch Rußland in die Lage versetzt würde, die weitere Entwicklung im türkischen Orient ruhig abzuwarten[13]). Diese Angaben werden durch eine Mitteilung des britischen Botschafters gestützt, der von gewünschten Bahnkonzessionen in der Gegend von Erserum als Gegengewicht gegen die deutschen Konzessionen zu berichten weiß[14]), die vielleicht zum Ausgleich der Oelinteressen gewünscht wurden. Um den deutschen Erklärungen bezüglich des politischen Desinteressements an den Meerengen eine für Rußland vorteilhaftere Form zu geben, rät die Denkschrift des weiteren, auf ein Abkommen hinzuarbeiten, in dem klar bestätigt werde, „daß . . . Deutschland Rußlands ausschließliches Recht auf den Schutz und nötigenfalls auf die faktische Besitzergreifung des Bosporus tatsächlich anerkennt"[15]). In seinem Brief zu dieser Denkschrift schreibt Witte[16]), daß es überaus wünschenswert erschiene, „die Pforte zu bewegen, die Bahngarantie nach Bassora der deutschen Eisenbahngesellschaft nicht zu gewähren".

Die russischen Einwände gegen das Unternehmen glaubt Bülow leicht nehmen zu sollen, was er dem englischen Botschafter Sir F. Lascelles gegenüber ausführt[17]), der von Gerüchten über russische Truppenkonzentrationen an der afghanischen Grenze gesprochen hatte. Die Tatsache solcher Gerüchte, denen Bülow mit dem Hinweis auf russische Sorgen im Innern entgegentritt, deuten schon darauf hin, daß der politische Gegner Rußlands in Mittelasien nicht Deutschland, sondern noch immer England war. In dem Sinne äußert sich im Februar 1901 auch der russische Botschafter in London, nämlich „daß er die Eisenbahn, wenn sie auf Franzosen und Deutsche beschränkt bliebe, nicht bekämpfen werde, daß er aber, wenn England hinzu käme, alles in seiner Macht Stehende tun würde, um ihre Ausführung zu vereiteln"[18]). Es lag für Rußland nahe, die damaligen durch den Burenkrieg hervorgerufenen Schwierigkeiten Englands auszunutzen; und daß man an diese Möglichkeit in Petersburg auch durchaus dachte, beweist die oben angeführte Denkschrift. Ein solches Unternehmen hätte aber die von Witte befürchteten Verwicklungen mit sich gebracht, wodurch in erster Linie Oesterreich in Mitleidenschaft gezogen worden wäre, das sich auch entsprechend besorgt zeigte[19]). Freiherr v. Marschall, der damalige Botschafter bei der Pforte, hält aber ebenso wie Bülow die Sorgen z. Zt. nicht für begründet, wenn er auch derartige russische Wünsche nicht abstreitet. Er sagt: „Ich gehe so weit zu behaupten, daß dieses Bestreben der russischen Staatsmänner keine andere Grenze finden

[13]) Zaristische Diplomatie, a. a. O., S. 648.
[14]) Brit. D. II, Nr. 202, S. 175 (27. 12. 1899).
[15]) Zaristische Diplomatie, a. a. O., S. 649.
[16]) Zaristische Diplomatie, a. a. O., S. 664.
[17]) Brit. D. I, Nr. 302, S. 243 f. (Berlin, 20. 12. 1899).
[18]) Brit. D. II, Nr. 202, S. 175 (23. 2. 1901) (deutsch S. 284).
[19]) G. P. 18, Nr. 5644, S. 415 f.

wird als die Friedensliebe des Zaren und die Geldsorgen des Herrn Witte." Diese Schwierigkeiten Rußlands gestatteten es der deutschen Regierung auch, den Türken den Rücken zu stärken gegen Forderungen, im Sinne der Murawiewschen Denkschrift, mit denen sie von Rußland unter Druck gesetzt wurden. So nimmt der deutsche Botschafter Gelegenheit, dem türkischen Außenminister Tewfik Pascha nochmals zu erklären, „daß die Kaiserliche Regierung Grund zu der Annahme habe, daß sowohl Graf Murawiew wie Herr Witte und der Zar selbst jede kriegerische Komplikation zu vermeiden wünschen"[20]).

Doch schwierig blieb die Durchführung des Unternehmens, wenn man sich auch im Auswärtigen Amt der Hoffnung hingab, „mit einer Verbeugung vor dem britischen Löwen und einem Knix vor dem russischen Bären" werde man sich „allmählich bis zum Persischen Golf durchschlängeln"[21]). Wohl wünschte Witte das politische wie wirtschaftliche Schwergewicht nach dem Fernen Osten geworfen zu wissen, doch lag die englische Einflußsphäre dem durch die Bahn zu erschließenden Gebiet zu nahe, als daß sich nicht der Gegensatz zu England bis hierhin auswirkte. Blieb doch die Bahn ein Torso, solange sie nicht, wenn auch noch nicht in naher Zukunft, bis zum Persischen Golf durchgeführt war. Deshalb finden sich auch immer wieder in den folgenden Jahren Meldungen über Widerstände auf russischer Seite gegen das Projekt, die gerade auf Witte zurückgehen. In seinem Organ, dem „Westnik Finanssow", wird das Unternehmen immer wieder angegriffen. So berichtet ein belgischer Gesandtschaftsbericht aus Berlin vom Juli 1901 von Aufsätzen in den von Witte beeinflußten Organen, die auf deutsche Vorstellungen hin wohl bezüglich der Form, nicht aber ihres Inhalts gemißbilligt wurden[22]). Der Gesandte fährt fort, man sehe in Rußland mit Neid auf die deutschen wirtschaftlichen Erfolge in der Türkei und spreche mit Aerger über die Ermächtigung zum Bau der mesopotamischen Eisenbahn, mit der man sich schon abgefunden zu haben schien.

Der Gedanke, solchen Stimmungen Rechnung zu tragen, war wohl auch mitbestimmend für den Plan, russisches Kapital zu beteiligen, was besonders von französischer Seite eifrig betrieben wurde. Die Verhandlungen mit den einzelnen Kapitalgruppen darüber waren sehr langwierig. Die hellhörige Petersburger „Börsenzeitung", das Organ des Herrn von Propper, konnte zuerst eine russische Beteiligung in Höhe von 10 % melden[23]). Diese Mitteilung war natürlich verfrüht. Aber Delcassé hatte seinen Einfluß in dieser Richtung geltend gemacht, indem er den Zaren, Lamsdorff und Witte zu überzeugen versucht hatte, daß die russische Beteiligung die französisch-russische Kapitalgruppe stärken würde[24]). Erreicht hatte der französische

[20]) G. P. 17, Nr. 5217, S. 380 f.; vgl. auch Nr. 5336, S. 524 f. u. Brit. D. I, Nr. 321, S. 258.

[21]) Eckardstein, II, S. 177 f.

[22]) Belg. D. II, Nr. 41, S. 106/107 ff.

[23]) Doc. Dipl. Fr. II, 1, Nr. 288, S. 335.

[24]) Doc. Dipl. Fr. II, 1, Nr. 292, S. 338 f.

Außenminister bei seinem Besuch 1901 in Petersburg, daß Witte zusagte, das Unternehmen nicht bekämpfen zu wollen[25]), und zwar gegen Zusicherung einer russischen Anleihe in Frankreich, die damals besonders schwer zu erlangen war[26]).

Diese Abmachungen waren wohl nicht eindeutig getroffen worden, denn schon kurz danach muß Delcassé feststellen, daß Witte das russische Kapital sich doch nicht beteiligen lasse, weshalb er um Aufklärung bittet[27]). Die Gründe für Wittes Haltung sind sehr verschiedener Art. Sie entsprangen einmal finanziellen Erwägungen, denn Rußland waren für die Kriegsentschädigung, die es von der Türkei erhielt, gewisse Einnahmen verpfändet, und um die Garantie für die Rentabilität der Bahn zu erlangen, dachte man daran, die Zölle zu erhöhen, wogegen Rußland Einspruch erhob[28]). Vor allen Dingen spielte aber der Gegensatz zu England eine entscheidende Rolle. Die russische panslawistische Presse nahm eine schroff ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt ein, und schon aus innerpolitischen Rücksichten heraus hätte Witte, auch wenn er es gewollt hätte, diese Strömungen nicht einfach unberücksichtigt lassen können[29]). Der Gegensatz zu England, der die Haltung der Presse mitbestimmte, spiegelt sich auch in einer Auslassung des „Westnik Finanssow" wider[30]), mit der sich eine Aufzeichnung des Vortragenden Rates im Auswärtigen Amt Rosen befaßt[31]). Der russische Artikel spricht sich gegen den Bau der Bagdadbahn aus, plädiert aber für eine russische Bahn nach Indien, die für die beiderseitigen Interessen nur von Vorteil sein könnte[32]). Rosen schreibt dazu: „Herr von Witte rechnet mit dieser plötzlichen Liebeserklärung augenscheinlich auf einen Grad von Naivität beim englischen Publikum, der doch wohl etwas zu hoch taxiert ist." Der Vorschlag ist jedenfalls gar nicht ernst gemeint gewesen, oder man hat tatsächlich bestehende russische Pläne harmloser erscheinen lassen wollen. Denn schon im Juni 1900 schreibt von Schwabach an A. von Roth-

---

[25]) So auch Brit. D. II, Nr. 202, S. 175 (1. 7. 01).

[26]) Doc. Dipl. Fr. II, 1, Nr. 329, S. 389 f. — Ebenda, Nr. 217, S. 257, berichtet Paul Cambon aus London am 2. 5. 01, daß die englische Presse kein Ergebnis des Besuchs von Delcassé in Petersburg wisse. Dazu franz. Anm. (1) S. 258: Man wußte in London, daß eins der Ergebnisse des Besuchs war, daß Witte seinen Widerstand gegen die Bagdadbahn aufgab unter der Bedingung, „qu' un emprunt russe fut autorisé à Paris (Brit. D. II, Nr. 203 Dép. de Sir N. O'Conor au marquis de Lansdowne, Thérapia 25. 6.)" —

Vgl. auch Artur Rosenberg, Die französische Außenpolitik zu Beginn des Jahrhunderts. In: Berliner Monatshefte, VIII, 1930, S. 937.

[27]) Doc. Dipl. Fr. II, 1, Nr. 343, S. 412.

[28]) Brit. D II, Nr. 202, S. 176 (27. 1. 02) u. G. P. 17, Nr. 5245 f.

[29]) Doc. Dipl. Fr. II, 1, Nr. 348, S. 419 f.; vgl. auch Nr. 449, S. 533 f.

[30]) G. P. 17, Nr. 5246, S. 416, Fußnote.

[31]) G. P. 17, Nr. 5350, S. 539 ff.

[32]) Korostowetz (S. 155) hebt als Vorteil einer solchen Bahn für England hervor, daß sie den Weg von England nach Indien um zehn Tage verkürzt hätte.

schild in London, daß nach deutschen Informationen russische Ingenieure in Persien (Schiras-Bender-Abbas) allerlei Erhebungen anstellten[33]).

Da Rußland sich offiziell nicht an dem Bagdadbahnunternehmen beteiligen wollte, aber auch, so schreibt der Reichskanzler Graf Bülow an den Botschafter in Petersburg, eine Beschränkung der Beteiligung ebenso unerwünscht sei, wie russische Beteiligung durch französische Vermittlung, so wolle die Deutsche Bank russische Kapitalisten direkt einladen, was Lamsdorff oder Witte mitgeteilt werden solle. So sei kein Zweifel an dem rein wirtschaftlichen Charakter des Unternehmens mehr möglich[34]). Doch auch so konnte der russische Widerstand nicht beseitigt werden, denn im Januar 1902 ließ Witte im „Westnik Finanssow" von einer Beteiligung des russischen Kapitals abraten[35]), und er sprach damit nur aus, was ein großer Teil der russischen Presse ebenfalls forderte.

Im Jahre 1903 kam die Frage der Beteiligung an dem Unternehmen in ihr entscheidendes Stadium. Gleichermaßen gingen Bestrebungen dahin, sowohl englisches wie russisches Kapital beteiligen zu lassen, aber gerade darin lag die entscheidende Schwierigkeit. Deutsche Finanzkreise drängten vor allem auf englische, französische dagegen auf russische Beteiligung. Außerdem stand in beiden Ländern die öffentliche Meinung diesem Projekt feindlich gegenüber. P. H. von Schwabach schreibt im April 1903 an A. von Rothschild in London, indem er abstreitet, daß man amerikanisches Kapital gesucht habe, daß auch russisches Kapital nicht in Frage käme; denn er wisse nicht, woher die Russen das Geld nehmen sollten[36]). Daß die englische Regierung selbst dem Gedanken einer Beteiligung nicht unsympathisch gegenüberstand, führt Lansdowne in einer Unterredung mit dem russischen Botschafter in London aus[37]). Man habe immer gewünscht, diesem Unternehmen einen internationalen Charakter zu verleihen. Gegenüber der Entgegnung des russischen Botschafters, daß Rußland es nie gern gesehen hätte, wies er auf die Beteiligung der anderen Länder hin, die zu gleichen Teilen erfolgen sollte. Aber trotz dieser Einstellung englischer Regierungskreise kam es nicht zu einer Beteiligung des englischen Kapitals, und zwar mit Rücksicht auf die englische öffentliche Meinung, die befürchtete, daß sie zu einem deutsch-englischen Zusammengehen führen werde. Hätte die Regierung sich anders verhalten, so hätte die Wahrscheinlichkeit bestanden, daß sie gestürzt worden wäre[38]).

Rußland gab seinen Widerstand wenigstens gegen eine Beteiligung Frankreichs auf, erreichte aber, daß die Beteiligung nicht offiziell erfolgte. Graf Lamsdorff hatte sich von dem rein wirtschaft-

---

[33]) v. Schwabach, S. 8.
[34]) G. P. 17, Nr. 5238, S. 409.
[35]) G. P. 17, Nr. 5245, S. 415 ff.
[36]) v. Schwabach, S. 27.
[37]) Brit. D. II, Nr. 217, S. 188 f.
[38]) Aufzeichnung P. H. v. Schwabachs v. 24. 11. 03 (v. Schwabach S. 37).

lichen Charakter des Unternehmens überzeugen lassen, aber noch mit Widerständen besonders von seiten Wittes zu kämpfen[39]).

So konnte Ende 1903 die konstituierende Aufsichtsratssitzung in Konstantinopel stattfinden, auf der das französische Kapital durch die Banque Ottomane vertreten war, die dadurch einen großen Verlust an Prestige verhütet hatte, den die Nichtbeteiligung des französischen Kapitals gerade an einem so großen Unternehmen in der Türkei bedeutet hätte[40]). Daß es noch bis zuletzt schwierig gewesen war, erhellt daraus, daß Delcassé zwar keine schriftlichen, aber doch mündliche Abmachungen mit Rußland hatte treffen müssen, daß dem Bagdadunternehmen kein Vorschub geleistet werden sollte[41]).

Unter großen Schwierigkeiten wurde der Bau fortgeführt, und zwar ohne englische Beteiligung. Dadurch blieben die englischen Interessen in der Türkei auf ein Minimum beschränkt, und England war in der Folgezeit vollständig desinteressiert an dem Schicksal der Türkei, „deren Erhaltung solange der Grundsatz seiner Politik gewesen war". So schreibt der belgische Gesandte in Berlin im Oktober 1905[42]). „Es könnte Rußland in Kleinasien freie Hand lassen. In seinen Augen würde eine derartige Kombination außerdem den Vorzug haben, die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu trüben, und Deutschlands Isolierung ist augenblicklich das Hauptziel der englischen Politik." Er sah die Entwicklung klar voraus, die auch in Rußland schon seit längerer Zeit gefördert wurde, wenn auch damals noch nicht von den verantwortlichen Stellen. Im Oktober 1904 wurde der Teil der Bahn von Konia bis Eregli in Betrieb genommen, und einen Monat vorher schrieb die „Nowosti" mit Bezug darauf: „Rußland und England verfolgen in Asien die gleichen Ziele, und sie haben mit den gleichen Feinden, mit denselben Gefahren zu rechnen[43])."

Seit Ende 1905 wurde das britische Auswärtige Amt von Sir Edward Grey geleitet, dessen Ansicht über diese Probleme durch seinen Ausspruch charakterisiert wird: „Wenn Deutschland im Bezirk Bagdad weiter erstarkt und in Afghanistan deutsche Agenten erscheinen, werden wir uns zu den äußersten Abwehrmitteln gezwungen sehen!"[44]).

Nach Wittes endgültigem Abgang Mai 1906 kam es unter Bereinigung der verbliebenen hauptsächlichen Differenzen in Persien zur Verständigung zwischen England und Rußland. Witte, stets scharfer Gegner Englands, hat dieses Abkommen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen scharf kritisiert und bekämpft[45]), wie er

---

[39]) G. P. 17, Nr. 5274, S. 456 f.

[40]) Aufzeichnung v. Schwabachs v. 23. 12. 03 (Schwabach, S. 38 f.) u. G. P. 17, Nr. 5276, S. 459 f. u. S. 459 Anm.

[41]) v. Schwabach S. 38.

[42]) Belg. D., I. Erg.-Bd., S. 26/27 ff.

[43]) Ostwald, Ostasien und die Weltpolitik, S. 94.

[44]) Korostowetz, S. 157.

[45]) Friedjung, Bd. II, S 320; Witte, Erinnerungen, S. 531 ff. Korostowetz, S. 156 f. Graf Moy, a. a. O., in: Berliner Monatshefte VIII, S. 829.

vorher das Bagdadbahnunternehmen bekämpft hatte, da es russische Belange kreuzte; dieser Interessenkonflikt konnte auch nicht durch eine russische Beteiligung behoben werden. Die Durchführung des Unternehmens brachte Deutschland in einen neuen unnötigen Gegensatz zu Rußland, den England für seine Pläne geschickt ausnutzen konnte, seit die Leitung der russischen Politik bei Männern mit anderer politischer Zielsetzung lag. Denn die politische Bedeutung dieses vorwiegend deutschen Unternehmens bestand darin, daß es „den bis dahin unter sich verfeindeten zwei Mächten, England und Rußland, einen Konzentrationspunkt bot, der die Entwicklung dieser zwei Mächte vom Zustand offener Feindschaft zu einer Allianz erleichterte“[46]).

Mit Iswolsky, der 1906 Nachfolger des in seinen Ansichten meist mit Witte übereinstimmenden Grafen Lamsdorff wurde, konnte die Tibetfrage schon im September 1906 bereinigt werden, während die Verhandlungen über Afghanistan schwebten und die über Persien in Aussicht genommen waren[47]). Da England seinen Widerstand gegen die Bahn aufgab und an amtlicher englischer Stelle die Ansicht geäußert wurde, „das Bagdadbahnprojekt werde wohl am besten in der Form der Internationalisierung gelöst werden“[48]), konnte auch Iswolsky die russischen Bedenken dagegen überwinden. Er widmete sich bei seinem Aufenthalt in Berlin am 29. Oktober 1906 bei v. Mühlberg so eingehend der Beteiligungsfrage an dem Unternehmen, daß der deutsche Unterstaatssekretär den Eindruck hatte, „als sollte hier die gemeinsame Aktion der drei Mächte Rußland, Frankreich, England einsetzen“. Und er fährt fort: „Sie wird sich auf nichts anderes richten, als uns aus der führenden Stellung bei dem Unternehmen herauszudrängen. Herrn von Iswolsky mag dabei vorschweben, daß, wenn er sich auf diesem Felde den Engländern kostenlos für sich gefällig erweist, er sie leichter zu einem Entgegenkommen in seinen asiatischen Plänen bewegt[49]).“

Schon im Juni 1906 erklärte der französische Botschafter Bompard Herrn von Schoen, daß er den Auftrag habe, die russischen Bedenken gegen die Beteiligung an dem Unternehmen zu beseitigen, und daß er dafür bei dem neuen Außenminister Iswolsky viel Verständnis und Entgegenkommen gefunden habe, der „die landläufigen Besorgnisse“ einer Kapitalbeteiligung keineswegs teile. Seiner Erklärung, daß auch Graf Witte, „seinerzeit die Seele des Widerstandes“, „sich zu anderen Anschauungen bekehrt“ habe, braucht man unter diesen Umständen wohl nicht viel Bedeutung beizumessen[50]).

---

[46]) Ibbeken, S. 216.

[47]) G. P. 25, Nr. 8647, S. 226.

[48]) Sir Eldon Gorst, Hilfssekretär in Foreign Office, G. P. 25, Nr. 8647.

[49]) G. P. 25, Nr. 8649, S. 233; vgl. auch Nr. 8651, S. 235 f.

[50]) G. P. 25, Nr. 8635, S. 212 f.

IV. Wittes Stellung zu der Frage einer Kontinentalliga

Am klarsten zeigt sich Wittes Ansicht über die gemeinsamen russischen und deutschen Probleme, wenn man die Art und das Maß seines Einflusses untersucht, den er auf die Lösung der Frage nach der grundsätzlichen Stellung der beiden Länder zueinander ausübte.

Es war ein Hauptbestreben der deutschen Politik, den Verlust in der außenpolitischen Machtstellung des Reiches wieder wettzumachen, der durch die Verbindung Frankreichs und Rußlands entstanden war. Von Versuchen in dieser Richtung kamen diejenigen dem Ziele am nächsten, die während des russisch-japanischen Krieges unternommen wurden und ein Abkommen mit Rußland erstrebten, das irgendwie Bündnischarakter hätte.

Sie sind die letzten Glieder in der Kette der Bestrebungen, eine Kontinentalliga zu schaffen, die man mit dem „ostasiatischen Dreibund" von 1895 beginnen lassen kann. „Zum ersten Male war ohne und teilweise sogar gegen Englands Beteiligung eine Veränderung von großer weltpolitischer Bedeutung zustande gekommen. Die Initiative dazu hatten die drei beherrschenden Kontinentalmächte ergriffen, und es bestand die Gefahr, daß diese erste weltpolitische Gemeinschaft sich zu gegebener Zeit erneuerte und vielleicht bald einmal ihre Spitze gegen England selbst nahm[1])."

Diese Spitze enthielten alle derartigen Pläne, die in der Folgezeit auftauchten und nicht eher zur Ruhe kamen, als bis die Eingruppierung der europäischen Großmächte in mehr oder weniger feste Koalitionen sich gegen Ende des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts vollzogen hatte, allerdings in einer für das Deutsche Reich verhängnisvollen Weise. Die Schwierigkeiten bei dieser Frage lagen für unsere Regierung hauptsächlich in den sehr verschiedenen Interessen des Reiches. Die Vorteile, die ein Kontinentalbündnis gebracht hätte, fallen leicht ins Auge. Darauf, daß andere Belange dabei aber zu kurz gekommen wären, weist Fürst Bülow hin, wenn er über unsere Lage um die Jahrhundertwende sagt: „Wir gingen gerade in jenen Jahren an die Begründung der deutschen Seemacht durch den Bau unserer Kriegsflotte. England aber hatte, auch unbeschadet eines etwaigen Mißerfolges im Südafrikanischen Kriege, damals die Macht, unsere Entwicklung zur Seemacht im Keime zu ersticken[2])." Ein weiterer schwacher Punkt für alle diese Bestrebungen war die unsichere Haltung Frankreichs. Auf deutscher Seite hielten vor allem aber die leitenden Staatsmänner Bülow und Holstein eine derartige Mächtekonstellation, wie sie sich schließlich (1907) ergab, nicht für möglich, da sie den Antagonismus von England und Rußland

---

[1]) Paul Herre, Weltgeschichte der neuesten Zeit. Bd. I, S. 29; vgl. Hilde Prowaseck, Der Gedanke einer Kontinentalliga unter Wilhelm II. S. 5 ff.

[2]) Fürst Bülow, Deutsche Politik. S. 33.

für unabänderlich hielten. Sonst würden sie wohl auch unter großen Opfern versucht haben, sie zu verhindern.

Waren Annäherungsversuche, wie sie von französischer Seite wiederholt gemacht wurden, auch hauptsächlich zeitlich beschränkt und aus außenpolitischen Schwierigkeiten zu erklären, so besonders anläßlich der Faschodakrise[2]), so war die Unterstützung, die dem Gedanken einer Kontinentalliga aus Rußland zuteil wurde, doch dauerhaft und höher zu bewerten. An der Spitze der sehr einflußreichen Gruppe, die ihn verfolgte, stand Witte.

Zum ersten Male legte er seine Gedanken darüber dem deutschen Kaiser anläßlich dessen Besuchs in Petersburg im August 1897 dar[4]). Wilhelm II. hatte auf die Gefahr hingewiesen, die Amerika für die europäische Wirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft, bedeute. Witte aber sah den Gegner hauptsächlich in England und wollte ihm gegenüber das Festland als geschlossenen Block sehen, um Europa vor dem Schicksal zu bewahren, in Kürze einer „gebrechlichen Greisin" vergleichbar zu sein. Ein einiges Europa würde reich und mächtig sein. „Um das zu erreichen, muß man vor allen Dingen danach streben, dauerhafte Bündnisverhältnisse zwischen Rußland, Deutschland und Frankreich herzustellen. Wenn einmal diese Staaten fest und unerschütterlich verbunden sein werden, so werden ohne Zweifel auch die anderen Staaten des Kontinents diesem Zentralbündnisse beitreten, und auf diese Weise wird ein geschlossener kontinentaler Bund entstehen, der Europa von jenen Lasten befreien wird, die es sich infolge des inneren Zwistes auferlegt hat..."[5]).

Wenn in jener Besprechung auch eine weitgehende Uebereinstimmung in den Ansichten der beiden Staatsmänner festgestellt werden konnte, kam es doch zu irgendwelchen festen Plänen nicht.

Die antienglische Einstellung Wittes kam auch in den Vorbesprechungen für die erste Haager Konferenz deutlich zum Ausdruck[6]). Das Friedensmanifest des Zaren vom 24./12. August 1898, das diese Konferenz veranlaßt hatte, verdankte seinem Wortlaut nach seine Entstehung idealen Gedankengängen. Sie mögen bei Nikolaus II. wohl eine gewisse Rolle gespielt haben. Man hatte ihn durch philanthropische Erwägungen leicht für den Plan gewinnen können[7]), während dem Grafen Murawiew die Aussicht schmeichelhaft erschien, einer internationalen Konferenz präsidieren zu können[8]). Der wirkliche Grund aber für das russische Vorgehen war sehr realer Art, was Witte in seinen Erinnerungen unverblümt aus-

---

[3]) Prowaseck, S. 38.

[4]) Witte, Erinnerungen, S. 71 ff. G. P. 13, Nr. 3435, S. 71 f.; Nr. 3438, S. 75 f.; Nr. 3444, S. 81 f.

[5]) Witte, Erinnerungen, S. 74 f.

[6]) Vgl. auch Korostowetz, S. 122.

[7]) Witte, Erinnerungen, S. 93 f. Berichte d. Fürsten Radolin v. 26. 8. 98 (G. P. 13, Nr. 3525, S. 188 ff.), v. 2. 4. 99 (Nr. 3537, S. 209 ff.) u. v. 13. 7. 99 (G. P. 15, Nr. 4350, S. 349 f.); vgl. auch Brit. D. I, Nr. 263, 267, 270 u. 271.

[8]) G. P. 13, Nr. 3525, S. 190; Brit. D. I, Nr. 263, 265 u. 271.

spricht[9]), und was auch in den sonstigen Veröffentlichungen zum Ausdruck kommt[10]). Die damalige schwierige Lage Rußlands[11]) gestattete nicht die Ausgabe so großer Mittel für die Armee, wie sie gerade damals nötig gewesen wären. Denn die österreichische Artillerie wurde umarmiert. Da man in Rußland aber gerade bei einer Neubewaffnung der Infanterie war, die große Summen erforderte, war man nicht in der Lage, auch diesen neuen Anforderungen noch zu genügen. Ueber den Vorschlag des Kriegsministers Kuropatkin, eine Einigung mit Oesterreich zu suchen, was aber für aussichtslos gehalten wurde, kam man zu dem Plan, ein allgemeines Abrüstungsabkommen zu propagieren[12]). Auch andere Gründe werden bei dem Plan eine Rolle gespielt haben. So äußert sich Witte im Frühjahr 1899 dem deutschen Botschafter gegenüber, nicht die geforderten Mehrausgaben für Marine und Artillerie hätten ihn beunruhigt, wohl aber die ehrgeizigen Pläne einflußreicher Personen bezüglich Chinas und der Türkei[13]).

Das russische Vorgehen hatte unter dem Einfluß Wittes ohne Zweifel auch eine antienglische Tendenz, auf die der damalige Staatssekretär v. Bülow aufmerksam macht, wenn er schon kurz nach der Bekanntgabe des Manifestes dem Grafen Hatzfeld gegenüber darauf hinweist, „daß Rußland . . . eine Beschränkung der militärischen Expansion Englands auf dem Wasser ebenso erwünscht wie für England unannehmbar" sei[14]).

Nachdem das Manifest einmal erlassen war, bedeutete es eine Prestigefrage für den Zaren, daß die Konferenz auch zustande kam. Solche Motive vermutete man in Berlin, wenn im Zusammenhang mit dieser Konferenz auch der Plan einer Kontinentalliga erörtert wurde. So sagt Bülow in denselben Tagen in einem Telegramm an den Botschafter in Petersburg, daß es möglich sei, daß Rußland, um den Gedanken des Kongresses nicht scheitern zu lassen, sich als Makler für Herstellung engerer Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich anbiete[15]).

Für Witte hatte ein solches Zusammengehen aber auch grundsätzliche Bedeutung. Ausführlich legt er seine Gedanken dem Fürsten Radolin in einer Unterredung am 19. Dezember 1898 dar[16]), die sich dem Sinne nach in der Hauptsache mit dem decken, was er 1897 dem Deutschen Kaiser gegenüber ausgeführt hatte[17]). Er hofft,

---

[9]) Witte, Erinnerungen, S. 92 ff.

[10]) Vgl. auch Erich Gottschalk, Deutschlands Haltung auf den Haager Friedenskonferenzen. In: Berliner Monatshefte VIII, (1930), S. 447—456. (S. 449).

[11]) s. o. S. 20 ff.

[12]) Witte, Erinnerungen, S. 92 f.

[13]) G. P. 13, Nr. 5337, S. 209 ff. (2. 4. 99).

[14]) G. P. 15, Nr. 4217, S. 146 (26. 8. 98).

[15]) G. P. 13, Nr. 3526, S. 191 (30. 8. 98).

[16]) G. P. 13, Nr. 3530, S. 196 ff., auch G. P. 15, Nr. 4232, S. 164 ff. Auf diesen Bericht verweisen auch die Brit. Dokumente: Bd. I, Nr. 282, Fußnote [1]).

[17]) s. o. S. 56.

daß die Konferenz zu einem positiven Ergebnis komme, damit die Kontinentalmächte in die Lage versetzt würden, ihre gegenseitigen Rüstungen herabsetzen zu können. „Ist es denn nicht wahnsinnig", führte er aus, „daß die kontinentalen Mächte ihre ganze pekuniäre Kraft vergeuden, um sich gegeneinander zu rüsten. Inzwischen sieht England (und evtl. auch Amerika und Japan) zu, wie der Kontinent sich verzehrt, reibt sich die Hände darüber und beschränkt sich darauf, die einzige richtige Waffe für die künftige Weltherrschaft, seine Flotte, zu vermehren und sie zu einer Stärke zu entwickeln, die ohnegleichen und imstande sein wird, im gegebenen Moment ganz Europa in Schach zu halten und die Weltherrschaft zu begründen. Die Kontinentalmächte sollten im Hinblick auf diese allgemeine Gefahr, die ihnen von England (und später von England und Amerika) droht, sich dadurch begegnen, daß sie ihre gegenseitige Feindseligkeit begleichen und die enormen Ersparnisse, die durch eine dann mögliche Herabsetzung der Landarmeen erzielt werden, dazu benutzen, um ihre Seemacht zu stärken und sie der britischen ebenbürtig zu machen." Er fürchtet, daß der Kontinent sonst zur „quantité négligeable" werde, und hofft, daß eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich gerade jetzt mit Aussicht auf Erfolg angebahnt werden könne[18]).

Präziser noch faßt Witte den Plan einer Kontinentalliga bei einer anderen Unterredung mit Radolin vom 2. April 1899, indem er ausführt, „nur ein Mittel gebe es, den Frieden in Europa zu sichern, und dazu brauche man keine Friedenskonferenz: ein enges Zusammengehen von Rußland, Deutschland und Frankreich . . . . Es würde eigentlich genügen, wenn Rußland, natürlich mit Frankreich im Schlepptau, und Deutschland eng zusammenhielten . . . Rußland und Deutschland vereint hätten den Frieden der Welt in der Hand"[19]).

Gewiß sprachen bei Witte Rücksichten auf die besonders schwierige Lage Rußlands mit, worauf der deutsche Kaiser in der Schlußbemerkung zu dem ersten Bericht hinweist: „J e t z t[20]), wo England mobil, fertig, kampfgerüstet und stärker dasteht als je, will er eine a n t i e n g l i s c h e Liga zusammenbringen! Und vor drei Jahren war er nicht zu haben, als es unvorbereitet dalag. Des Pudels Kern ist, er hat kein Geld mehr! Der Mißstand, die Hungersnot und Steuerrückgang nehmen zu im Land, und gerade jetzt soll er eine große Flotte schaffen, um die ungeheure Expansion des Reiches zu gewährleisten, die mit seinem Kulturstadium und Entwicklung nicht gleichen Schritt gehalten hat! Too late, Sir! Jetzt will i c h nicht"[21]). — Witte wurde durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes angetrieben, diese außenpolitischen Pläne mit Eifer zu verfolgen. Aber in Deutschland glaubte man, sich nicht gegen England wenden zu sollen, das sich gerade damals Deutschland genähert hatte. Und

[18]) G. P. 13, Nr. 3530, S. 197.
[19]) G. P. 13, Nr. 3537, S. 209 ff.
[20]) Sperrungen in der G. P.
[21]) G. P. 13, Nr. 3530, S. 199.

wenn Witte als nächsten Erfolg eines kontinentalen Zusammenschlusses die Schaffung einer gegen England gerichteten Flotte bezeichnete, so konnte das für Deutschland, das sich selbst mit diesem Plan trug, wenn auch durchaus zu defensiven Zwecken, nur ein Grund sein, mit England nicht zu brechen. Diese sehr unklare, im Uebergangsstadium sich befindende außenpolitische Situation wird durch eine Randbemerkung Wilhelms II. zu dem zweiten Bericht charakterisiert, in der er in fragendem Ton der von Witte geforderten Kontinentalliga ein Zusammengehen von England, Deutschland, Amerika und Japan gegenüberstellt[22]). Daß ihm der Plan des kontinentalen Zusammenschlusses an sich aber sympathisch war, zeigen die Bemerkungen am Schluß des zweiten Berichtes trotz ihrer ablehnenden Form: „. . . Das wurde vor vier Jahren mit dem jetzigen Kaiser schon besprochen und vor zwei Jahren in Peterhof auch mit Witte, aber beide Male ohne Erfolg." „Ich bin ja so oft schon dazu bereit gewesen, aber es hat stets an ernstem Willen und zielbewußtem Vorgehen in Rußland im letzten Augenblick gefehlt!"[23]).

Ernsthaftere Bemühungen sind auf russischer Seite in dieser Frage zur Zeit des Burenkrieges gemacht worden, die auf die Forderung einer gemeinsamen Intervention bei England hinausliefen[24]). Denn dieser Krieg unmittelbar nach der Haager Konferenz wurde als englische Herausforderung angesehen. Anfang März 1900 ließ Graf Murawiew durch Osten-Sacken ein solches Vorgehen in Berlin anregen[25]). Bülow bemerkt in einem Telegramm an den Fürsten Radolin allgemein zu diesem Schritt, die deutsche Politik müsse die Möglichkeit von Verwicklungen mit anderen Großmächten und namentlich mit anderen Seemächten besonders sorgfältig vermeiden, solange wir nicht der Haltung Frankreichs sicher seien, welche Sicherheit nur durch Abmachungen mehrerer Mächte gewährt werden könnte, die sich für eine längere Reihe von Jahren ihren europäischen Besitzstand gegenseitig garantierten[26]). Deutschland stellte also als Bedingung die Forderung nach einer vertraglichen Sicherung seiner Grenzen auf[27]); doch wenn jene Zeit nach der französischen Schmach von Faschoda auch einer deutsch-französischen Annäherung verhältnismäßig günstig war[28]), so war die Sache doch zu schwierig. Rußland ergriff nicht die Initiative, die Deutschland ihm als dem Verbündeten Frankreichs überlassen hatte. Bei all diesen Aktionen stand auch bei der Leitung der russischen Außenpolitik der Gegensatz zu England und der Wunsch, dessen schwierige Lage zu nutzen, mehr im Vordergrund als das positive Ziel, zu einem Kontinentalbunde zu gelangen. Für ein aktives Vorgehen gegen

---

[22]) G. P. 13, Nr. 3537, S. 210.
[23]) G. P. 13, Nr. 3537, S. 211; vgl. auch G. P. 14, Kapitel 95.
[24]) Prowaseck, S. 30 ff.
[25]) G. P. 15, Nr. 4472, S. 516 f.
[26]) G. P. 15, Nr. 4472, S. 517.
[27]) Vgl. auch Bülows Erklärung v. 4. 5. 99, G. P. 14, Nr. 4020, S. 546 (Aufzeichnung v. 5. 5. 99).
[28]) G P. 13, Nr. 3558.

England waren Rußland aber durch die geringen finanziellen Möglichkeiten des Landes enge Grenzen gezogen. Witte selbst war genötigt, sich gegen russisches aggressives Vorgehen wie in der Türkei[29]), so auch in Mittelasien zu wenden. Der russische Außenminister Graf Murawiew hatte bezüglich Zentralasiens Forderungen aufgestellt, die der Finanzminister ablehnen mußte. In einem Brief an denselben vom 23./10. Februar 1900[30]) führt er aus, daß diese Forderungen zu einem Wettrüsten „mit dem reichen England" führen müßten. „Wenn somit unsere militärische Macht und damit zugleich die Ausgaben zur Erhaltung der Armee absolut größer werden, so würde sich das Verhältnis unserer bewaffneten Kräfte zu denen unserer Gegner kaum ändern. Letzten Endes würde für uns und für die ganze zivilisierte Welt die Erreichung des hohen Zieles, das in der denkwürdigen Kundgebung vom 12. August 1898 gezeigt wird, noch ferner rücken."

Doch bedeutete eine solche Stellungnahme nicht das Fallenlassen seiner Bestrebungen, die in Berlin bekannt waren und beachtet wurden. So schreibt im Sommer 1900 Bülow in anderem Zusammenhang an Radolin[31]) von dessen Gewährsmann, als welchen der Herausgeber der Akten den Finanzminister Witte annimmt[32]): „Ew. Gewährsmann erstrebt die Bildung einer Parteigruppe unter den Mächten, welche ihre Aufgabe darin suchen würde, eine andere Parteigruppe im Schach zu halten", und er sagt, daß er auf die Erhaltung des Vertrauens des „Gewährsmannes" den größten Wert lege.

Im neuen Jahrhundert war die Erreichung dieses Zieles in Frage gestellt durch die englischen Bemühungen, Deutschland zu isolieren, die vor allem betrieben wurden, seit Eduard VII. im Jahre 1901 den englischen Thron bestiegen hatte, und deren erster großer Erfolg der Abschluß der „Entente cordiale" zwischen England und Frankreich am 8. April 1904 war. Wenn auch die Volksstimmung in England und Deutschland scharf gegeneinander gerichtet war[33]), so wurde doch in eingeweihten Kreisen damals die politische Situation noch nicht pessimistisch angesehen. Davon zeugen die Meinungen, wie sie u. a. in den belgischen Zirkularen zum Ausdruck kommen[34]).

Am 23. August 1901 hatte Eduard VII. bei Wilhelm II. in Wilhelmshöhe geweilt, und der Kaiser hatte von möglichen kontinentalen Verbindungen gesprochen, was für den englischen König ein neuer Ansporn war, solchen Bestrebungen entgegenzuarbeiten. Um solche Arbeit in Rußland erfolgversprechend betreiben zu können, kam es zunächst darauf an, die scharfe englandfeindliche Hal-

---

[29]) s. o. S. 47 f.
[30]) Zaristische Diplomatie. In: Kriegsschuldfrage VI, S. 663.
[31]) G. P. 16, Nr. 4570, S. 54 f.
[32]) G. P. 16, S. 54 Anm.
[33]) Belg. D. II, Nr. 36.
[34]) Belg. D. II, Nr. 35. — Schwabach schreibt, daß intensive Anstrengungen gemacht würden, „Deutschland für das russisch-französische System zu gewinnen". v. Schwabach an A. von Rothschild, London (16. 7. 01). v. Schwabach, S. 18.

tung, die besonders während des Burenkrieges bestanden hatte, zu beseitigen. In der Hinsicht war es für England günstig, daß durch die gespannte wirtschaftliche Lage auch die Kreise um Witte — und gerade diese —, genötigt waren, auf die Vermeidung irgend welcher Komplikationen zu dringen. Das beweist Wittes Brief an den russischen Außenminister[35]), der die Aussichtslosigkeit des Wettrüstens mit England erklärt, das zeigt auch ein Bericht des englischen Botschafters in Petersburg Sir C. Scott vom 5. Februar 1902 über eine Unterredung mit dem Grafen Lamsdorff, in dem festgestellt wird, daß der scharfe englandfeindliche Ton in der russischen Presse nachgelassen habe und man mehr zu einer Verständigung bereit sei, besonders in Wirtschafts- und Handelskreisen, und in Herrn Witte fänden diese Bestrebungen einen eifrigen Befürworter[36]). Er fügt allerdings hinzu, daß noch viele Vorurteile zu überwinden seien[37]).

Wohin die Entwicklung geht, zeigt das belgische Gesandtschaftszirkular vom 31. 7. 1903, das den Auszug eines Pariser Berichts vom 11. 7. 1903 bringt, der anläßlich der gleichzeitigen Besuche des englischen und des italienischen Königs abgefaßt wurde[38]). Der belgische Gesandte schreibt: „Die Gleichzeitigkeit der beiden Zusammenkünfte des französischen Präsidenten mit den Königen von Italien und England ist kein Zufall; diese zwei Besuche ergänzen sich. Man sieht darin die Einleitung zu einem Dreiverband, an welchem teilzunehmen auch Rußland nicht zögern würde. Man sagt, die Regierung von St. Petersburg habe die Annäherung mit Befriedigung gesehen, und sie sei nicht abgeneigt, sie sich zunutze zu machen." Das Bündnis mit Rußland bilde weiterhin die Grundlage der französischen Politik. — Das Wesen dieser Politik Delcassés verkennt er aber, wenn er annimmt, daß die Ziele dieser Politik nur die Aufrechterhaltung des Friedens seien. „Die Fragen Aegypten, Faschoda, Elsaß-Lothringen beginnen die Franzosen zu vergessen", schließt er. Diese Haltung den beiden ersten Fragen gegenüber war ja auch Bedingung für eine Annäherung an England, und sie fanden ihre Regelung in dem im folgenden Jahr abgeschlossenen Kolonialabkommen. Bezüglich Elsaß-Lothringens traf die Vermutung des Gesandten jedenfalls nur vorübergehend zu, und auch das nicht für die in Frankreich maßgebenden Kreise. Deutlich zeichnet sich in diesem Bericht schon die künftige Mächtekonstellation ab, wenn die Bestrebungen des französischen Botschafters Barrère in Rom auch erst sehr spät von Erfolg gekrönt wurden und auch in bezug auf Rußland sehr starke Widerstände zunächst überwunden werden mußten.

Auf den obigen belgischen Bericht aus Paris erfolgte eine Antwort des Gesandten in Berlin vom 7. August 1903[39]), der der opti-

---

[35]) s. o. S. 60.

[36]) Brit. D. I, Nr. 338, S. 272 f.

[37]) Holstein beklagt sich am 16. 4. 03 über den deutschfeindlichen Ton in „denjenigen russischen Blättern, wo Lamsdorff und Witte ihre Ansichten niederlegen". G. P. 18, Nr. 5421, S. 69.

[38]) Belg. D. II, Nr. 59, S. 148/49.

[39]) Belg. D. II, Nr. 63, S. 154/55 ff.

mistischen Stimmung in Berlin Ausdruck gibt. Dort glaube man nicht, heißt es darin, daß Rußland sich Frankreich, England und Italien anschließen werde. „Solch eine Verbindung scheint unmöglich zu sein. Man macht geltend, es bestehe zwischen Rußland und England ein unaufhebbarer Gegensatz (une opposition irréductible), welcher solange dauern würde, bis alle Fragen Mittelasiens und des Fernen Ostens durch den endgültigen Sieg eines der beiden Gegner gelöst würden." Aus finanziellen und politischen Gründen müsse Rußland noch mehr Rücksicht auf Deutschland nehmen. Ja, die Annäherung zwischen Petersburg und London werde die Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg verbessern. Rußland sei sich Frankreichs nicht mehr so sicher, was es noch mehr an die Seite Deutschlands drängen müsse.

In Deutschland verließ man sich bezüglich Rußlands wohl allzu sehr auf die damals dort maßgebenden Männer und beachtete nicht, daß es eine starke deutschfeindliche Strömung gab, die die volkstümliche war. Darauf weist ein belgisches Gesandtschaftszirkular vom 3. 12. 1903 hin[40]), das sich auf Berliner Berichte stützt. Es wird aber hinzugefügt: „Wenn die Vernunft die menschlichen Handlungen und die Politik insbesondere leitete, so würde zwischen Deutschland und Rußland niemals auch nur der geringste Konflikt möglich . . ."

Im Sommer 1903 wurde Witte wegen seiner abweichenden Ansichten über die im Fernen Osten einzuschlagende Politik gestürzt[41]). Dadurch wurde sein amtlicher Einfluß, der einer politischen Annäherung an England hätte entgegenwirken können, ausgeschaltet. Denn das ehrenvolle Amt eines Präsidenten des Ministerkomitees, das er erhielt, war politisch bedeutungslos.

Doch der von Witte stets gefürchtete Krieg mit Japan, der eine Konsequenz der unverantwortlichen Politik im Fernen Osten war, brach Anfang 1904 aus und machte vorläufig alle Hoffnungen auf ein russisch-englisches Uebereinkommen zunichte[42]). Denn daß die Haltung Englands in Anbetracht seines Bündnisses mit Japan vom Jahre 1902[43]) feindlich sein mußte, war klar. Nicht nur die Regierung, auch die Presse Englands schlug einen russenfeindlichen Ton an, von dem ein belgisches Gesandtschaftszirkular auf Grund eines Petersburger Berichtes vom 16. März 1904 spricht[44]). Dieser Ton, der sich auch in der amerikanischen Presse zeigt, wurde in Petersburg derart verletzend empfunden, daß die Botschaften dieser Länder boykottiert wurden.

Im Gegensatz dazu wird die außergewöhnliche Liebenswürdigkeit hervorgehoben, mit der der deutsche Botschafter empfangen worden

---

[40]) Belg. D. II, Nr. 65, S. 158/59 ff.

[41]) Vgl. Hoetzsch, Rußland, S. 79.

[42]) Zu der Vorgeschichte des russisch-japanischen Krieges vgl. Freiherr v. Tettau, Der russisch-japanische Krieg, Bd. I, 1. Teil, 1. Kapitel, S. 1—60. Ueber Wittes Stellung dazu: Witte, Erzwungene Aufklärungen. Vgl. ferner Friedrich von Steinmann, a. a. O.

[43]) G. P. 17, Kap. 110 A.; vgl. Prowaseck, S. 51.

[44]) Belg. D. II, Nr. 66, S. 160/61 ff.

sei, obwohl die deutsche Presse der russischen Sache zum größten Teil nicht günstig gesinnt sei. Doch die Sympathiekundgebungen des Deutschen Kaisers für Rußland waren seit Beginn des Krieges sehr herzlich, und der Botschafter Graf Alvensleben hatte ihnen in sehr glücklicher Form Ausdruck verliehen. „Das herzliche Einvernehmen der beiden Kaiserreiche gewährt dem russischen Nationalgefühl eine Genugtuung, für die es sich dankbar zeigt"[45]). Von dieser Stimmung in den leitenden russischen Kreisen zeugt auch ein Bericht des Fürsten Radolin aus Paris vom 28. 2. 1904 über Mitteilungen, die der frühere Deputierte Josef Reinach nach Aeußerungen eines nichtgenannten hochstehenden Russen gemacht hatte[46]). Der Zar sei überzeugt, fest auf Wilhelm II. und damit auch auf Deutschland rechnen zu können. „Als einen charakteristischen Beweis für diese Stimmung des Zaren erzählte der erwähnte Russe, daß er vor wenigen Tagen den Zaren über zwanzig Minuten in tiefen Gedanken und wie in einer Art stummer Andacht vor der bekannten allegorischen Zeichnung Kaiser Wilhelms „Völker Europas, wahret Eure heiligsten Güter" gesehen habe. Die Haltung Deutschlands vor und nach Ausbruch der Feindseligkeiten mit Japan habe in den maßgebenden russischen Kreisen die dankbarste Befriedigung hervorgerufen."

Wenn der oben zitierte belgische Bericht auch von „Beweisen großer Teilnahme" von seiten Frankreichs spricht, so mußte sich Rußland doch bei der neutralen Haltung dieses seines Verbündeten im Stich gelassen fühlen[47]). Für Frankreich war der Krieg sehr unerwünscht; denn ein geschwächtes Rußland — und wie lange es als tatsächlicher Machtfaktor ausschied, war noch nicht abzusehen — konnte nie die Ziele erreichen helfen, für deren Erlangung man gerade damals einen guten Schritt vorwärts getan hatte durch die Aussöhnung mit England, dem Verbündeten Japans, die in dem Abschluß der Entente cordiale erfolgte. So ist es wohl verständlich, daß die deutsche Haltung in Rußland außerordentlich wohltuend empfunden wurde.

Sie ging zurück auf die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Reval vom 6. bis 8. August 1902, wenn man dort auch keine bindenden Abmachungen getroffen hatte[48]). Jedenfalls war Rußland durch Deutschlands Haltung in die Lage versetzt worden, im Laufe des Krieges seine Westgrenze immer mehr von Truppen entblößen zu können. Diese wohlwollende Neutralität barg aber für Deutschland auch Gefahren in sich; denn die Versorgung der russischen Schiffe, die sich auf dem Wege nach Ostasien befanden, mit Kohle durch die Hamburg - Amerika - Linie wurde von England beanstandet[49]). Große Erregung rief dort aber die Beschießung einer englischen

---

[45]) Belg. D. II, Nr. 66, S. 160/61 ff.
[46]) G. P. 19, Nr. 6028, S. 165 ff.
[47]) von Schoen nennt das damalige Verhalten Frankreichs „nahezu bündniswidrig". v. Schoen, S. 26.
[48]) G. P. 18, Nr. 5402.
[49]) G. P. 19, Nr. 6088.

Fischerflotte an der Doggerbank durch die ausfahrende russische Ostseeflotte in der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1904 hervor, die die Russen für japanische Torpedoboote gehalten hatten[50]), für welchen Zwischenfall man Deutschland einen großen Teil der Schuld zuschob[51]).

Dadurch wurde Deutschland veranlaßt, sich im Hinblick auf etwaige Konsequenzen, die seine freundschaftliche Haltung mit sich bringen konnte, des Rückhaltes an Rußland zu vergewissern. Schon im Sommer, vor Abschluß des Handelsvertrages[52]), waren Pläne erwogen worden, ein engeres politisches Verhältnis zwischen den beiden Mächten herzustellen. Die Tatsache, daß auch Oesterreich-Ungarn sich in dem Krieg Rußland gegenüber durchaus wohlwollend verhielt, ließ den Gedanken aufkommen, das alte Drei-Kaiser-Bündnis der Bismarckschen Zeit wieder aufleben zu lassen. Bülow wirft die Frage auf, ob Witte die Erneuerung dieses Bündnisses nahegelegt werden solle[53]). Die Auffassung von dieser Frage im Auswärtigen Amt ist niedergelegt in einer Aufzeichnung des Freiherrn von Richthofen[54]), in der vorgeschlagen wird, einen solchen Plan nicht von uns aus anzuregen. Man faßte es bei der damaligen außenpolitischen Situation als Konzession an Rußland auf, die man nicht glaubte machen zu brauchen, um zum Abschluß des Handelsvertrages zu gelangen; denn Witte werde schon aus persönlichen Gründen, nämlich um durch sichtbare Erfolge wieder zur Macht zu gelangen, es nicht auf ein Scheitern der Verhandlungen ankommen lassen. Falls der Plan von Witte angeregt werden sollte, möge man die Angelegenheit dilatorisch behandeln.

Nachdem sich aber die Lage zugespitzt hatte, ergriff Deutschland nach dem Doggerbankzwischenfall die Initiative durch ein Telegramm Kaiser Wilhelms vom 27. Oktober 1904[55]), in dem er von der Möglichkeit eines gemeinsamen japanisch-britischen Schrittes wegen der Kohlenversorgung der russischen Flotte seitens Deutschlands ausging. Demgegenüber müßten Rußland und Deutschland zusammenstehen, zu denen noch Frankreich als russischer Alliierter trete, der an den „casus foederis" zu erinnern sei. „Hierdurch würde eine mächtige Kombination von dreien der stärksten Kontinentalmächte zum Angriff gebildet werden, worüber die anglo-japanische Gruppe vor dem Handeln zweimal nachdenken würde." Der Zar stimmte dem in seiner Antwort vom 29. Oktober zu, indem er ebenfalls ausführte, „der einzige Weg" würde sein, „daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich sofort über eine Abmachung einig würden, um anglo-

---

[50]) G. P. 19, Nr. 6101 ff.
[51]) G. P. 19, Nr. 6105 u. 6108.
[52]) s. o. S. 16 ff.
[53]) G. P. 19, S. 194 Anm.
[54]) G. P. 19, Nr. 6042, S. 194 ff.; vgl. Friedjung, I, S. 455 u. Prowaseck, S. 50.
[55]) G. P. 19, Nr. 6118, S. 303 f.; deutscher Wortlaut in Bernhard Schwertfeger, Wegweiser durch das große Aktenwerk der deutschen Regierung, IV, S. 210. Vgl. auch Wilhelm, Kronprinz, Ich suche die Wahrheit, S. 261.

japanische Anmaßung und Unverschämtheit zunichte zu machen"[56]). Der Kaiser möge Richtlinien eines solchen Vertrages niederlegen. Nachdem eine Einigung zwischen ihnen erfolgt sei, müsse Frankreich sich anschließen, und er schließt: „Diese Kombination ist mir schon oft in den Sinn gekommen. Sie würde Ruhe und Frieden für die Welt bedeuten"[57]).

In der Weise, wie der Kaiser in seinem Telegramm, äußerte sich auch Holstein an demselben Tage in einer Unterredung mit Osten-Sacken zu diesem Thema und spricht schon von einer „Entente der drei Mächte"[58]). Zu dem Bericht über diese Besprechung äußerte sich Lamsdorff sehr vorsichtig und vermied eine klare Stellungnahme[59]). Der Zar aber stimmte dem Vorschlag unbedingt zu und verwies auf die oben zitierte Antwort an den Deutschen Kaiser[60]).

Unter dem 30. Oktober überreichte Bülow dem Kaiser einen Vertragsentwurf, der drei Punkte umfaßte und ein Defensiv-Abkommen vorschlug, in dem sich Deutschland und Rußland gegenseitig Hilfe zusagten, falls eins von ihnen von einer europäischen Macht angegriffen werde, und zusagten, daß sie gemeinsam Frankreich an seine Pflichten, die es als russischer Verbündeter hätte, erinnern wollten. Sie verpflichteten sich, keinen Separatfrieden mit einem gemeinsamen Gegner abzuschließen, und stellten fest, daß die Verpflichtung zur Hilfeleistung auch nach Friedensschluß gelten sollte, falls dann Handlungen wie die Kohlenlieferungen zu Reklamationen seitens einer dritten Macht führen sollten[61]).

Der Vorschlag, der von Bülow persönlich, noch ohne Kenntnis des Auswärtigen Amtes, ausgearbeitet worden war, fand die volle Zustimmung Wilhelms II. Der Zar antwortete am 7. September begeistert und reichte einen Gegenentwurf ein[62]). Der Schriftwechsel wurde fortgesetzt[63]), ohne jedoch zum Abschluß des Vertrages zu führen. Lediglich erklärte Rußland, „daß, was die Frage der Kohlenlieferungen betrifft, die Kaiserliche Regierung von Rußland entschlossen ist, vollkommen gemeinsame Sache mit der Kaiserlichen

---

[56]) G. P. 19, Nr. 6119, S. 305. Deutscher Wortlaut: Bernhard Schwertfeger, Wegweiser, a. a. O., IV, S. 211.

[57]) Vgl. die Erklärung des Zaren bei Korostowetz, S. 142, v. 16. Okt. 1904 (a. St.?). Die Erklärung deckt sich inhaltlich mit der bei v. Taube, Michael Freiherr, Der großen Katastrophe entgegen, S. 44, mitgeteilten Antwort des Zaren.

[58]) v. Taube, S. 43; in der G. P. findet sich kein Bericht über diese Unterredung. Vgl. Alexandre Savinsky, Guillaume II et la Russie. Ses Dépêches à Nicolas II (1903—1905). In: Revue des deux Mondes, 92, VII, 12, S. 765—802 (S. 785).

[59]) v. Taube, S. 44.

[60]) v. Taube, S. 44 (29. 10. 04), deutsche Uebersetzung nach Krasny-Archiv V, S. 6 Anm.

[61]) G. P. 19, Nr. 6120, S. 305 ff. Revue des deux Mondes, 92, VII, 12, p. 785 (A. Savinsky, Guillaume II et la Russie, 1903—1905). Goetz, S. 134, Brief v. 30. 10. 1904.

[62]) G. P. 19, Nr. 6124, S. 310 ff.

[63]) G. P. 19, Nr. 6125, ff.; Revue des deux Mondes, a. a. O., p. 788—796; Goetz, S. 138—153; Prowaseck, S. 52 f.

Regierung von Deutschland zu machen, fest davon überzeugt, daß die letztere ihrerseits . . . . die freundschaftliche Haltung, die sie bis jetzt befolgt hat, weiter beobachten und die Lieferung von Kohlen an die russische Flotte erleichtern wird"[64]).

Der Briefwechsel zwischen den beiden Monarchen über diese Angelegenheit endete vorläufig mit dem Brief Kaiser Wilhelms an den Zaren vom 21. 12. 1904, in dem er die Hoffnung auch auf ein Zusammengehen für die Zukunft aufrecht erhält[65]). Den Schlußstrich unter diese Angelegenheit zog Holstein in seiner Aufzeichnung vom 2. Februar 1905[66]), nach welcher der Plan aufzugeben sei, weil wir ein Bündnis mit Rußland nicht schließen könnten, ohne uns eine Verstimmung Roosevelts zuzuziehen, und eine Trübung unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten zu vermeiden, schien Holstein damals wichtiger zu sein, als die Verschmelzung des russisch-französischen und des englisch-japanischen Zweibundes zu verhindern.

Daß es damals nicht zum Abschluß eines förmlichen Abkommens kam, ist wohl auch darauf zurückzuführen, daß Graf Lamsdorff dem Zaren abriet, einen Vertrag zu unterschreiben, ehe Frankreich unterrichtet war[67]). Lamsdorff mißtraute dem Deutschen Kaiser, „seitdem dieser den Rückversicherungsvertrag Bismarcks nicht erneuert hatte und damit schon einmal . . . wortbrüchig geworden war", wie Korostowetz sagt[68]). Er hatte, wohl unter Wittes Einfluß, dem Gedanken einer Kontinentalliga günstig gegenübergestanden, sah aber stets den Zweibund mit Frankreich als die Grundlage der außenpolitischen Machtstellung an[69]). Bindungen sowohl an Deutschland wie an England wünschte er nicht. „Um nichts in der Welt werde ich", sagte er zu Baron von Taube, „solange ich Minister bin, nach Potsdam einen Schritt mehr tun, als nach dem Buckingham-Palace"[70]). — Deshalb ließ er die Stimmung in Frankreich einem solchen Plan der beiden Monarchen gegenüber sorgfältig beobachten. Er gab dem

---

[64]) G. P. 19, Nr. 6137, S. 329 (Wegweiser IV, S. 218 f.); vgl. Revue des deux Mondes, 92, VII, 12, S. 795.

[65]) Revue d. d. M., 92, VII, 12, S. 795 f. Goetz, S. 152. G. P. 19, Nr. 4141, S. 340 f.; vgl. auch Bülow, Denkwürdigkeiten, II, S. 69.

[66]) G. P. 19, Nr. 6148, S. 349 f.

[67]) So Kronprinz Wilhelm, a. a. O., S. 265. H. Prowaseck (S. 52 f.) vermutet, daß auch eine Verstimmung Wilhelms II. wegen des Abschlusses eines Neutralitätsabkommens zwischen Rußland und Oesterreich eine Rolle gespielt habe (G. P. 22, Nr. 7344 u. 7345), und daß danach positive Garantien verlangt worden wären. Gewiß war die Verstimmung des Kaisers darüber groß, was besonders die Ignorierung des betr. Telegramms des Zaren (Nr. 7345) zeigt (G. P. 22, S. 5, Anm. *). Doch der Wunsch nach einem Abkommen ist noch bis zu seinem Brief an den Zaren v. 21. 12. 04 festzustellen, und die Forderung nach positiven Garantien war eine alte, die schon 1900 bei ähnlichen Verhandlungen gestellt worden war (s. o. S. 59).

[68]) Korostowetz, S. 142.

[69]) v. Schoen, S. 27; nach Iswolsky war Lamsdorff deutsch orientiert, besonders auch durch seine Abstammung, setzte aber die Politik der russisch-französischen Annäherung fort. Iswolsky, Mémoires, S. 179 f.

[70]) v. Taube, S. 40 f.

Freiherrn Michael von Taube, der als juristischer Vertreter Rußlands an dem zur Beilegung des Doggerbank-Zwischenfalls eingesetzten Schiedsgericht (25. 11. 1904) in Paris teilnahm, die Weisung, die politischen Unterströmungen zu beachten. „Das muß Ihnen für Ihre persönliche Information genügen. Sie mögen dieses Rätsel lösen, wie Sie wollen. Jedenfalls empfehle ich Ihnen, in Paris scharf aufzupassen und in vertraulichen Privatbriefen alles zu berichten, was in der bezeichneten Richtung — sagen wir in der Richtung der großen russisch-französisch-deutschen Politik — Ihre Aufmerksamkeit erregt . . ."[71]). Durch den russischen Kronjuristen Martens erfuhr Taube dann von dem Briefwechsel zwischen dem deutschen und dem russischen Kaiser.

In Paris fanden die russischen Vertreter in der für sie sehr unangenehmen Situation von englischer und französischer Seite weitgehendes Entgegenkommen. Das kündigte Freiherrn von Taube schon der ehemalige Chef der dortigen russischen Geheimpolizei an, der ihm erklärte, daß „in London niemand mit Rußland Streit suchen wollte, es sich vielmehr darum handelte, es von der unglückseligen Absicht zurückzuhalten, sich Deutschland in die Arme zu werfen . . ." Berlin schlafe gewiß nicht, aber er müsse wissen, daß die „angedeutete Möglichkeit jetzt und noch lange der Alpdruck des Foreign Office ist und auch wenig nach dem Geschmack des Herrn Delcassé wäre . . ."[72]). Das lezte wurde ihm bald bewiesen, denn bei einem Frühstück sagte ihm der französische Außenminister: „Wir sind mit Rußland alte Freunde und trotz des unglückseligen Krieges im Fernen Osten mit England im „achten Honigmond"! Gott sei Dank, wird dieser Krieg nicht ewig dauern, und dann wird man an eine natürliche Erweiterung der Entente cordiale denken müssen." Er ermächtigte Taube ausdrücklich, darüber nach Petersburg zu berichten[73]).

In diesen Bestrebungen fanden die französischen und englischen Staatsmänner weitgehende Unterstützung bei russischen Diplomaten, von denen insbesondere Iswolsky, Nelidow und auch Graf Benckendorff als Gegner einer Annäherung Rußlands an Deutschland zu betrachten sind. Iswolsky schreibt, daß schon in der Zeit, da er russischer Gesandter in Kopenhagen war, in Unterhaltungen mit Eduard VII. die Grundlagen für die Tripel-Entente gelegt worden seien[73a]). Die entscheidende Unterredung hat am 14. April 1904 in Kopenhagen stattgefunden[74]). Als später die Frage eines Bündnisses Rußlands mit den übrigen großen Festlandsmächten, das besonders von Witte und seinem Kreis propagiert wurde, akut war, wurden die russischen Vertreter im Ausland nach ihrer Stellungnahme zu diesem Gedanken gefragt, worauf Benckendorff in London, Nelidow in Paris und Iswolsky

[71]) v. Taube, S. 18; vgl. auch v. Korostowetz, S. 142 f.
[72]) v. Taube, S. 25; v. Korostowetz, S. 143.
[73]) v. Taube, S. 27.
[73a]) Iswolsky, Alexandre, Mémoires, S. 24.
[74]) Sir Sidney Lee, Eduard VII. Bd. II, S. 274 ff.

sich dagegen aussprachen, was sie vor allem damit begründeten, daß Rußland Frankreich als Bundesgenossen nicht verlieren dürfe[75]). Obwohl Lamsdorff sich zu anderer Zeit zustimmend zu dem Plan geäußert hat, muß er doch damals seinen Einfluß in negativem Sinne geltend gemacht haben, was vielleicht mit darauf zurückzuführen ist, daß ihm der Rückhalt an Witte fehlte. Sasonow schreibt, daß der von Delcassé und Eduard VII. verfochtene Plan einer englisch-russischen Annäherung, also das Gegenteil des damals gleichzeitig erstrebten Kontinentalblocks, im Jahre 1904 bei Lamsdorff Unterstützung gefunden habe, aber damals wegen der Haltung des Zaren und der konservativen Kreise Rußlands noch nicht hätte verwirklicht werden können, sondern daß erst drei Jahre vergingen, „ehe er in das Gebiet der realen Politik Eingang fand, obwohl er von vornherein in Rußland nicht wenig Anhänger zählte"[76]). Wenn man Lamsdorff also auch nicht zu den unbedingten Verfechtern des Kontinentalbundes zählen kann, so ist er doch auch nicht der Gegenseite zuzurechnen. Als die Bemühungen um eine englisch-russische Annäherung von Erfolg gekrönt wurden, war er nicht mehr Leiter des russischen Außenministeriums.

Trotz der vorübergehend günstigen Lage Deutschlands, die durch die Schwächung Rußlands infolge des russisch-japanischen Krieges geschaffen wurde, wirkten die Anstrengungen Englands und Frankreichs, zur Begleichung der zwischen ihnen bestehenden Differenzen zu gelangen, sehr bedrohlich, wozu noch die Tatsache kam, daß Rußland sich wegen des unglücklichen Verlaufs des Krieges wahrscheinlich veranlaßt sehen würde, sein Schwergewicht nach Friedensschluß vom Fernen Osten nach dem Orient und dem Balkan zu verlegen.

Diese Situation wurde in Deutschland durchaus erkannt; man war über die englisch-französischen Pläne orientiert. Im Februar 1905 weist Bülow den Kaiser hin auf die eifrigen Bemühungen von Delcassé und Lansdowne um „Herstellung einer russisch-französisch-englischen Gruppierung"[77]). Wenn der Kaiser sich in einer Randbemerkung dazu pessimistisch äußert, daß das am Ende doch gelingen würde und beantwortet werden müsse durch ein „japanisch-deutsches Bündnis mit Anlehnung an Amerika"[78]), so ist das wohl nur als Ausfluß einer Stimmung nach dem schließlichen Scheitern der Verhandlungen vom Vorjahre zu werten. Denn noch gab er die Hoffnung nicht auf, zu einem Abkommen mit Rußland zu gelangen, das die Sicherheit des Reiches zu fördern geeignet sein würde, wozu ihn auch die Lage der Dinge in Rußland ermutigen konnte.

Die schweren Mißerfolge der russischen Armee und Flotte wirkten zurück auf die inneren Verhältnisse. Ueberall kam es zu Meute-

[75]) Friedr. Stieve, Iswolsky und der Weltkrieg, S. 1 f.; Witte, Erinnerungen, S. 293; vgl. Kronprinz Wilhelm, S. 287; Friedjung II, S. 66, u. Ostwald, Ostasien und die Weltpolitik, S. 93.

[76]) S. D. Sasonow, Sechs schwere Jahre, S. 28.

[77]) G. P. 19, Nr. 6093, S. 271.

[78]) G. P. 19, Nr. 6093, S. 272.

reien, allerorten flammte der Aufruhr auf. Diese Entwicklung gab jenen Recht, die vor dem ostasiatischen Abenteuer, vor dem überstürzten aggressiven Vorgehen gewarnt hatten. Das war vor allem Witte. Sein Sturz war auf Grund seiner Stellungnahme zu dieser Politik erfolgt. So war es natürlich, daß sein Einfluß mit ihrem Scheitern wieder wuchs.

Schon 1904 war es ihm gelungen, durch den Abschluß des Handelsvertrages mit Deutschland sich wieder in den Vordergrund zu stellen; denn die heftigen Anfeindungen, die er dieses Abkommens wegen zu ertragen hatte, setzten erst später ein. Schon früh hoffte man auf ihn auch im Hinblick auf die künftigen Friedensverhandlungen. Besonders im Ausland genoß er einen guten Ruf. So schreibt im Januar 1905 von Schwabach an Baron A. von Rothschild, daß die Aussichten für einen Friedensschluß größer würden, da der Einfluß Wittes wachse, der stets Gegner der Kriegspolitik gewesen sei[79]). Doch die Lage in Rußland mußte erst bedrohlicher werden, ehe er zu entscheidendem Einfluß kam. Noch in einer Unterredung vom 7. 5. 1905 mit dem englischen Botschafter Spring-Rice äußerte er sich sehr pessimistisch über die Lage[80]). „From a military point of view, Russia had almost ceased to exist in Europe", erklärte er, „a continuance of the war meant the general paralysis of Russia as a civilized European power". Er sieht vor allem die Vorteile, die Deutschland dadurch gewonnen hat, und hält nicht zurück mit den Vorwürfen, die er immer wieder gegen die deutsche Regierung vorgebracht hat, daß sie Rußland in die Lage gebracht habe, die zum Kriege führte, nämlich in dauernde Feindschaft zu Japan. Gleichzeitig weist er aber auch auf die Schuld der russischen Politik hin, die er immer bekämpft habe. Notwendig sei der baldige Friedensschluß, doch er habe weder Macht noch Einfluß.

Die erhielt er bald wieder. Zwar sträubte sich der Zar lange, ihn zum Friedensunterhändler zu ernennen[81]). Vielleicht hat er an Rachegefühle Wittes wegen seiner Kaltstellung geglaubt, von denen Bülow in einem Brief an den Prinzen Heinrich von Preußen spricht[82]). Jedenfalls hat er an verschiedene andere Persönlichkeiten als Unterhändler gedacht, ehe er an Witte herantrat, so an den Botschafter Baron von Rosen in Washington, Kuropatkin, die Botschafter Graf Murawiew in Rom und Nelidow in Paris. Den beiden letzten wurde der Auftrag angeboten, doch beide lehnten wegen Krankheit ab, und so erhielt Witte die undankbare Aufgabe. „Ich weiß genau, was mir bevorsteht", erklärte er. „Schließe ich Frieden, so wird man mir natürlich sagen, ich hätte ihn zur unrechten Zeit geschlossen und damit verhindert, die Japaner in Stücke zu schlagen. Schließe ich ihn aber nicht, werde ich schuld sein, daß der Krieg weitergeht . . . Auf jeden Fall werde ich mich in Verruf bringen"[83]). So erhielt er

[79]) v. Schwabach, S. 57 ff. (6. 1. 05).
[80]) Brit. D. IV, Nr. 69, S. 77 f.
[81]) Brit. D. IV, Nr. 88, S. 91.
[82]) G. P. 19, Nr. 6191, S. 415 ff. (30. 3. 05).
[83]) Korostowetz, S. 188.

dann später auch, obwohl er den Frieden weit günstiger abgeschlossen hatte, als man erwarten konnte, doch in Rußland den Beinamen „Graf von Halbsachalin".

Damals jedoch wurde in Rußland seine Ernennung mit großer Genugtuung aufgenommen[84]), und im Ausland sah man darin die Gewißheit, daß es zum Frieden kommen werde[85]). Auch den japanischen Regierungskreisen war der Name Witte angenehm, wie der deutsche Botschafter in Washington in einer Unterredung mit dem japanischen Botschafter feststellte, während derselbe sich über die Person des Barons von Rosen[86]) skeptisch äußerte[87]), dessen Ansichten als „bitterly anti-Japanese" bekannt waren[88]).

Wenn zu einem Zeitpunkt die Aussichten für den Abschluß eines Abkommens zwischen Deutschland und Rußland günstig sein konnten, so damals, als Witte aufs neue zur Macht kam, er, der der Ueberzeugung war, „daß ein tatsächlicher Friede in Europa, der für die innere Entwicklung Rußlands so notwendig war, nur durch ein festes Bündnis der Kontinentalmächte zu erzielen sei."[89]). Korostowetz sagt, daß Witte diesen Gedanken vertreten habe „in den Gesprächen mit dem Zaren, in den Salons, bei den Sitzungen des Reichsrates und des Ministerkomitees"[90]). Man mußte annehmen, daß sich für die Verwirklichung dieses Planes jetzt noch einmal große Aussichten boten.

In jene Tage fällt der Versuch Kaiser Wilhelms, dieses Bündnis zu schaffen, das das deutsche Reich aus der gefahrdrohenden Lage befreien sollte, ehe durch den Beitritt Rußlands zu den durch das französisch-englische Abkommen und das englisch-japanische Bündnis zusammengefaßten Mächten die gegnerische Koalition ungeheuer wurde und der Ring sich schloß.

Am 25. Juli 1905 trafen sich der deutsche und der russische Kaiser in den finnischen Schären bei Björkoe auf ihren Yachten „Hohenzollern" und „Polarstern". Dort wollte Wilhelm II. ein Defensiv-Abkommen mit Rußland schließen, und zwar in dem Sinne, wie es im Vorjahre geplant gewesen war. Der Vertrag wurde unterzeichnet, ohne daß er eigentlich diplomatisch vorbereitet war[91]). Die maßgebenden Kreise der anderen Staaten wurden über den Zweck des Zusammentreffens in Unkenntnis gehalten. Auch sonst gut unterrichtete deutsche Kreise vermuteten das Ergebnis in anderer Richtung[92]). Die Umstände, unter denen der Zar seine Zustimmung gegeben hat, lassen wohl den Ausdruck „Ueberrumpelung" gerecht-

[84]) Brit. D. IV, Nr. 88, S. 91 f.
[85]) v. Schwabach, S. 82 f. u. 84.
[86]) Russ. Gesandter in Tokio 1897—1900, 1903—04; Botschafter in Washington 1905—1911.
[87]) G. P. 19, Nr. 6316, S. 611 f.
[88]) Brit. D. IV, Nr. 88, S. 92.
[89]) Korostowetz, S. 123.
[90]) Korostowetz, S. 123.
[91]) Zu dem Björkoe-Vertrag vgl. auch Fay, a. a. O., S. 114 ff.
[92]) v. Schwabach, S. 82 f.; S. 83 ff. vermutet v. Schwabach, daß das Ergebnis der Unterredung in der Richtung des Friedens liege.

fertigt erscheinen[93]). Doch war nach einem Bericht v. Tschirschkys in der Umgebung des Zaren auch vorher schon Stimmung für ein solches Abkommen vorhanden[94]). Auch handelte es sich nicht um einen neuen Vertragsentwurf, sondern das Auswärtige Amt sandte dem Kaiser den Entwurf, der im Vorjahre verhandelt worden war. Bülow schreibt gleichzeitig an Holstein, daß er die Begegnung für nützlich halte[95]).

Wie sah der Reichskanzler damals die auswärtige Lage? Glaubte er, daß die russische Seite jetzt eher einer Verständigung geneigt sei? In seinem Schreiben an Holstein, in dem er den Wunsch des Kaisers nach dem Vertragsentwurf von 1904 an Holstein weitergibt und ihn um Rat in der Angelegenheit fragt, sagt er: „Vorteilhaft . . . wäre, wenn wir den Zaren soweit engagierten, daß Witte und Graf Lamsdorff nach hergestelltem Frieden nicht sofort eine russisch-französisch-englische Entente anbahnen können, welche die Nowosti in St. Petersburg und Clemenceau in Paris schon jetzt empfehlen mit dem Hinzufügen, daß dann auch die Marokkofrage ihre Lösung finden würde, die Delcassé nur im unrichtigen Moment hätte akut werden lassen"[96]).

Auffallen muß, daß Bülow in diesem Schreiben einer Meinung über eine englandfreundliche Einstellung Wittes Ausdruck gibt, die auch in der nächsten Zeit in den Akten stets wiederkehrt, aber im Widerspruch steht zu den früheren diesbezüglichen Aeußerungen. Allerdings zeigt schon im März des Jahres ein Schreiben des Reichskanzlers an den Prinzen Heinrich von Preußen[97]) eine solche Ansicht über die Haltung Wittes. Er schlägt dem Prinzen darin vor, wegen der inneren russischen Lage an den Zaren, seinen Schwager, zu schreiben, und legt ihm seine Auffassung von der inneren Lage Rußlands dar. Das Schreiben ist tendenziös gehalten und enthält Urteile über Witte, die einfach die Vorwürfe wiedergeben, die ihm von seinen Gegnern gemacht wurden: Die Kaiserin-Mutter scheine in den politischen Netzen von Witte zu sein, „welchem heute alle Parteien mißtrauen, und dem insbesondere Rachegefühle gegen Se. Majestät den Kaiser Nikolaus nachgesagt werden. Witte wünscht einen schleunigen Frieden um jeden Preis. Denselben Wunsch haben alle Liberalen und Umstürzler, die in Rußland manchmal schwer zu unterscheiden sind". Osten-Sacken halte einen solchen Frieden aber für ein Unglück. „Ça pourrait être la fin." Man fürchtete in Deutschland für die russische Dynastie, die immer noch das deutschfreundlichste Element in Rußland gewesen war, und damit das Bild, das man von den Zuständen im Zarenreich entwarf, einfach gehalten wurde, mußte auch die Bedeutung Wittes, die mit Recht zunehmend erkannt wurde, verdunkelt werden, wozu oberflächliche oder von Neid und Haß eingegebene Urteile über ihn übernommen wurden.

[93]) Prowaseck, S. 56. Den Bericht des Kaisers s. G. P. 19, Nr. 6220.
[94]) G. P. 19, Nr. 6218, S. 456; vgl. Kronprinz Wilhelm, a. a. O., S. 282.
[95]) G. P. 19, Nr. 6202, S. 435 f.
[96]) G. P. 19, Nr. 6202, S. 435 f.
[97]) G. P. 19, Nr. 6161, S. 415 ff. (30. 3. 05); vgl. auch Bülow, II, S. 131 f.

Daß das in dem obigen Schreiben wiedergegebene Urteil kein wohlabgewogenes war, zeigt die Tatsache, daß die deutsche Regierung anscheinend nicht ganz ohne Einfluß auf die Ernennung des ehemaligen Finanzministers zum Ersten Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen war. Denn die Unterredung des deutschen Botschafters in Washington mit dem japanischen Vertreter über die Person des zu ernennenden russischen Verhandlungsleiters[98]) ist als Beweis zu werten, daß die Ernennung Wittes zum mindesten von dem Botschafter Freiherrn Speck von Sternburg befürwortet worden ist[99]).

Holstein scheint damals derselben Auffassung über Witte gewesen zu sein, denn er schreibt am 21. Juli mit Bezug auf die Schwierigkeiten eines Bündnisvertrages: „Der Zar würde sich damit aber in Widerspruch setzen zu den Ansichten von Witte und Lamsdorff, soweit dieselben hier bekannt sind"[100]). Diese Ansicht gibt Bülow unter dem 22. Juli an den Kaiser weiter[101]). In einem Telegramm Holsteins von demselben Tag wird die Ansicht noch unterstrichen und hinzugefügt, daß auch „die beiden Zarinnen" wahrscheinlich englandfreundlich seien[102]). Diese letzte Vermutung findet sich in einem Telegramm Bülows an den Kaiser wieder, das wohl auf Grund dieses Holsteinschen Berichtes abgefaßt ist, das aber, da es nicht früh genug ankommen konnte, nicht zur Absendung gelangte[103]).

Ein solches negatives Urteil über Witte im Berliner Auswärtigen Amt setzte dieser wahrscheinlich nicht voraus. Denn er ersuchte damals die deutsche Regierung durch seinen alten Freund v. Mendelssohn um Einwirkung auf den Zaren durch den Deutschen Kaiser in dem Sinne, daß ihm mehr „Latitüde" bei den Friedensverhandlungen gewährt werde[104]). Denn seine Vollmachten zogen ihm sehr enge Grenzen: Er durfte weder Land abtreten, das Rußland vor 1897 gehört hatte, noch Kriegsentschädigungen bewilligen[105]). Unter dem 24. Juli wiederholt Bülow nochmals die Anfrage wegen der Meinung Holsteins in dieser Sache[106]). Holstein rät, die Wittesche Bitte nur referierend weiterzugeben. Der Text, den er für den Kaiser vorschlägt[107]), verzerrt die Bitte des russischen Bevollmächtigten in einer für denselben kompromittierenden Weise; denn er beginnt: „Witte hat durch Mittelspersonen mich bitten lassen, ich möchte Dir zum Frieden um jeden Preis raten." Des weiteren verquickt er die Bitte mit dem Vorschlag, eine Volksversammlung in Rußland auf Grund

---

[98]) s. o. S. 70.
[99]) G. P. 19, S. 611, Anm. **.
[100]) G. P. 19, Nr. 6203, S. 436 ff.
[101]) G. P. 19, Nr. 6208, S. 442 ff.
[102]) G. P. 19, Nr. 6207, S. 441 f.
[103]) G. P. 19, Nr. 6214, S. 450 f.
[104]) G. P. 19, Nr. 6210, S. 446.
[105]) Witte, Erinnerungen, S. 224; Korostowetz, S. 188; vgl. aber G. P. 19, Nr. 6210, S. 446.
[106]) G. P. 19, Nr. 6211, S. 447f.
[107]) G. P. 19, Nr. 6212, S. 448 f.

des Buligynschen Verfassungsvorschlages einzuberufen, mit der der Zar die Verantwortung für den Frieden teilen möge. Es wird ihn bei diesem Vorschlag die Sorge um den Bestand der russischen Dynastie getrieben haben. Und wenn er weiter sagt, daß Deutschland Hilfe nur evtl. zur See leisten könne, weitere Unterstützung nur bei Beteiligung Frankreichs, so vertritt er damit den Gedanken der gegen England gerichteten Kontinentalliga. Aber er scheint es dabei für nötig gehalten zu haben, Witte zu bekämpfen.

Doch hatte derselbe gerade in diesen Tagen, am 24. Juli, auf der Hinreise nach Portsmouth dem Fürsten Radolin in Paris gegenüber ein offenes Bekenntnis für den Gedanken einer russisch-deutsch-französischen Verbindung abgelegt[108]). In der Unterredung mit dem Botschafter, zu dem er in alten freundschaftlichen Beziehungen stand, waren die verschiedensten Probleme berührt worden. Radolin berichtet an den Fürsten Bülow: „Herr Witte kam im Laufe des Gesprächs immer wieder auf die deutsch-russischen Beziehungen zu sprechen und hielt den alten Grundsatz aufrecht, daß die drei großen Staaten des europäischen Kontinents zusammengehen und zusammenhalten müßten gegen die überseeischen Mächte. Er meinte bei dieser Gelegenheit, daß man seinerzeit in Berlin nicht ganz seiner Ansicht gewesen, was England anlangt. Damals hätte man der Ansicht zugeneigt, daß England mit in diesen Bund gezogen werden könnte, um gemeinsam gegen andere Front zu machen." Radolin schließt daraus, daß Witte „immer noch nicht" im englischen Fahrwasser sei. Er weist darauf hin, daß Witte den englischen Markt nicht habe gewinnen können, und so glaube er nicht recht an seine englischen Sympathien[109]). Die letzten Schlüsse Radolins zeigen, daß er die abweichende Auffassung über Witte gekannt hat und ihr gegenüber seine eigene Ansicht aufrecht erhält.

Ob Bülow durch diesen Bericht Radolins in bezug auf Witte umgestimmt worden ist, oder ob, falls der Bericht erst später eintraf, schon die Bitte Wittes um Einwirkung auf den Zaren, die ihm von Mendelssohn am 24. Juli in Norderney persönlich vorgetragen wurde, ihn über dessen tatsächliche Ansichten aufgeklärt hat, jedenfalls gab er am 25. Juli eine Preßinstruktion heraus, in der Witte „herausgestrichen" wurde[110]).

Dieser Maßnahme Bülows gegenüber hielt Holstein aber seine Meinung über Witte aufrecht, der er in seinem Telegramm vom 25. Juli, demselben Tage, Ausdruck verliehen hatte. In diesem Telegramm „hatte Holstein empfohlen, daß der Zar vor dem nunmehr stark für England eingenommenen Witte gewarnt werde"[111]).

---

[108]) G. P. 19, Nr. 6198, S. 426 ff.

[109]) G. P. 19, Nr. 6198, S. 427 f.

[110]) Nach einem Telegramm Holsteins: G. P. 19, Nr. 6219, S. 458.

[111]) G. P. 19, S, 458, Anm. *. Das Telegramm (Nr. 44) ist in der „Großen Politik" nicht veröffentlicht. Es wird darauf nur in der obigen Anmerkung und in der Anm. *** S. 467 (G. P. 19) hingewiesen. Daß der Zar „vor dem nunmehr stark für England eingenommenen Witte" gewarnt werden sollte, legt die Vermutung nahe, daß Holstein neues Material gegen Witte bei-

Diese Stellungnahme unterstreicht er in dem weiteren Telegramm von diesem Tage, in dem er Bezug nimmt auf die Bülow'sche Preßinstruktion[112]). Er schreibt: „ . . . Der Legationsrat Stumm[113]) bestätigte vorhin, daß Witte uns abgeneigt ist wegen der Besetzung von Kiautschou, durch welche seine ostasiatische Politik überstürzt worden sei, wegen der Handelsverträge, wegen der Bagdadbahn usw." Diese Vorwürfe, die Witte vom russischen Standpunkt aus machte, hat er zwar stets aufrecht erhalten, doch hinderten sie ihn nicht daran, die Kontinentalliga zu befürworten, auch leitete er daraus nicht die Notwendigkeit einer Wendung zu England ab. Das beweist die oben mitgeteilte Auffassung Radolins, das beweisen auch seine späteren Stellungnahmen, insbesondere auch seine Erinnerungen[114]).

Bülow aber reagierte auf die Mitteilung Holsteins in der von diesem gewünschten Weise. Er stellt in seiner Antwort[115]) fest, daß unter der Voraussetzung, daß Holstein den Björkoevertrag auch „mit dem Zusatz „en Europe" der Konservierung für würdig" halte, es auch unserm Interesse entsprechen würde, „daß wir das Zustandekommen des Friedens begünstigen. In diesem Falle würden wir uns auch an der Aktion gegen Witte beteiligen müssen, der zweifellos mehr für die Anlehnung Rußlands an Frankreich und England wie an Deutschland ist. Ich habe mit dieser Aktion schon begonnen, indem ich das Preßbüro angewiesen habe, ganz unauffällig einen für Witte kompromittierenden Artikel der letzten Nummer der „Zukunft" in die deutsche Presse und auch in die „Darmstädter Zeitung" zu bringen". Nach diesen entschiedenen Maßnahmen Bülows gegen Witte müßte man vermuten, daß das Material, das Holstein in dem unveröffentlichten Telegramm gegen ihn vorgebracht hat, sehr schwerwiegend gewesen ist. Andererseits wird man zu der Ansicht gedrängt, daß es nicht sehr stichhaltig gewesen sein kann; denn aus den Akten erfährt man nichts weiter von dieser Aktion. Vielmehr greift, wenigstens bei Bülow, eine wohlwollende Stellungnahme gegenüber Witte Platz. Holstein aber scheint noch länger an seine englandfreundliche Haltung geglaubt zu haben. Noch Mitte August schreibt er an Bülow, daß die indirekte Wirkung des Björkoe-Abkommens auf England günstig sein würde, „welche den Absichten von Witte sicher nicht entspricht, also wahrscheinlich auch nicht denen von Lamsdorff"[116]).

Am 5. September 1905 wurde in Portsmouth der Friede mit Japan unterzeichnet, der mit Recht als ein großer Erfolg Wittes galt, wenn er auch nicht alle russischen Wünsche befriedigte und den

gebracht hat. Leider war es mir trotz der liebenswürdigen Vermittlung von Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. A. Mendelssohn-Bartholdy nicht möglich, den Text dieses Telegramms zu erfahren, da es, wie das Auswärtige Amt mitteilt, zu den Akten gehöre, die für die private wissenschaftliche Forschung noch nicht freigegeben seien.

[112]) G. P. 19, Nr. 6219, S. 457 f.

[113]) Damals Zweiter Sekretär bei der deutschen Botschaft in Petersburg.

[114]) Vgl. auch Wittes Unterredungen mit dem Grafen Moy im Juli 1914. Graf C. Moy, a. a. O., Berliner Monatshefte, a. a. O. VIII (1930), S. 824—837.

[115]) G. P. 19, Nr. 6222, S. 467 f.

[116]) G. P. 19, Nr. 6239, S. 501.

russischen Staatsmann nicht vor Angriffen in seiner Heimat bewahrte[116a]). Seine Rückfahrt glich einem Triumphzug. Von allen Seiten erhielt er Einladungen. Nicht nur in Deutschland wurde er wie auf der Hinfahrt herzlich empfangen, sondern auch in Frankreich, wo er im Juli als der Vertreter eines zwar verbündeten Landes, das aber zur Zeit machtlos war, kühl, ja frostig aufgenommen worden war, wurde ihm ein begeisterter Empfang zuteil.

Diese Rückfahrt bot Gelegenheit zu ausgiebigem Gedankenaustausch über die schwebenden politischen Probleme, was erhöhten Wert dadurch erhielt, daß man in dem erfolgreichen Unterhändler einen Staatsmann sehen mußte, der in nächster Zukunft maßgebenden Anteil an der Gestaltung der russischen Geschicke haben würde.

In seinen Unterredungen mit dem Fürsten Radolin kam, wie schon im Juli, seine englandfeindliche Einstellung deutlich zum Ausdruck, die noch verschärft wurde durch die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses am 12. August 1905, die Rußlands außenpolitische Lage einengte und Wittes eigene Pläne durchkreuzte; denn er selbst hatte an ein russisch-japanisches Abkommen im Anschluß an den Friedensschluß, aber ohne England, gedacht[117]). Witte teilte Radolin mit [118]), daß er eine englisch-französische Anleihe für Rußland, die eine Spitze gegen Deutschland gehabt haben würde, verhindert habe. England habe Rußland den englisch-japanischen Vertrag versüßen wollen. Dieser schließe aber für lange Zeit jede russisch-englische Verständigung aus. „Unter diesen Umständen sei es von der größten Wichtigkeit, daß die drei großen Kontinentalmächte zusammenhalten, um gegen England Front zu machen." Die Stimmung in den französischen Regierungskreisen sei für Deutschland günstig. Loubet habe ihm ehrenwörtlich versichert, daß ein französisch-englischer Vertrag nicht existiere. Radolin fährt in seinem Bericht an den Reichskanzler fort: „Herr Witte sagte mir im Laufe des Gespräches, daß, wenn durch irgend welchen Umstand England es fertig bringen sollte, Frankreich in seine Schlingen zu fangen und die bisherige Annäherung noch mehr zu akzentuieren, die russisch-französische Allianz zu Ende gehen müßte, um einem deutsch-russischen Vertrage Platz zu machen . . ." Unterstrichen wird der Bericht Radolins über diese Unterredung durch einen solchen des damals in Paris als Sonderbevollmächtigter weilenden deut-

---

[116a]) Zu dem Frieden von Portsmouth vgl. auch Klaus Mehnert, Der Einfluß des Russisch-Japanischen Krieges auf die große Politik, S. 11 ff.

[117]) Korostowetz, S. 219. — Der englisch-japanische Vertrag wurde am 12. August abgeschlossen, aber erst am 29. August verlautbart, was eigentlich erst nach dem russisch-japanischen Friedensschluß geschehen sollte. „Der Hauptzweck des neuen Vertrages war die Aufrechterhaltung des Friedens in Ostasien und Indien, die Bewahrung der Integrität Chinas und des Prinzips der „offenen Tür" dort, und drittens die Sicherung der Territorialien der beiden Mächte und die Verteidigung ihrer besonderen Interessen in Ostasien und Indien. Dieses Abkommen wurde in Rußland mit einiger Sorge betrachtet, verzögerte aber doch nicht weiter den langsamen Fortschritt, den die russische Annäherung machte." Sidney Lee, II, S. 306.

[118]) G. P. 19, Nr. 6241, S. 503 f.

schen Gesandten in Tanger Rosen[119]). Er geht besonders auf Wittes Stellungnahme zu den Verhandlungen um das Konferenzprogramm für die kommenden Marokkoverhandlungen ein und sagt, Witte habe erklärt, daß Rouvier von einer Einigung mit uns u. a. durch die Rücksichten auf England abgehalten werde. „Er (Witte) habe Rouvier bereits gesagt und werde dies noch tun, daß, falls Frankreich in dieser Politik verharre, Rußland gezwungen sein werde, mit uns gegen Frankreich zu gehen . . . "[120]).

Während seines Aufenthalts in Paris wurde direkt versucht, Witte für die englische Seite zu gewinnen[121]). Der Erste Sekretär der russischen Botschaft in London Poklewski-Kosel, „ein kluger und tüchtiger Mensch, dem König Eduard nahestehend und mit Iswolsky . . . befreundet"[122]), suchte ihn auf und überbrachte ihm eine Einladung des englischen Königs[123]). Man glaubte vielleicht, auf seine Sympathien rechnen zu können, weil er sich im Mai 1905 in Petersburg dem britischen Botschafter Spring-Rice gegenüber ausführlich über die außenpolitische Lage geäußert und dabei auch Deutschland mit Vorwürfen wegen der Isolierung Rußlands bedacht hatte[124]). Indem er die Existenz und Macht Rußlands auch für die Westmächte als notwendig hingestellt hatte, hatte er der Meinung Ausdruck gegeben, daß eine längere Dauer des Krieges zu einer Vorherrschaft Deutschlands auf unbestimmte Zeit führen werde. Den Bericht hatte Eduard VII. mit der Anmerkung versehen: „M. Witte's remarks are very much to the point."

Der Einladung nach England leistete Witte aber keine Folge, da er dazu keinen Befehl des Zaren hatte, der damals noch unter dem Eindruck des Björkoe-Abkommens stand. Poklewski-Kosel suchte Witte davon zu überzeugen, daß nach dem Frieden zu Portsmouth ein Abkommen mit England zur Regelung „der persischen, der afghanischen, der tibetanischen und anderen Fragen" herbeigeführt werden müßte[125]). Witte erklärte ihm, es scheine ihm wünschenswert,

[119]) G. P. 19, Nr. 6819, S. 579 ff.

[120]) In der Anm. * S. 580 (G. P. 19) wird „angesichts dieser und anderer englandfeindlicher Aeußerungen Wittes" auf eine im „Rapport de la Commission d' Enquête sur les faits de la Guerre", p. 324, mitgeteilte bald danach getane Aeußerung einem französischen Botschafter gegenüber hingewiesen, daß die deutsche Marokkoaktion zum Zweck gehabt habe, die englisch-französische Intimität zu brechen. Wie diese, so stören öfter einzelne Erklärungen bei Witte das Gesamtbild. Da sie nicht mit der großen Linie seiner politischen Auffassung übereinstimmen und auch in seinen Erinnerungen und anderen späteren Veröffentlichungen über Unterredungen mit ihm keine Stütze finden, darf man auch die oben zitierte Aeußerung vielleicht als weniger schwerwiegend ansehen.

[121]) Witte, Erinnerungen, S. 270. Korostowetz, S. 214. S. Lee, II, S. 301 ff.

[122]) Witte, Erinnerungen, S. 270; vgl. auch S. Lee, II, S. 302 u. 303 Anm.

[123]) Nach Lee, II, S. 301 f., wurde Witte eine Einladung des Königs von England durch die englische Botschaft in Paris überbracht. Die Mission Poklewski-Kosels sei privater Natur gewesen; er habe aber verstanden, sie als offiziell hinzustellen, und geglaubt, damit im Sinne seiner Vorgesetzten zu handeln.

[124]) Brit. D. IV, Nr. 69, S. 77 f.

[125]) Korostowetz, S. 214. Taube, S. 68. Lee, II, S. 302.

„gute Beziehungen zwischen England und Rußland herzustellen, doch dürften dadurch die bestehenden guten Beziehungen zu den Kontinentalmächten nicht gestört werden"[126]). Das spätere Abkommen zwischen Rußland und England führt Witte auf die Bemühungen dieses Diplomaten zurück: „Unzweifelhaft ist der Vertrag, der in diesen Tagen[127]) zwischen England und Rußland zustandegekommen ist, ein Werk Poklewskis dank seinem Einflusse auf Iswolsky. Er verwirklicht buchstäblich genau das, was mir Poklewski in Paris vorhielt"[128]).

Die Unterredung, die Witte in Berlin mit dem eigens zu diesem Zweck aus Baden-Baden hergekommenen Fürsten Bülow hatte, war ähnlichen Inhalts wie die mit dem Fürsten Radolin in Paris[129]). Ueber das Björkoe-Abkommen wollte ihn der Kaiser persönlich unterrichten[130]). Scharf stellte Witte auch in diesem Gespräch die Notwendigkeit einer antienglischen Politik der Festlandsmächte heraus, der Bülow zustimmte. Dem Kaiser schlägt der Kanzler für die Unterredung mit dem russischen Staatsmann vor, ihm zu sagen, mit dem Björkoe-Vertrag sei „das Fundament gelegt, auf welchem nun das Haus aufzuführen sei. Es komme jetzt darauf an, Frankreich allmählich für das Zusammengehen mit Deutschland-Rußland zu gewinnen. Dazu sei es insbesondere auch nötig, daß die russischen Botschafter in Paris und London angewiesen würden, für die Zukunft ein Zusammengehen zwischen Deutschland, Frankreich und Rußland, nicht aber zwischen England und Frankreich zu fördern und zu stützen"[131]).

In diesem Sinne wurden die Unterhaltungen in Rominten geführt, wo sich der Kaiser damals aufhielt und Witte „wahrhaft kaiserlich"[132]) empfangen wurde. Dabei konnte leicht an die Aussprache zwischen ihnen anläßlich des Besuchs Wilhelms II. in Petersburg angeknüpft werden, wo beide grundsätzlich dem Gedanken einer Kontinentalliga zugestimmt hatten[133]), was aber noch keine sichtbaren Ergebnisse gezeitigt hatte. Diese sollten nunmehr in dem Abkommen von Björkoe

---

[126]) Witte, Erinnerungen, S. 270; ebenso: Lee, II, S. 302 f.

[127]) Nach dem Vorwort von Hoetzsch zu Witte, Erinnerungen, (S. 8 f.) ist dieser Teil der Erinnerungen im Sommer 1907 in Brüssel entstanden.

[128]) Witte, Erinnerungen, S. 270; vgl. Korostowetz, S. 214, und Lee, II, S. 303 Anm.

[129]) G. P. 19, Nr. 6243, S. 505 ff.; vgl. Bülow, II, S. 170 f. In seinen Erinnerungen, S. 273, berichtet Witte, daß er mit Bülow, der nicht in Berlin gewesen wäre, keine Unterredung gehabt hätte. Die Angabe beruht auf einem Irrtum; vgl. G. P. 19, S. 505, Anm. ***, u. Belg. D. III, Nr. 13, S. 62/63. Witte mochte wohl zu dem Irrtum kommen, weil die Unterredung nichts wesentlich Neues brachte, da er über den Björkoe-Vertrag erst in Rominten orientiert wurde. Der obige belgische Gesandtschaftsbericht aus Berlin enthält die Angabe, daß der Kaiser auch den Fürsten Bülow habe nach Rominten kommen lassen. Auch das ist ein Irrtum. Der Reichskanzler kehrte nach den Unterredungen gleich wieder nach Baden-Baden zurück.

[130]) G. P. 19, Nr. 6242, S. 505.

[131]) G. P. 19, Nr. 6243, S. 506.

[132]) Korostowetz, S. 215.

[133]) s. o. S. 56.

vorliegen, mit dem der Kaiser unter Zustimmung des Zaren Witte bekannt machte. Da der Vertrag ganz in der Linie der Witteschen Auffassungen lag, äußerte er sich zustimmend, ja begeistert. „Dieu soit loué! Dieu merci! A la fin cet infame cauchemar qui pesait sur nous, nous est pris", rief er nach dem Bericht des Kaisers aus[134]). Witte „entwickelte des längeren die Notwendigkeit und auch die Vorteile einer „Entente", späterer „Alliance à trois" zwischen Rußland-Deutschland-Frankreich. Der Kontinent müsse geschlossen auftreten, die kleineren und größeren europäischen Staaten würden sich ipso facto von selbst dieser Gruppe anschließen und Amerika mitgehen. Dann werde sehr bald England wirklich isoliert dastehen"[135]).

Der Kaiser gab seiner Befriedigung über das Ergebnis der Aussprache mit Witte dadurch Ausdruck, daß er ihm die Kette zum Roten Adlerorden verlieh, die sonst nur Mitgliedern regierender Häuser verliehen wurde. (Den schwarzen Adlerorden hatte Witte schon 1897 erhalten.) Ferner ließ er ihm sein Bild mit der bezeichnenden Unterschrift „Portsmouth-Björkoe-Rominten. — Wilhelm Rex" überreichen[136]). Von Wittes Meinung zeugt ein Bericht des britischen Botschafters in Petersburg vom 1. Oktober 1905, in dem es heißt: „Count Witte, who was previously an open opponent of German influence in Russian policy[137]), has returned to St. Petersburg an enthusiastic admirer of the German Emperor and a warm adherent of a policy of „rapprochement" with Germany"[138]).

Auch in den nichtbeteiligten politischen Kreisen vermutete man, daß in Björkoe die Freundschaftsbande zwischen Deutschland und Rußland enger geknüpft worden seien, was man auch aus der bisherigen politischen Richtung Wittes schloß. Der belgische Gesandte in Berlin schrieb Ende September[139]): „Man weiß, daß diese Politik stets von Herrn Witte auf das wärmste empfohlen worden ist, aber",

[134]) G. P. 19, Nr. 6246, S. 510; vgl. ebenda, Nr. 6244 bis 6246, S. 507 ff., u. Brit. D. IV, Nr. 193, S. 202 f.; ferner: Bülow II, S. 172 f.

[135]) In seinen Erinnerungen, S. 275 ff., sagt Witte, daß er vom Kaiser die Einzelheiten des Vertrages, den Text, nicht erfahren habe. So äußerte er sich auch Dillon gegenüber (S. 354). Die Auffassung übernimmt auch Korostowetz, S. 215. Wenn Witte auch den Text nicht erhalten hat, — er vermutet wohl das richtige, wenn er in seinen Erinnerungen, S. 277, schreibt: „Ich glaubte, Kaiser Wilhelm halte es wahrscheinlich für korrekter, wenn er dies meinem Herrscher überließe" —, so muß er doch über die Tragweite der Abmachungen unterrichtet gewesen sein (s. Bericht Wilhelms II. an den Fürsten Bülow, G. P. 19, Nr. 6246, S. 508 ff.). Seine Ueberraschung in Petersburg beim Lesen des Textes kann nicht echt gewesen sein, sondern muß auf andere Momente zurückgeführt werden (s. u. S. 83 ff.), vgl. auch G. P. 19, S. 510 f., Anmerkung ***, und S. 505, Anmerkung.

Ueber die Aufnahme des Vertrages durch Witte vgl. auch Lord Newton, Lord Lansdowne, S. 326 f. und S. 338; ebenso Erich Brandenburg, Von Bismarck bis zum Weltkrieg, S. 204; vgl. auch Friedjung, II, S. 67 ff.

[136]) Witte, Erinnerungen, S. 279 f. Korostowetz, S. 217. Taube, S. 57.

[137]) Gemeint sind Wittes Vorwürfe, daß Deutschland die russische Machtlosigkeit 1904/05 ausgenutzt habe; vgl. Brit. D. IV, Nr. 69, S. 77 f.

[138]) Brit. D. IV, Nr. 193, S. 202.

[139]) Belg. D. III, Nr. 13, S. 62/63 ff.

fährt er fort, „es ist nicht erwiesen, daß letzterer, wie viele glauben, der künftige Leiter der inneren und äußeren Politik Rußlands sein wird."

In der Tat lag in dieser unsicheren Stellung Wittes, die er in Rußland einnahm, eine Hauptschwierigkeit für die Durchführung seiner Pläne. Schon der Empfang, der ihm in Petersburg zuteil wurde, war sehr kühl im Vergleich zu den Sympathiekundgebungen, die ihm vorher auf der Rückreise dargebracht worden waren, und bei einem großen Teil der führenden Kreise begegnete er offener Feindschaft[140]). Allerdings wurde er vom Zaren in den Grafenstand erhoben und überhaupt sehr gnädig empfangen[141]). Doch hatte er mit Intrigen in dem Maße gerechnet, daß er bezweifelte, Gelegenheit zur Darlegung seiner Meinung über „die europäische Lage und die Allianzfrage" zu finden, weswegen schon in Berlin Fürst Bülow ein Schreiben des Kaisers an den Zaren angeregt hatte des Inhalts, daß Witte ihm allerlei berichten könne, was er ihm gesagt habe[142]). In Verfolg dieser Anregung äußert sich Wilhelm II. höchst anerkennend über ihn und stellt seine volle Uebereinstimmung mit dem Björkoe-Abkommen fest[143]). So konnte Witte dem Zaren seine Auffassung über die politische Lage darlegen und dessen Zustimmung finden[144]).

Auch in seinen sonstigen Unterredungen nach seiner Rückkehr nach Petersburg vertrat Witte, wie die britischen Dokumente beweisen, mit Nachdruck diese Pläne, die ihm durch die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses besonders notwendig erschienen. Am 1. Oktober schreibt Sir C. Hardinge[145]): „The publication oft the text of the Anglo-Japanese Agreement may, not improbably, have contributed to, or at least facilitated, Count Witte's conversion"[146]). Sehr eingehend legte Witte seine Ansichten dem französischen Botschafter Bompard dar[147]), indem er ausführte, als Antwort auf das Abkommen müsse man sich in einer französisch-russisch-deutschen Koalition zusammenfinden, was er auch in Berlin vertreten und Deutschland als unbedingten Parteigänger des Zweibundes gefunden habe. Bompard sagte zu Hardinge, „that Count Lamsdorff was very reserved whenever he alluded to the Anglo-Japanese agreement, and that Count Witte must now be regarded as absolutely German in his sympathies and as a dangerous element for the future". In einem anderen Bericht spricht Hardinge von „Count Witte with his present

---

[140]) Korostowetz, S. 218 f. Witte, Erinnerungen, S. 286 f.
[141]) Witte, Erinnerungen, S. 284 f.
[142]) G. P. 19, Nr. 6243, S. 507.
[143]) Goetz, S. 206 ff. (26. 9. 05).
[144]) Witte, Erinnerungen, S. 285.
[145]) Brit. D. IV, Nr. 193, S. 202.
[146]) Hardinge glaubte, beispielsweise im Gegensatz zu Fürst Radolin (s. o. S. 73), an frühere Sympathien Wittes für England.
[147]) Brit. D. IV, Nr. 195, S. 205 ff.
[148]) Brit. D. IV, Nr. 197, S. 209.
[149]) Brit. D. IV, Nr. 199, S. 212 f.; vgl. auch den Bericht von Spring-Rice v. 12. 12. 06, Nr. 209, S. 224 f. und Schlußbemerkung von C. Hardinge, S. 225.

Germanophil tendencies"[148]), und in demselben Sinne äußert sich u. a. auch Nelidow dem französischen Botschafter in London Paul Cambon gegenüber[149]).

Zunächst hatte Witte durchaus Erfolg mit seinen Plänen. Der Zar stand noch unter dem Eindruck der Zusammenkunft mit dem Deutschen Kaiser, der die Einflußnahme in einem lebhaften Briefwechsel aufrecht erhielt[150]). Graf Lamsdorff kam wieder unter den Einfluß Wittes[151]), was besonders deshalb so wichtig war, weil vor dem Erlaß des Oktobermanifestes in Rußland noch kein Kabinett bestand, das in seiner Gesamtheit die Politik festlegte.

War so der Einfluß Deutschlands bei den leitenden russischen Kreisen auch groß, so verstärkte sich doch auch ungeheuer der von Frankreich und England ausgeübte Druck, der auf ein englisch-russisches Einvernehmen abzielte und ausgesprochen gegen Deutschland gerichtet war. Schon ein Jahr vorher hatte Delcassé Freiherrn von Taube gegenüber gesagt, daß die Beilegung des Zwischenfalls von Hull, bei der England ganz unerwartetes Entgegenkommen zeigte[152]), ein Wendepunkt in der englisch-russischen Politik werden müsse[153]). Besonders eifrig wurde eine Verbesserung der Beziehungen zu Rußland auch von Eduard VII. angestrebt, der „die englisch-französische Entente durch eine englisch-russische Verständigung ergänzen wollte"[154]). Auch die britischen Dokumente zeigen die englischen Bemühungen um die russische Freundschaft recht deutlich. Waren solche Bestrebungen während des Krieges auch aussichtslos, so setzten sie mit Friedensschluß um so stärker ein, als sie einen neuen Impuls durch die angebahnte deutsch-russische Verständigung erhielten. Nachdem der französische Botschafter schon gleich nach der Rückkehr Wittes über dessen Plan einer russisch-deutsch-französischen Allianz berichtet hatte, über den man in Paris besorgt war[155]), forderte er von dem britischen Botschafter eine englisch-russische Verständigung. Zwar hatte Bompard von sich aus schon den Plan Wittes zurückgewiesen, hielt aber die Gefahr noch für groß. Sir C. Hardinge sondierte noch am selben Tage beim Grafen Lamsdorff und stellte fest, daß derselbe zur Zeit unter dem Einfluß des Grafen Witte stand.

Auch der französische Botschafter in London, Paul Cambon, drängte am 17. Oktober nach einer Unterredung mit Nelidow und auf dessen Anraten, daß die englische Regierung die erste sich bietende Gelegenheit benutzen möchte, um Verhandlungen wegen eines Abkommens mit Rußland zu eröffnen[156]). Daß die Frage dringlich war, erhellt daraus, daß er wenige Tage darauf nach neuen Unterredungen mit Nelidow und auch mit Bompard wieder im Foreign

[150]) Brit. D. IV, Nr. 203, S. 217.
[151]) Brit. D. IV, Nr. 195, S. 207; Nr. 201, S. 214.
[152]) Taube, S. 38 ff.
[153]) s. o. S. 67; Taube S. 27.
[154]) S. Lee, II, S. 273.
[155]) Brit. D. IV, Nr. 195, S. 206.
[156]) Brit. D. IV, Nr. 199, S. 213.

Office vorsprach und auf die Notwendigkeit solcher Verhandlungen hinwies, „that this country should watch for a good opportunity of re-establishing friendly relations with Russia“[157]). Eben in demselben Sinne telegraphierte König Eduard VII. an Sir C. Hardinge, der ihm am 21. Oktober 1905 berichtet hatte, „daß er binnen kurzem eine Audienz bei dem Zaren haben würde“: „Wenn Sie vom Zaren empfangen werden, so sagen Sie ihm, bitte, daß die Herstellung der besten und dauerhaftesten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern mein aufrichtigster Wunsch ist. Alle wichtigen Punkte sollten sobald als möglich in freundschaftlichstem Geiste besprochen und alle Gegensätze möglichst bald aus der Welt geschafft werden . . .“[158]).

Diese Bestrebungen gingen bewußt auf eine Isolierung Deutschlands aus. So faßte sie beispielsweise der belgische Gesandte in Berlin auf, der als ersten Akt dieser „campagne, qui se poursuit pour isoler l'Allemagne“, die englisch-französische Annäherung ansah, als zweiten den englisch-japanischen Vertrag; als Konsequenz folge diesen Abmachungen der Versuch einer englisch-russischen Annäherung[159]).

Damals, Anfang Oktober, sah er die Stimmung in Petersburg noch günstiger für Deutschland als für England an. Doch wie er die Dinge von Berlin aus sah, lagen sie in Petersburg nicht mehr lange. Zu den Anstrengungen von englischer und französischer Seite um eine Annäherung kam, daß es auch in Rußland viele Momente gab, die für einen Anschluß an die Westmächte sprachen. Durch das Bündnis mit Japan war England Rußland zuvorgekommen; denn Witte hatte für Rußland ein direktes Bündnis mit Japan ohne die Bindung an die britische Weltmacht geplant. Deutschland konnte seinem östlichen Nachbarn dort wenig helfen[160]), während im Nahen Osten die deutschen und die russischen Interessen nicht parallel liefen, insbesondere hinsichtlich der Bagdadbahn, von der gerade ein Jahr vorher die Strecke von Konia bis Eregli eröffnet worden war, was die russische Presse zur Betonung der dortigen gemeinsamen russischen und englischen Interessen veranlaßt hatte[161]). Hinzu kam noch die unbedingte Notwendigkeit einer großen Anleihe, die ohne Rußlands alten Gläubiger Frankreich nicht aufzunehmen war. Ob sich Deutschland beteiligen würde, war damals noch nicht sicher. Diese Tatsachen mußten mit ihrem ganzen Gewicht die russischen Entschlüsse beeinflussen und waren sehr wohl geeignet, die Vorteile eines Bündnisses mit Deutschland fraglich erscheinen zu lassen.

Trotzdem hat Rußland an Frankreich offiziell die Frage gerichtet, ob es bereit sei, einer antienglischen Koalition beizutreten. Die britischen Dokumente beweisen die Tatsache dieser Anfrage, die

[157]) Brit. D. IV, Nr. 203, S. 217. (25. Oktober 1905 über Unterredung vom 17. Oktober.)
[158]) S. Lee, II, S. 304.
[159]) Belg. D. III, Nr. 14, S. 64/65 ff.
[160]) Vgl. Brit. D. IV, Nr. 195, S. 206.
[161]) s. o. S. 53.

nicht nur von Witte an den französischen Botschafter in Petersburg gerichtet wurde[162]), sondern auch durch Nelidow an Rouvier: „An attempt was evidently being made to bring about an arrangement under wich France, Russia and Germany would combine as a counterpoise to the Anglo-Japanese Alliance." Dieser Plan wurde aber von dem französischen Ministerpräsidenten ebenso abgelehnt, wie es schon Bompard getan hatte[163]). C. Hardinge hebt ausdrücklich hervor, daß dieser Vorschlag auf Befehl des Zaren und auf Veranlassung von Witte gemacht worden sei[164]). Der französische Botschafter in Petersburg hatte den Vorschlag schon von sich aus mit dem Hinweis auf die guten Beziehungen zu England abgewiesen. Ob Lamsdorff selbst noch an die Möglichkeit einer Zusage gedacht hat, erscheint unwahrscheinlich, da Paul Cambon meint, daß er mit der französischen Absage gerechnet habe[165]), und Hardinge schreibt, daß Lamsdorff seine Genugtuung nicht verborgen habe, als der französische Botschafter den Plan aus eigenem Antriebe zurückgewiesen habe. — Nach all dem, was an Verhandlungen zwischen England und Frankreich voraufgegangen war, nach der Haltung russischer Diplomaten, beispielsweise Nelidows in Paris, und nach den Worten Delcassés zu Freiherrn von Taube auf der Konferenz zur Beilegung der Doggerbankaffäre[166]) konnte diese Antwort Frankreichs nicht mehr zweifelhaft sein, womit auch das Schicksal des Björkoe-Vertrages entschieden war, sobald Rußland sich mit dieser Antwort zufrieden gab oder sie als endgültig hinnahm. Wohl bestanden Differenzen zwischen der deutschen und der russischen Seite wegen einiger Einzelpunkte dieses Abkommens, die diskutiert wurden. Aber sie waren nicht ausschlaggebend. Taube weist nach, daß die von Deutschland vertretene Auffassung richtig sei, daß dieses Defensivabkommen in Kraft zu treten hatte, auch falls die Zuziehung Frankreichs nicht möglich war[167]). Entscheidend war die Frage, ob Rußland bereit sein würde, die sich aus dem Vertrag ergebende Konsequenz einer möglichen Trennung von Frankreich zu ziehen. Daß der Anschluß Frankreichs der Angelpunkt für die ganze Frage war, hatte Holstein schon zu Beginn der Verhandlungen erkannt[168]).

Lamsdorff war am ersten geneigt, dem englisch-französischen Druck nachzugeben, um seinem Lande die Vorteile zu sichern, die ein Anschluß an die Westmächte mit sich brachte. Bompard hielt ihn schon Anfang Oktober für einen „advocate of England", der wegen der Unrealisierbarkeit der Kontinentalliga die Hände frei behalten wollte, weil jede Art von Uebereinkommen mit Deutschland

[162]) Brit. D. IV, Nr. 195, S. 205.
[163]) Brit. D. IV, Nr. 203, S. 217; ebenso Nr. 201, S. 214 u. Nr. 209, S. 224. In der G. P. wird angenommen, daß ein solcher Versuch überhaupt nicht unternommen worden sei, was durch die engl. Veröffentlichungen wohl als überholt gelten kann. (G. P. 19, S. 522, Anm. ***).
[164]) Brit. D. IV, Nr. 209, S. 225 (minute).
[165]) Brit. D. IV, Nr. 203, S. 217.
[166]) s. o. S. 67.
[167]) Taube, S. 53 ff; s. u. S. 84.
[168]) G. P. 19, Nr. 6203, S. 436 ff.

für die Allianz mit Frankreich sich nachteilig erweisen müßte und Rußland in eine falsche Stellung bringen möchte. Doch wäre damals der Druck, den die beiden Kaiser auf ihn ausübten, noch sehr stark, so daß es fraglich erschiene, ob er seine Politik durchsetzen könnte[169]). Das Zusammengehen mit Frankreich war für ihn der Grundpfeiler seiner Politik; deshalb kam für ihn ein Abkommen mit Deutschland allein nicht in Frage. Die Stellungnahme war für ihn schon klar, als er auftragsgemäß die Frage an Frankreich richtete, ob es gewillt sei, einem deutsch-russischen Bündnis beizutreten. Als die Ablehnung erfolgte, ließ er den Plan gleich fallen[170]).

Der Zar, der sehr unsicher in seinen politischen Auffassungen und leicht beeinflußbar war[171]), konnte verhältnismäßig leicht umgestimmt werden. Schon bei der Abschiedsaudienz von C. Hardinge, über die derselbe am 24. Oktober berichtet[172]), zeigte er sich völlig für die Verständigung mit England gewonnen. Aber er wurde nur als unsicherer Faktor von den Vertretern der Westmächte gewertet; denn später sagt Bompard von ihm nur, daß er zur Zeit nicht unter dem Einfluß des Deutschen Kaisers stehe[173]).

Dem allgemeinen Druck konnte Witte allein nicht widerstehen. Neben den außenpolitischen Einwirkungen machte sich die katastrophale innerrussische Lage geltend.

In einer Zeit, da die Wogen der Revolution immer höher gingen, mußte die außenpolitische Aktionsfähigkeit des Landes sehr gemindert sein. Hatte man gehofft, durch die Gewährung der Bulyginschen Verfassung am 19. August die Ruhe weitgehend wieder herzustellen, so mußte man arg enttäuscht sein. Die nur beratende Stellung des Parlaments, die vorgesehen war, befriedigte durchaus nicht. Der Kongreß der Semstwomänner, Bauern- und Studentenkongresse stellten immer weitergehende Forderungen auf. Die Streiks griffen immer mehr um sich und legten im Oktober das öffentliche und wirtschaftliche Leben einfach still[174]). Die Lage gestattete auf keinen Fall irgendwelche außenpolitischen Experimente, und bestenfalls als solche wurden von einer starken und einflußreichen Partei Pläne, die auf eine engere Verbindung mit Deutschland hinzielten, aufgefaßt.

Deshalb schloß sich Witte der Lamsdorff'schen Auffassung insoweit an, daß er es für richtiger hielt, daß Rußland vorläufig allein bliebe, ohne eine engere Verbindung mit Deutschland, doch auch ohne ein Abkommen mit England. Da der Zar sich aber auf das Björkoe-Abkommen festgelegt hatte, mußten Gründe gesucht werden, die ein Fallenlassen des Vertrages Deutschland gegenüber erklären konnten.

---

[169]) Brit. D. IV, Nr. 198, S. 211.
[170]) Brit. D. IV, Nr. 209, S. 224; vgl. auch S. 225, (minute); s. o. S. 81 f.
[171]) Taube, S. 47.
[172]) Brit. D. IV, Nr. 202, S. 215 f.
[173]) Brit. D. IV, Nr. 210, S. 226 f. (S. 227).
[174]) Hoetzsch, S. 98 f.; vgl. Taube, S. 79.

Der Vertrag hatte vor allem formelle Mängel, auf die Baron von Taube nachdrücklich hinweist[175]). Außer von den beiden Monarchen war das Dokument deutscherseits von dem damaligen Gesandten von Tschirschky und russischerseits von dem Marineminister Birileff gegengezeichnet, die beide nicht die zuständigen Staatsmänner waren. So hatte es nur die Bedeutung eines „Präliminarvertrages", „der die beiden Souveräne band, . . . der, bevor daraus ein wirklicher internationaler Vertrag wurde, von den entsprechenden verantwortlichen Ministern unterzeichnet und mit den Staatssiegeln der beiden Reiche versehen werden mußte"[176]). Doch diese Seite bemängelte man in der russischen Regierung nicht, sondern beschränkte sich auf innere Kritik, indem man die Unverträglichkeit dieses Abkommens mit dem bestehenden russisch-französischen Bündnisvertrag festzustellen suchte. Diese Kritik aber war wohl kaum berechtigt; denn das Abkommen war, wie Freiherr von Taube ausführt, „ein Verteidigungsbündnisvertrag mit einer auf die Angelegenheiten Europas beschränkten Wirkung und mit der Bestimmung, daß er im Augenblick des Friedensschlusses im Fernen Osten in Kraft treten solle; außerdem war, da Rußland sich schon durch eine gleiche Verpflichtung gegenüber Frankreich gebunden hatte, vorgesehen, daß Frankreich offiziell von der russischen Regierung aufgefordert werden sollte, dem Vertrage beizutreten". Trat Frankreich aber dem Abkommen nicht bei, so wurde dadurch, nach v. Taube, sein Inkrafttreten nicht in Frage gestellt[177]). Die maßgebenden Kreise in Rußland stellten sich aber auf diesen Standpunkt.

So wünschte der Zar in einem Schreiben vom 7. Oktober an den Kaiser[178]) das Inkrafttreten des Vertrages hinausgeschoben zu sehen, bis Frankreich dafür gewonnen sei, da einer Hilfe Rußlands für Deutschland gegen Frankreich der russisch-französische Bündnisvertrag entgegenstände. In derselben Richtung arbeitete Witte, indem er von einem Anerbieten des Deutschen Kaisers Gebrauch machte, sich in besonderen Fällen durch den Fürsten zu Eulenburg unmittelbar an ihn zu wenden; er schreibt am 8. Oktober an den Fürsten[179]), daß der Zar an dem Björkoevertrag festhalte und wie er selbst von dessen Wichtigkeit überzeugt sei. Auch der Minister des Aeußeren sei grundsätzlich derselben Ansicht. Nur die französisch-russischen Verträge machten Schwierigkeiten, besonders, da man nicht gegen die französische öffentliche Meinung angehen könne. Alles hinge von der Geschicklichkeit der Diplomaten und ihrer Tatkraft ab. — Bei der nun folgenden Diskussion über den Vertrag zwischen den deutschen und den russischen Stellen wurde er von Deutschland verteidigt. Für Rußland aber mußte die Tatsache, daß

[175]) v. Taube, S. 52 ff.
[176]) v. Taube, S. 54.
[177]) v. Taube, S. 54.
[178]) G. P. 19, Nr. 6247, S. 512 f.
[179]) G. P. 19, Nr. 6250, S. 518 ff. (Anlage).

Frankreich dem Abkommen nicht beitrat, als Handhabe dienen, es nicht in Kraft treten zu lassen[180]).

Bedeutete diese Haltung für Witte auch nicht ein Aufgeben des Planes überhaupt, sondern nur ein zeitweiliges Zurückstellen desselben, so mußte sie doch schärfste Kritik erfahren. Der Deutsche Kaiser beklagt sich bitter über ihn[181]), was auch nicht zu verwundern ist, wenn man die begeistert ausgesprochene Zustimmung Wittes zu dem Plan, der durch dieses Abkommen verwirklicht werden sollte, bedenkt und sich der Ehrungen erinnert, die ihm in Rominten zuteil wurden. Besonders ungünstig wird er von Baron v. Taube beurteilt, der ihm „Doppelzüngigkeit" vorwirft[182]). Nach nur flüchtigem Lesen des Vertrages habe er diesen in der schärfsten Weise verurteilt und ohne Umschweife alles daran gesetzt, um ihn zu annullieren[183]). Dabei kann sich v. Taube auf die eigene Darstellung Wittes, die er in seinen Erinnerungen gibt, stützen[184]). Doch sind diese Erinnerungen flüchtig abgefaßt, „ohne irgendwelche Dokumente, aus dem Gedächtnis"[185]). Wie an anderen Stellen, sind auch bei dieser Frage Irrtümer nicht ausgeschlossen. Korostowetz führt Wittes veränderte Stellungnahme auf sachliche Gründe zurück, auf die Ereignisse, die stärker waren als er[186]). Auch die britischen Dokumente, die seit der Veröffentlichung des Barons von Taube erschienen sind, geben ein für Witte wesentlich günstigeres Bild, indem sie seine veränderte Haltung nicht als unbegründet erscheinen lassen, sondern als Folge der intensiven Einwirkungen von englischer und französischer Seite. Zum ersten Male wird darüber von Sir Charles Hardinge am 21. Oktober berichtet[187]): „The extravagantly Germanophil attitude of Count Witte since his return has also shown some modification during the past few days, and he has openly stated that there is now no question of an alliance with Germany and that he is in favour of a policy of friendly isolation of Russia while maintaining the best possible relations with all Foreign Powers and relying upon the French alliance as the corner-stone of Russian policy." Witte hatte sich also nur entschlossen, den Plan zurückzustellen, da er es nicht für möglich

---

[180]) Vgl. Taube, S. 54 ff.

[181]) Witte, Erinnerungen, S. 293; vgl. Taube, S. 65.

[182]) Taube, S. 62, Anm. 2; dort verweist Taube auf Angaben Wittes (gest. 1915!), die er 1917 einem russischen Journalisten gegenüber gemacht habe; vgl. Iswolsky, Mémoires, p. 31 ss.

[183]) Taube, S. 57 ff. — S. 58 f. führt v. Taube die „Inkonsequenzen" Wittes auf psychologische Momente zurück: „Tatsache ist, daß das Hauptmotiv aller Taten und Handlungen dieses Staatsmannes jederzeit ein unersättlicher Machthunger, eine wahrhafte dominandi libido nach dem Ausdrucke des Heiligen Augustin war, verbunden mit völliger moralischer Skrupellosigkeit". Korostowetz, dem das Werk Taubes auch schon vorgelegen hat, (Korostowetz, S. IX), übernimmt diese Vorwürfe nicht (Korostowetz, S. 218).

[184]) Witte, Erinnerungen, S. 289 ff.

[185]) Witte, Erinnerungen, Vorwort v. Hoetzsch, S. 8 f.; vgl. auch: ebenda, S. 13, u. Korostowetz, S. IX.

[186]) Korostowetz, S. 218.

[187]) Brit. D. IV, Nr. 201, S. 214.

hielt, ihn jetzt durchzuführen, und er wollte Rußland zunächst die außenpolitische Unabhängigkeit sichern, die es vor dem Krieg mit Japan gehabt hatte.

Denn die französische und auch die englische Freundschaft war damals für Rußland, dessen Finanzen durch den Krieg und die Revolution ein großes Defizit aufwiesen, von grundlegender Bedeutung. Noch immer war Frankreich Rußlands Hauptgläubiger. Doch die jetzt notwendigen Gelder konnte es allein nicht aufbringen. Die Anleiheverhandlungen mit Deutschland verliefen aber sehr unbefriedigend, während England sehr entgegenkommend war. Hatte sich Witte noch auf der Rückreise von Portsmouth gerühmt, eine französisch-englische Anleihe, die eine Spitze gegen Deutschland gehabt habe, verhindert zu haben[188]), mußte er jetzt Sympathien für England zeigen, um von dort Unterstützung zu erhalten.

Die Haltung Deutschlands in der Anleihefrage findet ihre teilweise Erklärung in dem Verlauf der Marokkoverhandlungen, die damals in Paris zur Vorbereitung der Algeciras-Konferenz geführt wurden[189]). Deutschland war mit seiner Forderung nach einer internationalen Konferenz durchgedrungen, und um das Konferenzprogramm wurden die Verhandlungen geführt. Eine gütliche Einigung bildete die Voraussetzung für jeden Versuch, einen kontinentalen Block zu schaffen, für den Witte tätig war. Daß dieser Frage grundlegende Bedeutung beigemessen wurde, beweisen die englischen Akten, indem sie u. a. eine Aeußerung des österreichischen Botschafters in Petersburg wiedergeben, „that an important part of the scheme was a reconciliation between Germany and France, on the subject of Morocco, through Russia's mediation, which Count Witte undertook to effect"[190]).

Auf seiner Rückreise von Portsmouth hatte Witte schon in Paris Gelegenheit, auf die Verhandlungen um das Konferenzprogramm Einfluß zu nehmen. Der deutsche Gesandte in Tanger, Rosen, verteidigte zäh den deutschen Standpunkt, weshalb die Verhandlungen nicht zum Schluß kamen[191]). Es war eine Spannung eingetreten, die sich auch in einer Erregung der Presse widerspiegelte. Gewisse Kreise glaubten, man stehe am Vorabend eines Krieges mit Deutschland. Banken zogen schon Wertbestände aus den Grenzgebieten zurück[192]). In dieser Situation ersuchte Rouvier Witte um seine Vermittlung, damit Deutschland in Einzelheiten nachgebe. Er habe schon Zugeständnisse gemacht, die Delcassé verweigert hätte, aber wenn er weiter ginge, könne er die Dinge nicht vor der Kammer vertreten. Witte trug die französischen Wünsche dem Fürsten Radolin vor, der weitgehend mit ihm übereinstimmte in dem Bestreben,

---

[188]) s. o. S. 31.

[189]) Vgl. auch: André Tardieu, La Conférence d'Algésiras, p. 1—14.

[190]) Spring-Rice zu Sir Edward Grey, 12. 2. 06. Brit. D. IV, Nr. 209, S. 225.

[191]) G. P. 19, S. 508, Anm. ***.

[192]) Witte, Erinnerungen, S. 268; Korostowetz, S. 148.

sobald wie möglich zu einer Einigung zu gelangen, und ihn bat, entsprechend auf den Kanzler einzuwirken[193]). In diesem Sinne berichtete Radolin auch dem Fürsten Bülow. Es handelte sich damals hauptsächlich um das deutsche Verlangen, daß Frankreich schriftlich erkläre, es wolle von der Forderung des Mandats der Westgrenze von Marokko absehen. Eine entsprechende mündliche Erklärung wollte Rouvier wohl geben, bat aber um Zustimmung zu einem Konferenzprogramm, das diese Forderung nicht enthielt, um seine eigene Stellung nicht zu gefährden. Radolin fährt fort: „Herr Witte bemerkte zum Schluß, daß, wenn eine Verständigung jetzt nicht zustande käme, England allein der tertius gaudens sein würde, der unablässig bemüht sei, Frankreich und Deutschland zu entzweien." „Angesichts der Bedeutung des Herrn Witte und seines direkten Auftrages" glaubte Radolin, darüber berichten zu sollen[194]). Auch in den nächsten Tagen behoben sich die Schwierigkeiten noch nicht, und Rouvier legte dem deutschen Botschafter noch einmal seine Stellungnahme dar. „Der Inhalt seiner Aeußerungen deckt sich mit den Erklärungen, die er mir durch Herrn Witte hatte zugehen lassen", schreibt Fürst Radolin[195]). Eine Vermittlung Wittes war dem Gesandten Rosen unerwünscht, und er schlägt deshalb telegraphisch dem Reichskanzler vor, daß man ihm ohne Eingehen auf Einzelheiten antworten solle, „daß Angelegenheit bereits zu beiderseitiger Zufriedenheit geregelt sei . . ." Er fürchtet den Eindruck, daß die Einigung mit Frankreich nur durch Intervention Rußlands möglich gewesen sei, was auch in Frankreich deprimierend wirken würde. Radolin fügt hinzu, daß es nach seiner Meinung schwer sein würde, Witte gegenüber eine solche Erklärung abzugeben, da derselbe von dem ihm befreundeten Rouvier selbst orientiert sei. „Die Demarche Wittes bei mir erfolgte auf direkten Wunsch Rouviers"[196]). In seiner Antwort stimmt Bülow der Auffassung Radolins bei[197]). So hatte Witte also Gelegenheit, bei seinen Unterredungen in Berlin mit Bülow und in Rominten mit dem Kaiser im Sinne einer Verständigung zu wirken.

Die Erklärungen des Kaisers über seine auf einen Kontinentalbund abzielenden Bestrebungen boten Witte Gelegenheit, auf die französische öffentliche Meinung hinzuweisen, die einem solchen Plan abgeneigt sei und erst allmählich zu anderer Stellungnahme gebracht werden könne, und zwar müsse das durch entgegenkommendes Verhalten unserer Diplomatie geschehen[198]). Der Kaiser legte dagegen das inkorrekte Handeln der französischen Regierung dar, wogegen Witte auf die Entlassung Delcassés als Beweis des guten Willens hinwies. Er unterrichtete den Kaiser über die Meinungs-

[193]) Witte, Erinnerungen, S. 268 f.
[194]) G. P. 20, Nr. 6820, S. 582 f.; s. auch Nr. 6819, S. 579 ff.
[195]) Radolin an das Auswärtige Amt, 25. 9. 05. G. P. 20, Nr. 6823, S. 585; vgl. auch Nr. 6826, S. 587 f.
[196]) G. P. 20, Nr. 6821, S. 583 f.
[197]) G. P. 20, Nr. 6824, S. 585 ff. (S. 587).
[198]) Witte, Erinnerungen, S. 276.

verschiedenheiten zwischen Rouvier und den deutschen Vertretern und wies darauf hin, daß Fürst Radolin ihm bezeugt habe, „daß Rouvier alle Zugeständnisse mache, die er machen könne". Und er fügte hinzu: „Wenn wir eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich wollen, so brauchen wir notwendig ein entsprechendes Ministerium in Frankreich. Wenn die Verhandlungen zwischen Rouvier und dem deutschen Vertreter scheitern und infolgedessen das Ministerium Rouvier fällt, dann kann an seine Stelle ein neues Ministerium treten, das sich zu dem Gedanken einer Annäherung an Deutschland feindlich verhält." Er plädiert dafür, die strittigen Fragen einer internationalen Konferenz vorzulegen, worauf der Kaiser, den er überzeugt habe, wie Witte sagt, ein entsprechendes Telegramm an Bülow aufgesetzt habe[199]). Diese Drahtmeldung vom 27. September, in der der Kaiser ein Eingreifen in Paris im Sinne eines Entgegenkommens Frankreich gegenüber fordert, wird durch Bülow dem Auswärtigen Amt mitgeteilt[200]).

Auch in einem Brief an den Zaren schreibt der Kaiser über diesen Schritt: „Witte hat freundlicherweise den Franzosen in der Marokkofrage den Rat gegeben, Vernunft anzunehmen, und ich habe Radolin beauftragt, so „konziliant" wie möglich zu sein, so daß ich nunmehr hoffe, wir werden uns in ein paar Tagen einigen"[201]). Bülow teilt in einem Schreiben dem Auswärtigen Amt Wittes Stellungnahme zum Konferenzprogramm mit und sagt: „Marokko, so hofft Witte, werde endlich in Güte erledigt werden. Er habe nach beiden Seiten in Paris zum Guten geraten", und der Kanzler fragt an, ob endlich der Abschluß erfolgt sei[202]). Die Einigung auf das Konferenzprogramm war aber schon am selben Tage, dem 28. September, auf das obige Telegramm des Kaisers hin erfolgt[203]).

Witte hat also zweifellos Einfluß auf den Gang der Marokkoverhandlungen gehabt. Doch hat er sich das entscheidende Verdienst an dem Zustandekommen der Konferenz überhaupt zugeschrieben[204]), ja sogar dafür, daß es 1905 zu keinem Zusammenstoß zwischen Deutschland und Frankreich gekommen ist[205]). Damit

---

[199]) Witte, Erinnerungen, S. 277 f.

[200]) G. P. 19, Nr. 6245, S. 508.

[201]) Rominten, 26. 9. 05. Goetz, S. 209; vgl. auch S 213.

[202]) G. P. 20, Nr. 6830, S. 590 f. (28. 9. 05).

[203]) G. P. 19, S. 508, Anm. ***.
Ueber Wittes Einfluß auf die Einigung in Paris vgl. Belg. D. III, Nr. 13, S. 62/63 ff. (Berliner Bericht vom 28. 9. 05): „. . . Zu den vom russischen Minister berührten Fragen gehört auch die Marokkofrage, mit der er sich schon in Paris beschäftigt hatte. Geschah es durch seinen Einfluß oder nur infolge eines zeitlichen Zusammentreffens, daß die letzten Schwierigkeiten, die noch zwischen Deutschland und Frankreich schwebten, während seines Aufenthalts in Berlin behoben wurden? Dem französischen Botschafter Herrn Bihourd, der den Fürsten Bülow gleich nach seiner Begegnung mit Herrn Witte gesehen hat, ist vom Kanzler mitgeteilt worden, der Abschluß des Vergleichs stände unmittelbar bevor . . ."

[204]) Witte, Erinnerungen, S. 278 u. 440.

[205]) Vgl. Witte, Erinnerungen, S. 281.

übertreibt er aber seinen Einfluß sehr. Die Abhaltung einer Konferenz war schon vor seiner Vermittlertätigkeit beschlossen worden, seinem Eingreifen ist aber eine etwas schnellere Einigung auf das Konferenzprogramm zu danken[206]).

Die intensiven Bemühungen Wittes um eine Einigung sind in erster Linie aus der Sorge um das Zustandekommen einer russischen Anleihe zu erklären. Frankreich konnte die Einwilligung zu der Anleihe erst nach günstiger Beendigung der Konferenz geben. Deshalb konnte es bei diesen Verhandlungen außer auf die Unterstützung seitens Englands auch auf die durch Rußland rechnen, und zwar nicht nur, weil es sein Verbündeter war, sondern auch wegen der Anleihefrage[207]). Aus der politischen Situation nach Abschluß des Björkoevertrages heraus, der vorläufig nicht in Kraft war, dessen Tendenz man aber grundsätzlich bejahte, mußte Rußland jedoch bei der damaligen Führung der politischen Geschäfte in Petersburg nach beiden Seiten hin vermittelnd wirken. Das betont Witte auch ausdrücklich, allerdings sah man sich gezwungen, in den Fällen, in denen keine Einigung zustande kam, für Frankreich zu stimmen. Dessen Vertreter nutzten die Situation natürlich aus und zeigten sich unnachgiebig. Dieser festen Gruppierung gegenüber verteidigten die deutschen Vertreter ihren Standpunkt zähe, und so zog sich die Konferenz sehr lange hin[208]).

Der Verlauf der Verhandlungen interessiert hier nur so weit, als darin die Stellungnahme Wittes Deutschland gegenüber zum Ausdruck kommt.

Inzwischen kamen die Vorverhandlungen über die russische Anleihe zum Abschluß, nämlich während des Aufenthalts Neitzlins in Petersburg, der am 15. Februar 1906 kam und fünf Tage in Zarskoje Selo blieb, und zwar wurde die Bestimmung getroffen, daß die Anleihe sofort abgeschlossen werden sollte, sobald die Marokkofrage gelöst wäre[209]). Doch in Algeciras waren noch sehr große Schwierigkeiten zu überwinden, und Witte setzte alles daran, sie zu lösen.

Am 20. Februar kann von Schoen von einer Unterredung mit Witte berichten[210]), in der dieser die schwierige Lage Rußlands, die sich aus der Zurückhaltung der Bankwelt bei einer Fortdauer der Spannung zwischen Frankreich und Deutschland ergebe, dargelegt hatte. „Angesichts der hohen Pläne und versöhnlichen Absichten, von denen Seine Majestät der Kaiser und König ihm in Rominten zu sprechen die Gnade gehabt, überrasche es ihn, daß wir bei Marokkofrage den in Opferung Delcassés und Annahme der Konfe-

---

[206]) In seinen Unterredungen mit dem Grafen Moy hat Witte denselben Standpunkt bezüglich seines Einflusses auf die Marokkokrise aufrecht erhalten, wie in seinen Erinnerungen. Graf Moy, a. a. O. (Berliner Monatshefte VIII, S. 833 f.)

[207]) Witte, Erinnerungen, S. 447.

[208]) Witte, Erinnerungen, S. 448.

[209]) Witte, Erinnerungen, S. 448 f.

[210]) von Schoen an das Auswärtige Amt, 20. 2. 06, G. P. 21, Nr. 7025, S. 192 f.

renz liegenden französischen Konzessionen so wenig Rechnung tragen und die ebenfalls entgegenkommenden Vorschläge Frankreichs in Polizeifrage als ungenügend erachten. Unsere Politik erwecke den Anschein, eine Demütigung Frankreichs zu beabsichtigen." Diese letzte Vermutung wird auch in einem Bericht ausgesprochen, den Witte am 23. Februar dem Zaren unterbreitete und in dem er auf die günstige Situation Deutschlands hinwies: „Rußland ist nicht in der Lage, Frankreich eine wesentliche bewaffnete Hilfe zu erweisen. Oesterreich und Italien werden Deutschland nicht stören. England kann Frankreich auf dem Festlande nicht zu Hilfe kommen, und Deutschland kann Frankreich allein natürlich zerquetschen . . .[211])."

Bülow weist den Wunsch Wittes nach entgegenkommenderer Haltung Deutschlands zurück[212]). Am Schluß seiner Antwort an Schoen heißt es: „Wenn Graf Witte auf die russischen Interessen hinweist, die durch eine Verlängerung der Spannung in der Marokkofrage leiden würden, so dürfte es sich dringend empfehlen, daß er die französische Regierung zu einer etwas weniger intransigenten und einer etwas mehr ihren früheren Zusagen entsprechenden Haltung zu bewegen sucht."

Die Lage hatte sich derart zugespitzt, daß man sich in London nüchtern die Möglichkeit eines Krieges überlegte. Die Meinungen gingen aber darüber auseinander, ob eine Lösung des Konflikts durch Krieg zweckmäßig sei, oder ob man Frankreich zum Nachgeben raten solle. In einem Memorandum vom 20. 2. 1906 verbreitet sich Sir Edward Grey über die Gefahrenmomente, die ein Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich heraufbeschwören würde[213]). Er hält das Risiko für zu groß und rät deshalb zum Nachgeben Frankreichs, auch um den Preis eines deutschen Hafens in Marokko. Wenn man Deutschland entgegentreten wolle, so sei der derzeitige Augenblick denkbar ungünstig gewählt. — In einer Aufzeichnung im Anschluß an dieses Memorandum hält Sir C. Hardinge die Gefahr eines Krieges nicht für gegeben[214]). Er hält es für nicht sicher, daß Deutschland einen Krieg wagen werde, wenn man in Berlin damit rechnen müsse, daß für Rußland damit der casus foederis gegeben sein werde. Wenn man dort jedoch wisse, daß England vollkommen „solidaire" mit Frankreich sei, so würde das Deutschland fast sicher vom kriegerischen Eingreifen abhalten, da Deutschland seine gesamte Handelsflotte und fast seinen ganzen Außenhandel verlieren müsse. Er fährt fort: „Wenn Frankreich im Stich gelassen wird, ist ein Abkommen oder ein Bündnis zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland in naher Zukunft sicher. Dieses wurde während der letzten sechs Jahre zweimal vorgeschlagen und stellt das Ideal des Kaisers dar,

[211]) Witte, Erinnerungen, S. 450.

[212]) G. P. 21, Nr. 7025, S. 192 f. (Randbemerkungen) und Bülow an Schoen, 21. 2. 06, G. P. 21, Nr. 7026, S. 193; vgl. auch Witte, Erinnerungen, S. 452 (Telegr. Graf Lamsdorffs an den russischen Botsch. in Berlin v. 22./9. Febr. 06).

[213]) Brit. D. III, Nr. 299, (deutsch: S. 429 ff.).

[214]) Brit. D. III, Nr. 299, (deutsch: S. 431).

wobei Frankreich und Rußland Trabanten im deutschen System würden. In Rußland gibt es viele Politiker, die für einen solchen Plan eingenommen sind, darunter Graf Witte. Diese sind für das französische Bündnis aus rein wirtschaftlichen Gründen und für eine Entente mit Deutschland aus Furcht vor dessen Feindschaft."

C. Hardinge spricht sich recht deutlich über die Ziele der englischen Politik aus und stellt wohl absichtlich die deutsche Lage zu ungünstig dar. Denn wenn Rußland im Konfliktsfall auch den casus foederis als gegeben angesehen haben würde, so würde das bei der damaligen Lage unseres östlichen Nachbarn wenig bedeutet haben. Darüberhinaus hätte eine solche Entwicklung die Absichten der damals noch an der Macht befindlichen Richtung, deren Haupt Witte war, durchkreuzt.

Um eine solche Entwicklung zu verhüten, unterstrich Witte seine Erklärungen, die er dem deutschen Botschafter gegenüber abgegeben hatte[215]), noch durch ein Schreiben an den Fürsten Eulenburg[216]), in welchem er das Hauptgewicht auf die allgemeine Politik legte, die eine Kontinentalliga erfordere. In dieser Weise äußert er sich auch sehr ausführlich in einer anderen Unterredung mit dem deutschen Botschafter vom 23. Februar[217]), in der er wieder zurückgreift auf die Unterhaltung mit dem Kaiser von 1897. Hinter diese großen Gesichtspunkte müßten kleinere Streitfragen zurücktreten. Er fügt hinzu: „. . . Graf Lamsdorff . . . stehe ganz auf dem gleichen politischen Boden wie er, auf dem Programm russisch-deutsch-französischer Freundschaft."

Doch alle diese Beeinflussungsversuche erreichten nicht viel, und Bülow rät Witte, er möge einen Druck auf Frankreich ausüben, damit ein Kompromiß unter der vereinbarten Losung „ni vainqueur ni vaincu" zustande komme[218]). So sah man sich in Rußland wohl zu einem Artikel im Petersburger Regierungsorgan veranlaßt, der sich inhaltlich mit den von Witte und Lamsdorff gemachten Aeußerungen deckte[219]) und in Deutschland viel Aufsehen erregte. Schoen brachte den Artikel mit der russischen Rücksichtnahme auf Frankreich wegen der Anleihefrage in Verbindung und sah sich veranlaßt, am folgenden Tage, dem 4. 3. 1906, eine ausführliche Darstellung unseres Verhältnisses zu Rußland zu geben[220]). Er schließt aus der zwischen dem obigen Zeitungsartikel und den Aeußerungen Wittes und Lamsdorffs bestehenden Uebereinstimmung, daß es die finanzielle Abhängigkeit

---

[215]) s. o. S. 89 f.

[216]) G. P. 21, Nr. 7027, S. 195 ff. (Anlage); s. Witte, Erinnerungen, S. 452 f. Nach A. Tardieu, La Conférence d'Algésiras, p. 246, wäre dieser Brief auf französische Veranlassung geschrieben: „. . . le Comte Witte, à notre demande, adressait à l'empereur d'Allemagne une communication directe et pressante . . ."; vgl. auch G. P. 21, S. 195 Anm.

[217]) v. Schoen an den Fürsten von Bülow, 24. 2. 06, G. P. 21, Nr. 7029, S. 198 ff.

[218]) G. P. 21, Nr. 7028, S. 197 f.

[219]) G. P. 21, Nr. 7052, S. 234 f.

[220]) G. P. 21, Nr. 7028, S. 251 ff.

von Frankreich sei, die Rußland zu der parteiischen Stellungnahme treibe.

Bald danach — das Kabinett Rouvier war am 8. März aus innerpolitischen Gründen gestürzt worden und an seine Stelle das Kabinett Sarrien getreten, dem als Finanzminister Poincaré und als Außenminister Bourgeois angehörten[221]) — ereignete sich ein Zwischenfall von nachhaltigem Einfluß auf die deutsch-russischen Beziehungen, der durch Indiskretionen des russischen Botschafters Nelidow und des damaligen Journalisten André Tardieu hervorgerufen wurde. Der französische Botschafter Bompard hatte im russischen Außenministerium vorgesprochen und gebeten, daß man den Eindruck zerstreuen möge, der durch Gerüchte hervorgerufen worden sei, daß Rußland den deutschen Standpunkt in Algeciras unterstützen wolle. Daraufhin telegraphierte Graf Lamsdorff an den russischen Bevollmächtigten Cassini, daß Rußland seinen Verbündeten Frankreich zwar in allen seinen gerechten Bestrebungen unterstützen wolle, sich aber auf Einzelheiten nicht einlassen könne und sein eigentliches Ziel immer im Auge behalten müsse: „die Aussöhnung der beiden uns befreundeten Mächte (Frankreich und Deutschland) auf Grund einer beider Teile würdigen Vereinbarung"[222]).

Dieses Telegramm wurde dem Grafen Osten-Sacken und Nelidow mitgeteilt. Am folgenden Tage wurden die Instruktionen in entstellter Form im „Temps" veröffentlicht: Nelidow hatte Tardieu Mitteilung davon gemacht[223]). Die Veröffentlichung verursachte in Deutschland großes Aufsehen, besonders dadurch, daß die Mitteilung in Berlin durch den Botschafter von Osten-Sacken erst nach der Veröffentlichung des „Temps" erfolgte[224]). Bülow forderte daraufhin die Bekundung eines anderen Standpunktes durch Lamsdorff, wenn auch die von Graf Osten-Sacken mitgeteilten Instruktionen nicht so verletzend seien, wie die im „Temps" veröffentlichten, aber immerhin noch derart, daß ein Eingehen Deutschlands auf den französischen Standpunkt erschwert werde[225]). Bülow rät dem deutschen Botschafter, in der Sache auch bei Graf Witte zu intervenieren, da die Haltung, die Rußland einnehme, für eine deutsche Anleihe ungünstig stimmen müsse. Daß eine andere Interpretation der den russischen Unterhändlern gegebenen Weisungen „im gegenwärtigen Augenblick noch mehr im russischen als im deutschen Interesse liegt, wird Graf Witte vielleicht eher fühlen als Graf Lamsdorff". Daraufhin machte der

---

[221]) Der belgische Gesandte in Paris schiebt die Schuld an dem Sturz des Kabinetts „der Demonstration des Königs von England für Delcassé" zu; s. Belg. D. III, S. 122 ff. Eduard VII. war Anfang März 1906 in Paris und empfing dort auch Delcassé. Vgl. Schwertfeger, Der Fehlspruch von Versailles, Belg. D., 1. Komm.-Bd., S. 116; ebenfalls vgl. den Bericht des belg. Ges. in Paris v. 6. 3. 06 u. des belg. Ges. in Berl. v. 5. 4. 06; Belg. D., I. Erg. Bd., Nr. 16 u. 17, S. 42 ff.

[222]) Witte, Erinnerungen, S. 455.

[223]) Vgl. Tardieu, S. 351 f.

[224]) Tardieu, S. 332.

[225]) Fürst Bülow an von Schoen, 22. 3. 06. G. P. 21, Nr. 7122, S. 312 f.

russische Außenminister dem deutschen Botschafter Mitteilung über die Vorgeschichte der „Temps"-Veröffentlichung und gab die Erklärung ab, daß er sie mißbillige und daß Rußland eine neutrale, vermittelnde Stellung einnehmen wolle[226]). Er verwahrte sich dagegen, daß Rußland sich einseitig auf die Seite Frankreichs stelle, aber durch das russisch-französische Bündnis habe Rußland Verpflichtungen. Andererseits stehe Rußland zu Deutschland in aufrichtiger Freundschaft, sein ganzes Bestreben gehe dahin, diese zu vertiefen und dem Laufe der Dinge eine Wendung in dem Sinne zu geben, daß die drei Staaten in ungetrübter Freundschaft sich zusammenfinden"[227]).

Das Verhalten Tardieus wurde allgemein scharf verurteilt, sogar von Nelidow in Paris, besonders aber von Witte. In einem unveröffentlichten, aber bei den Akten befindlichen Brief bezeichnet er die Veröffentlichung des „Temps" als „unqualifizierbar" und „als eine Intrige, die den Zweck gehabt habe, die Eintracht zwischen Deutschland und Rußland und das von ihm, Witte, erstrebte Zusammengehen Deutschlands, Rußlands und Frankreichs zu stören"[228]).

Wenn auch Nelidow das Vorgehen Tardieus verurteilte, so ist er selbst doch nicht ohne erhebliche Schuld an dem Zwischenfall gewesen. Graf Lamsdorff wirft ihm „erstaunlichen Leichtsinn" vor[229]), und Witte sagt in einer diesbezüglichen Unterredung zu dem deutschen Botschafter, „Herr Nelidow sei ein ganz unfähiger Diplomat, ein Mann, der sich mehr wie ein Agent Frankreichs, wie als ein russischer Botschafter geriere. Er habe schwere Taktlosigkeiten und Fehler begangen, namentlich in seinem Verkehr mit der Presse"[230]).

So sehr man aber auf russischer Seite diesen Zwischenfall auch aufzuklären und vergessen zu machen versuchte, fand man in deutschen Kreisen diese Erklärung doch nicht ausreichend. Die Randbemerkungen des Kaisers zu dem betreffenden Bericht v. Schoens sind sehr skeptisch gehalten, und der deutsche Botschafter kennzeichnet die deutsche Auffassung wohl richtig, wenn er am Schluß seines Berichtes schreibt, daß man sich auf russischer Seite mit einer vertraulichen Bezeichnung Nelidows als Sündenbock und einer offiziösen Richtigstellung aus der Affäre ziehen zu wollen scheine[231]).

Diese Haltung Rußlands auf der Konferenz entsprang einer außenpolitischen Unsicherheit der Regierung. Ihre Gründe lagen großenteils in der finanziellen Abhängigkeit des Landes, wodurch eine offene Stellungnahme zugunsten Deutschlands unmöglich wurde, obwohl sie der politischen Auffassung des damaligen Ministerpräsidenten entsprochen haben würde. In Deutschland war diese profranzösische Haltung mitbestimmend für den Entschluß, eine Beteili-

---

[226]) G. P. 21, Nr. 7123, S. 313 ff.
[227]) G. P. 21, Nr. 7125, S. 318.
[228]) G. P. 21, S. 314, Anm. **.
[229]) Witte, Erinnerungen, S. 455 f.
[230]) G. P. 21, Nr. 7125, S. 319.
[231]) G. P. 21, Nr. 7125, S. 319 f.

gung an der großen internationalen Anleihe Rußlands abzulehnen[232]), und gleichzeitig zog auch Amerika seine Zusage zurück. England aber räumte weitgehenden Kredit ein[233]). Die deutsche Absage wirkte sich wieder politisch aus als Verminderung des deutschen Einflusses auf Rußland, das weiter in wirtschaftlicher Abhängigkeit besonders von Frankreich blieb, zu der nun auch die von England trat, und das damit immer mehr von der englisch-französischen Politik ins Schlepptau genommen wurde[234]).

Der Konferenzverlauf unterstrich dieses Ergebnis deutlich. Die Mächtegruppierung, in der Deutschland noch nicht ein Jahrzehnt später den Existenzkampf wagen mußte, zeichnete sich damals bereits ab. Witte beklagt dieses Ergebnis sehr: „Ueberhaupt muß man sagen, daß Deutschland keine kluge Politik in Algeciras trieb. Anstatt diese Konferenz als Gelegenheit wahrzunehmen, den ersten Schritt zu einer wirklichen Annäherung an Frankreich zu tun und auf das Bündnis Rußland, Deutschland, Frankreich, das auf ein europäisches Kontinentalbündnis hinauslaufen mußte, hinzuarbeiten, ließ Deutschland es dazu kommen, daß die Konferenz eine Annäherung zwischen Rußland und England herbeiführte. Ich kann es mir bis jetzt nicht vorstellen, daß hier nur eine mangelnde Weitsicht der deutschen Politik vorlag . . . “ [235]).

Unter den schon ausgeführten verschiedenen Gründen, die zusammen diese Entwicklung bedingten, ist einer der wichtigsten, daß es Witte während seiner Amtszeit, insonderheit als Ministerpräsident, nicht gelang, der russischen Politik eine andere Richtung zu geben. Das hatte seinen Grund zum Teil in den behandelten finanziellen Rücksichten den Westmächten gegenüber, wesentlich dafür waren aber auch widerstrebende innerpolitische Strömungen und vor allem die ablehnende Haltung des größten Teils der russischen Diplomatie. Nur eine längere Regierung, und zwar in ruhigeren Zeiten, als jene Monate der Revolution waren, hätte in dieser Beziehung Erfolge zeitigen können.

Bei der Affäre der „Temps“-Veröffentlichung hatte sich die Unzulänglichkeit der russischen Auslandsvertreter in krasser Weise gezeigt, die Außenpolitik auf eigene Faust machten. Zu dem Brief des Grafen Lamsdorff, der das Verhalten Nelidows in dieser Angelegenheit scharf kritisierte[236]), sagt Witte: „Meinerseits muß ich sagen, daß Nelidow einen solchen erstaunlichen Leichtsinn häufig auch in ernsteren Sachen bewiesen hat. Während der letzten Jahre, da er Botschafter in der Türkei war, hat er uns fast in das Abenteuer der Eroberung des Bosporus hineingeführt, was natürlich einen europäischen Krieg zur Folge gehabt hätte. Ich hatte hernach Mühe,

---

[232]) s. o. S. 33 u. 35. Vgl. Belg. D. III, Nr. 37 (Bericht des Berliner Gesandten v. 11. 4. 06).

[233]) Witte, Erinnerungen, S. 458 ff. Korostowetz, S. 218.

[234]) Korostowetz, S. 218.

[235]) Witte, Erinnerungen, S. 459 f.

[236]) s. o. S. 92 f.

die Angelegenheit zu beseitigen"[237]). Zur Charakterisierung der Unmöglichkeit Nelidows erzählte er in einer Unterredung mit dem Botschafter Freiherrn von Schoen[238]), daß derselbe eine Dekoration für Rouvier nur habe überreichen wollen, falls auch Delcassé eine solche erhalten würde. „Eine russische Dekoration Delcassés, noch dazu im jetzigen Augenblick, wäre ein unerhörter direkter Affront gegen Ihren kaiserlichen Herrn gewesen, dem wir alle, und ich ganz besonders, Dank und höchste Verehrung zollen, und dessen Bild, wie Sie sehen, hier stets vor meinen Augen steht. Und mit solchen diplomatischen Vertretern muß man sich behelfen — es ist jammervoll!"

Von den anderen russischen Diplomaten, die in ihrer politischen Arbeit nicht in der Richtung arbeiteten, wie sie Witte wünschte, ragt neben den Botschaftern Graf Benckendorff in London und Graf Murawiew in Rom besonders Iswolsky hervor[239]), der die Grundzüge seiner späteren Politik, die auf die Schaffung einer antideutschen Koalition hinausliefen, schon bei einem Besuch Eduards VII. in Kopenhagen mit dem englischen König festgelegt hatte[240]). In der Unterredung vom 14. April 1904 hatte der König über die einzuschlagende Politik gesagt: „Ich möchte gern, daß diese Annäherung zwischen England und Frankreich den ersten Schritt und sozusagen die Brücke zu jener anderen, gewiß viel schwierigeren, aber auch viel notwendigeren und wünschenswerteren Verständigung bilden möge. Indem ich so spreche, zähle ich darauf, daß Sie den Sinn meiner Worte denjenigen mitteilen werden, die darum erfahren sollten, und daß Sie Ihrerseits zu einer gerechten Würdigung meiner Ansichten in Ihrem Lande beitragen werden"[241]). Auf Grund des Berichts des Königs von England über diese Unterredung sagte Lansdowne in seiner Antwort vom 15. April: „ . . . Lord Lansdowne hat immer gehört, daß man Iswolsky für einen Mann hält, der in nicht zu ferner Zeit eine hervorragende Rolle in den Angelegenheiten seines Landes spielen dürfte . . ." [242]). Sir Sidney Lee schreibt dazu: „Mehrere Jahre sollten vergehen, ehe des Königs Wunsch ein „fait accompli" wurde. Rußland hatte weder einen Delcassé noch einen Cambon, die diesen Wunsch früher hätten zur Reife bringen können, obwohl Iswolsky König Eduard eifrig in seinem Bestreben unterstützte, die englisch-russische Spannung zu beseitigen."[243]).

Aber noch während der Ministerpräsidentschaft Wittes, als Iswolsky schon mit seiner Ernennung zum Außenminister rechnete,

---

[237]) Witte, Erinnerungen, S. 456.

[238]) G. P. 21, Nr. 7125, S. 316 ff. (S. 319). (Bericht vom 25. 3. 06).

[239]) Vgl. Schoen, S. 38 f. Kaiser Wilhelm II. weist die Schuld an dem Gelingen dieser Politik der „Iswolski-Gruppe" zu. Kaiser Wilhelm II., Ereignisse und Gestalten, S. 270; vgl. auch o. S. 67.

[240]) Iswolsky, S. 24. Stieve, Friedr., Iswolsky und der Weltkrieg, S. 2.

[241]) Iswolskys Bericht an Graf Lamsdorff über diese Unterredung vom gleichen Tage, 14. 4. 04, bei S. Lee, II, S. 275.

[242]) S. Lee, II, S. 277.

[243]) S. Lee, II, S. 278.

hielt er eine Besprechung der Botschafter von Rom, Paris und London in Paris ab über die Frage der Nützlichkeit eines deutsch-russischen Bündnisses, wobei man zu dem einstimmigen Schluß kam, „daß die Außenpolitik Rußlands weiterhin auf der unerschütterlichen Grundlage seines Bündnisses mit Frankreich beruhen müsse, daß aber dieses Bündnis durch Abkommen mit England und Japan gestärkt werden solle“[244]).

Es ist klar, daß unter derartigen Verhältnissen in der russischen Diplomatie eine deutsch-russische Annäherung nicht vorwärts gebracht werden konnte, und man versteht den Wunsch Wittes, im Interesse dieser Ziele für den Fall seines Rücktritts als Ministerpräsident einen einflußreichen Auslandsposten zu erhalten, und zwar an der entscheidenden Pariser Botschaft.

Solche Pläne mußten schon älter sein; denn Witte schreibt, daß seine Gegner ihn vor seiner Fahrt zu den Verhandlungen nach Portsmouth der Feindschaft gegen Frankreich verdächtigt hätten, besonders auch Murawiew, der russische Botschafter in Rom; „er fürchtete, daß ich den Botschafterposten in Paris bekäme, auf den er lauerte“[245]). Dieser Plan wird weiter bei seinen Unterredungen in Rominten erörtert worden sein, da man sich klar darüber war, daß gründliche diplomatische Vorarbeit für die Schaffung einer Kontinentalliga nötig sei. In dem Sinne empfiehlt der Kaiser dem Zaren beiderseitige Instruktionen, nach denen die deutschen und die russischen Gesandten verpflichtet sein sollten, in allen gemeinsamen Fragen zusammenzuarbeiten, was nicht verfehlen würde, den Eindruck zu schaffen, daß die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarreichen enger geworden seien[246]).

In dem späteren Briefwechsel zwischen Witte und dem Fürsten Eulenburg, der die Schwierigkeiten behandelte, die einem sofortigen Inkrafttreten der Verträge im Wege standen[247]), wird der Plan, den russischen Botschafterposten in Paris mit Graf Witte zu besetzen, durch die Akten belegt. Witte schreibt, da die französische öffentliche Meinung einem Zusammengehen mit Deutschland abgeneigt sei, hänge alles von der Geschicklichkeit der Diplomatie und ihrer Tatkraft ab: Die Gewandtheit der Botschafter in Paris sei entscheidend[248]). In seinem Antwortschreiben[249]), das nach Fühlungnahme mit dem Kaiser und dem Fürsten Bülow abgefaßt wurde, bedauert Eulenburg, daß es bei der Wichtigkeit der Rolle, die der Diplomatie zufalle, zur Zeit wegen der inneren Unruhen in Rußland nicht möglich sei, daß Witte nach Paris geschickt werde. „Mais je ne peux pas m'abstenir de penser que le Comte Witte, installé comme titulaire à l' ambassade russe aux bords de la Seine, serait exactament ‚the right man in the right place'.“

[244]) Stieve, S. 3 f.; s. o. S. 67.
[245]) Witte, Erinnerungen, S. 237.
[246]) Wilhelm II. an Nikolaus II., 26. 9. 05, Goetz, S. 212.
[247]) s. o. S. 84.
[248]) G. P. 19, Nr. 6250, S. 519 f. (Anlage).
[249]) G. P. 19, Nr. 6252, S. 521 (undatierter Entwurf, Oktober 1905).

Durch Wittes Ernennung zum Ministerpräsidenten Anfang November 1905 wurden solche Pläne zunächst hinfällig. Aber die Notwendigkeit eines diplomatischen Revirements bestand nach wie vor, wenn die außenpolitische Richtung ernsthaft eingeschlagen werden sollte, für die er sich auch als Ministerpräsident in einem Schreiben an Eulenburg[250]) einsetzt, das zum Nachgeben in der Algeciraskonferenz rät, und in dem er darauf hinweist, daß er tief von der Ueberzeugung durchdrungen sei, daß die Zukunft Europas auf der Errichtung eines Festlandsbündnisses beruhe. Für sie glaubte er als russischer Botschafter in Paris erfolgreich wirken zu können, wie er in einer ausführlichen Unterredung mit Freiherrn von Schoen vom 23. Februar darlegte[251]): „Wenn er, Witte, das Glück hätte, seinem längst gehegten Wunsche entsprechend, Botschafter in Paris zu sein — von den derzeitigen russischen Diplomaten draußen auf wichtigen Posten sei kaum einer, der seine Aufgabe richtig erfasse —, er machte sich anheischig, die Franzosen in sechs Monaten Deutschland in die Arme zu führen." Wenn Witte derartig optimistische Aeußerungen tat, so mochte er dabei auf Unterstützung durch Finanzkreise rechnen, zu denen er gerade in Paris gute Verbindungen unterhielt. Er suchte Nelidow mit allen Mitteln aus seiner Stellung zu verdrängen, doch selbst Iswolsky unterschiebt ihm dabei keine persönlichen, ehrgeizigen Motive[252]).

Die Möglichkeit, ihm einen solchen Posten zu übertragen, hätte sich nach seinem Rücktritt als Ministerpräsident, der am 5. Mai 1906 erfolgte, geboten. Bei der Abschiedsaudienz bat ihn der Zar, den ersten in Europa frei werdenden Botschafterposten zu übernehmen. „Bitte", sagte er, „sobald ein Botschafterposten vakant wird, erinnern Sie mich daran, denn ich werde Sie unbedingt ernennen." Witte schreibt dazu: „Nach einem Jahre erinnerte ich den Kaiser daran, habe aber niemals eine Antwort erhalten"[253]). Nach Korostowetz hatte der Zar ihm den Botschafterposten in Berlin in Aussicht gestellt, „da er doch stets für die Annäherung Rußlands an Deutschland eingetreten war und damit die Hoffnung verbunden hatte, die internationale Bedeutung des russischen Reiches zu fördern". Als Witte sich aber auftragsgemäß zu gegebener Zeit in Erinnerung brachte, „nahm der Zar nicht die geringste Rücksicht darauf und wählte Swerjebew, ein gehorsames Werkzeug in den Händen Sasonows und Iswolskys. Das ist auch verständlich, da er Witte viel zu sehr fürchtete und zudem immer mehr in das antideutsche Fahrwasser geriet", schreibt Korostowetz[254]). Iswolsky betont selbst seine Gegnerschaft gegen Witte und dessen außenpolitische Richtung, wie auch die Tatsache, daß er stets dessen Ernennung zum Botschafter verhindert habe: „J' étais, pour ma part, convaincu que la nomination du Comte

---

[250]) G. P. 21, Nr. 7027, S. 195, Anlage (20. 2. 06).
[251]) G. P. 21, Nr. 7029, S. 198 ff. (S. 201).
[252]) Iswolsky, S. 169.
[253]) Witte, Erinnerungen, S. 491.
[254]) Korostowetz, S. 250.

Witte à Paris serait nuisible et même dangereuse pour nos relations avec la France et avec l'Angleterre, et j'avoue que en ma qualité de Ministre des Affaires Etrangères, je m'y suis toujours montré peu favorable"[255]).

Wenn Witte auch die Hoffnung nicht aufgab, in den aktiven Staatsdienst zurückzukehren, so beurteilte er doch die Aussichten sehr skeptisch. S. M. von Propper teilt eine Aeußerung von ihm mit, „er habe von diesem Kaiser keine neue Ernennung zu erwarten, weder als Botschafter, was ihm am liebsten wäre, noch als Minister"[256]).

Innerpolitische Gründe hatten seinen Rücktritt veranlaßt. Bei der verwirrten politischen Situation hatte er sich in allen Lagern Feinde geschaffen. In seinem Entlassungsgesuch vom 2. April 1906 schreibt er[257]): „Die Revolutionäre verwünschen mich dafür, daß ich während der Zeit der aktiven Revolution mit meiner ganzen Autorität und mit vollster Ueberzeugung für die allerentschiedensten Maßnahmen eingetreten bin. Und die Liberalen verfolgen mich, weil ich, gemäß meiner Eides- und Gewissenspflicht, die Prärogative der kaiserlichen Gewalt verteidigt habe und bis zum Grabe verteidigen werde. Und die Konservativen verfluchen mich, weil sie mir, zu Unrecht, jene Veränderungen der staatlichen Ordnung zuschreiben, die seit der Zeit der Ernennung des Fürsten Swjatopolk Mirski zum Minister des Innern vor sich gegangen sind." Das Kabinett war nicht homogen — Witte hielt vor allem die Belastung durch den Innenminister P. N. Durnowo nicht für tragbar[258]) — und der Zar sah die Lage des Landes nicht so schwarz wie Witte[259]). So schied Witte am 5. Mai 1906 aus seinem Amt, nachdem er seinem Lande noch einen der größten Dienste erwiesen und durch seine Autorität in den internationalen Finanzkreisen die große Anleihe zustande gebracht hatte, die Rußland finanziell wenigstens für die nächste Zeit sicherstellte[260]).

Witte hatte die innerpolitische Krise nicht zu meistern vermocht. Selbst konservativ, konnte er die maßlosen Ansprüche der Linken, die weit über die gegebenen Möglichkeiten hinausgingen, nicht erfüllen, fand aber seine einflußreichsten Gegner auf der Rechten, da er ihren reaktionären Forderungen nicht nachkommen wollte.

Außenpolitisch stand Witte auf verlorenem Posten. Doch auch nach seinem Abgang blieb er seiner Ueberzeugung treu[261]). Das konnte Iswolsky noch in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg feststellen, als er schon Botschafter in Paris war und öfter Gelegenheit zu Unterhaltungen mit dem Grafen hatte, wenn sich derselbe auf dem Wege nach Biarritz in Paris aufhielt[262]). Witte hielt die deutsch-

---

[255]) Iswolsky, S. 169.
[256]) v. Propper, S. 282.
[257]) Witte, Erinnerungen, S. 487.
[258]) Witte, Erinnerungen, S. 486, 493.
[259]) Antwortschreiben des Zaren v. 29. 4. 06; Witte, Erinnerungen, S. 489.
[260]) Hoetzsch, S. 103 f.
[261]) Korostowetz, S. 288. Bülow, II, S. 44.
[262]) Iswolsky, S. 170.

feindliche Stimmung in Frankreich nicht mehr für so scharf, wie sie sonst noch vielfach beurteilt wurde. „Attribuant une influence exagérée à certains groupements financiers européens, il était persuadé qu'avec leur aide on pouvait arriver à créer entre la France et l'Allemagne des liens d'affaires qui prépareraient la voie à un rapprochement politique, et ne doutait pas, s'il était ambassadeur à Paris, de pouvoir obtenir ce resultat"[263]). Auch Suchomlinow bestätigt, daß Witte noch nach seinem Abgange für eine russisch-französisch-deutsche Verständigung arbeitete, daß er nach Besserung der russisch-deutschen Beziehungen den mitteleuropäischen Dreibund durch einen westöstlichen zu ersetzen trachtete. Bei Gerüchten über Kriegsgefahr im Jahre 1912, so schreibt der russische Kriegsminister, habe Witte ihn um Vermittlung bei dem Zaren ersucht, da der Krieg unter allen Umständen vermieden werden müsse, welche Möglichkeit allein durch ein Bündnis mit Wilhelm II. gegeben sei. Der Zar wies jedoch die Anregungen des ehemals allmächtigen Ministers ab[264]).

Entsprechend seiner Auffassung verurteilte Witte auch den Weltkrieg in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter Paléologue als sinnlos und unheilvoll für Rußland, da „selbst ein völliger Sieg über die Hohenzollern und Habsburger nur ein Signal zur Ausrufung von Republiken in ganz Mitteleuropa" sein würde[265]). So schreibt auch Fürst Bülow: „Der Hauptgrund . . . ., aus dem Witte ein Vertreter des Friedens und der Eintracht mit dem deutschen Nachbar war, lag in seiner felsenfesten Ueberzeugung, der er, wie ich höre, bis zum letzten Augenblick seines Lebens treu geblieben ist, daß ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland vielleicht zum Sturz der Hohenzollern, sicherlich zum Sturz der Romanows führen und nur der Revolution zugute kommen würde"[266]). Als er am 13. März 1915 gestorben war, sagte der Zar zu Paléologue: „Ich hoffe, lieber Botschafter, daß Sie nicht allzu betrübt über sein Verschwinden sind?", worauf dieser antwortete: „Keineswegs, Majestät. Als ich meine Regierung von seinem Tode in Kenntnis setzte, schloß ich mit dem Satz: Ein Herd großer Intrigen erlosch mit ihm!"[267]).

---

[263]) Iswolsky, S. 171.

[264]) W. A. Suchomlinow, Erinnerungen, deutsche Ausgabe, S. 229 ff. Graf Moy berichtet aus seinen Gesprächen mit Witte vom Juli 1914: „Witte glaubte noch 1914, die Aufgabe, Frankreich für das kontinentale Mächtebündnis zu gewinnen, wäre damals, nämlich 1905, nicht unmöglich gewesen, obwohl die Marokkofrage schon so viel Schaden gestiftet hatte. Seither aber seien durch Iswolsky alle Brücken zwischen Deutschland und Rußland abgebrochen worden und jedes Bemühen im Sinne seines politischen Ideals aussichtslos geworden." (Berliner Monatshefte, VIII (1930), S. 827).

[265]) Korostowetz, S. 288 f.

[266]) Bülow, II, S. 44 f.

[267]) Korostowetz, S. 289.

Zusammenfassung

Ueberblickt man den von Graf Witte ausgeübten außenpolitischen Einfluß, so muß man feststellen, daß er sich stets für Unterhaltung guter Beziehungen zu Deutschland eingesetzt hat, nicht, weil er besondere Sympathien für unser Vaterland gehabt hätte; denn eigentlich deutschfreundlich ist er „trotz seines Namens und germanischen Blutes so wenig gewesen, wie er deutsche Bildung in sich aufgenommen hätte"[1]). Ihn leiteten bei seiner Stellungnahme nüchterne Erwägungen, indem ihm ein Zusammengehen der beiden Nachbarreiche am ehesten geeignet schien, den Frieden zu wahren, der nötig war, um seine wirtschaftlichen und finanziellen Erfolge zu sichern, weiterhin, um eine organische innerpolitische Entwicklung zu ermöglichen, und schließlich, um die in vernünftigen, gemäßigten Bahnen gedachte Expansion Rußlands zu gewährleisten.

Er war der Auffassung, daß Deutschland und Rußland sich wirtschaftlich ergänzen müßten, und in dem Sinne beeinflußte er die Handelsbeziehungen und schloß die Handelsverträge von 1894 und 1904 ab. Auch an den vielen Anleihen, die Rußland aufzunehmen genötigt war, hätte er Deutschland gern in höherem Maße beteiligt. Doch bei der raschen wirtschaftlichen Entwicklung hatten wir nicht so viel anlegungsbedürftiges Kapital, wie es Frankreich zur Verfügung stellen konnte, und die Wege, die der Finanzminister hier zu beschreiten hatte, waren auch schon vorgezeichnet durch die Verträge mit Frankreich und durch das bis 1894 geltende deutsche Lombardverbot. In der Folgezeit hat auch Deutschland viele Anleihen für Rußland aufgebracht; ihre politische Bedeutung hat Witte oft hervorgehoben, doch war er in der Beziehung weitgehend Opportunist, indem er das Geld nahm, wo er es bekommen konnte, und so hat er sogar gelegentlich in England Geld zu erlangen versucht.

Wenn Witte auch stets die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Deutschland betonte, so hat er sich doch auch — hauptsächlich in zwei Fragen — im Gegensatz zur deutschen Politik befunden, in der Frage der Besetzung Kiautschous und in der des Bagdadbahnprojektes.

Er warf der deutschen Politik vor, daß durch die Erwerbung des ostasiatischen Flottenstützpunktes die russische Expansion im Fernen Osten sich später in einem Tempo vollzogen hat, wie es von ihm nicht gewünscht wurde. Die aggressivere Richtung in der russischen Ostasienpolitik erhielt die Oberhand, wodurch Witte seinen entscheidenden Einfluß verlor und der Gegensatz zu Japan bis zum Kriege getrieben wurde, der das Unglück für Rußland bedeutete.

Den Bau der Bagdadbahn bekämpfte er, weil dadurch russische Belange beeinträchtigt wurden; weiterhin sah er aber auch die poli-

[1]) Hoetzsch im Vorwort zu Witte, Erinnerungen, S. 21.

tischen Folgen voraus, den ein dort bestehender gemeinsamer Gegensatz Rußlands und Englands gegen Deutschland haben müßte, daß nämlich Rußland in die falsche Front gedrängt würde.

Denn für ihn war der russisch-englische Antagonismus gegeben, der in der entgegengesetzten Richtung der Expansion beider Reiche begründet war. Diese Gegnerschaft zeigt sich in seiner gesamten außenpolitischen Einflußnahme. Als Gegengewicht gegen England wünschte und betrieb er die Schaffung einer Kontinentalliga und traf sich dabei mit Plänen, die auf deutscher Seite bestanden.

In erreichbare Nähe schien dieses Ziel durch das Björkoe-Abkommen gerückt worden zu sein, über das er sich zunächst begeistert äußerte, dessen Annullierung er aber hernach mit betrieb. Seine Stellungnahme zu diesem Vertrag ist sehr umstritten, man hat sie noch in jüngster Zeit auf die verschiedenste Art zu deuten gesucht. Er selbst hat sie ja damit erklärt, daß er von der Tragweite der Abmachungen erst in Petersburg Kenntnis erhalten hätte. Doch sind sich darin alle Beurteiler einig, daß diese Erklärung nicht genügen kann. Freiherr von Taube sucht eine andere in psychologischen Momenten, in Mängeln seines Charakters und in seinem „Machthunger"[2]). Paul Ostwald schreibt, Witte habe nach dem Vertrag von Portsmouth mehr als ein Bündnis mit Deutschland ein solches mit England gesucht; die englische Diplomatie sei ihm bei den Friedensverhandlungen in der Frage der Verweigerung der Zahlung von Kriegskosten beigesprungen, was die Wirkung auf ihn nicht verfehlt habe[3]). Dem deutschen Kaiser gegenüber habe er in Rominten dem Plan nicht aufrichtig zugestimmt, wohl aber sei seine Empörung über Wilhelm II. Lamsdorff gegenüber echt gewesen[4]). Doch muß Ostwald zugeben, daß Witte auch nach seiner Rückkehr nach Petersburg den Plan ernstlich erwogen haben müsse, was sich aus den britischen Dokumenten ergebe[5]). Diese positive Stellung zu dem Abkommen habe er also noch vertreten, nachdem er auch durch Lamsdorff Kenntnis von dem Vertrag gehabt haben muß. Diese Darlegungen klären die Angelegenheit nicht, abgesehen davon, daß auch die oben zitierte Ansicht über die Stellung Wittes einem russisch-englischen Abkommen gegenüber sich kaum aufrecht erhalten läßt. Graf Max Montgelas stellt fest, daß eine hinreichende Erklärung für Wittes geänderte Stellungnahme bis jetzt noch nicht gegeben worden sei[6]).

---

[2]) von Taube, S. 57 ff; s. o. S. 85.

[3]) Paul Ostwald, Der Vertrag von Björkoe und die Einkreisung Deutschlands. In: Berliner Monatshefte, VIII (1930), S. 680—688 (S. 686).

[4]) Ostwald, Der Vertrag von Björkoe, a. a. O., S. 686 f.

[5]) Ostwald, Der Vertrag von Björkoe, a. a. O., S. 687.

[6]) Graf Max Montgelas, Rußland und Europa 1904—1914, I./II. In: Berliner Monatshefte, VIII (1930) S. 237—247 u. 330—344. S. 242 sagt er: „Eine hinreichende Erklärung für diesen Umfall Wittes ist meines Wissens bis jetzt noch nicht gegeben worden. Verletzte Eitelkeit darüber, daß der deutsche Kaiser ihm den Plan nicht persönlich mitgeteilt habe, kann nicht die Ursache sein. Denn bei seinem Besuch in Rominten wurde der Minister über den Inhalt des Abkommens genau unterrichtet, wenn er auch vielleicht den Wortlaut nicht eingesehen hat."

Nach dem Ergebnis der Untersuchungen in dieser Arbeit muß die Haltung Wittes m. E. aus der politischen Situation heraus erklärt werden, die er bei seiner Rückkehr vorfand. Das größte Hindernis für einen kontinentalen Zusammenschluß bildete die Haltung Frankreichs, das seine Gegnerschaft gegen Deutschland nicht aufgeben wollte. Gerade damals aber mußte Rußland die größte Rücksicht auf seinen Bundesgenossen nehmen trotz der zweifelhaften Rolle, die dieser in dem eben beendeten Kriege gespielt hatte, weil das französische Kapital bei der Aufnahme der großen Anleihe, die Rußland für die Liquidierung des Krieges dringend brauchte, nicht zu entbehren war. Von Deutschland war das Geld nicht zu erhalten, schließlich lehnte dies sogar die Beteiligung an der Anleihe ab. So hatte Rußland damals nicht die Möglichkeit, auf Frankreich einen Druck auszuüben, wobei auch die Widerstände zu berücksichtigen sind, die aus der Haltung eines großen Teiles der russischen Diplomatie erwuchsen, der für einen Anschluß an England und Frankreich arbeitete.

So bestand damals keine Möglichkeit, das Abkommen durchzuführen, weder mit Einbeziehung Frankreichs, noch ohne diese, weil Frankreich seinen Widerstand dagegen ebensowenig aufgegeben haben würde. Zur Erreichung dieser Ziele wäre längere Vorarbeit und maßgeblicher Einfluß der Kreise um Witte nötig gewesen.

Das sah er bald nach seiner Rückkehr ein, weshalb er sich bemühen mußte, zunächst zur Macht zu gelangen und, angesichts der politischen Verhältnisse, den Björkoe-Vertrag zu annullieren. Dabei gab er aber nicht seine Hoffnung auf, ein ähnliches Abkommen später zu erreichen, vielmehr war das sein Ziel, zu dessen Erreichung eine grundlegende Aenderung in der russischen Diplomatie herbeigeführt werden mußte. — Für diese Erklärung spricht auch die Tatsache, daß Witte diesen Anschauungen treu geblieben ist, auch nach dem Verlust seiner Macht.

Es war nicht ein Traumbild, dem er nachjagte, sondern ein Programm, das reale Bedeutung hatte, suchte er zu verwirklichen. Denn er blieb stets Exponent einer Machtgruppe, von der es nicht ausgeschlossen war, daß sie wieder den entscheidenden Einfluß erhalten würde. Von Bemühungen dieser Gruppe berichtet beispielsweise Suchomlinow[7]), von solchen Hoffnungen spricht auch ein österreichischer Bericht aus Paris vom 28. September 1912, der Bezug nimmt auf einen von Witte inspirierten Artikel in der „Neuen Freien Presse"[8]). In den Bereich der Möglichkeit wurden solche Hoffnungen gerückt durch die in Aussicht stehenden Verhandlungen über den 1915 ablaufenden deutsch-russischen Handelsvertrag, wovon in den österreichischen Akten die Rede ist[9]). Daß Witte daran aktiven Anteil nehmen wollte, geht auch aus seiner Unterredung mit B. Hulder-

[7]) s. o. S. 99. Er weist aber darauf hin, daß bei den damaligen diplomatischen Vertretern in Petersburg (Pourtalès u. Paléologue) der Plan des Grafen Witte nicht durchzuführen gewesen sei. Suchomlinow, S. 381.

[8]) Oe. A. IV, Nr. 3865, S. 486.

[9]) Oe. A. VII, Nr. 9417, S. 913 ff., u. Nr. 9427, S. 924 ff.

mann, dem Vertreter Ballins, hervor, die Anfang Juli 1914 in Bad Salzschlirf stattfand und in der er sich optimistischer dazu äußert, als (nach den österreichischen Akten) die deutschen Vertreter diesen Verhandlungen entgegen sahen; er weist dabei auf die Bedeutung der Person des Unterhändlers hin, wenn ein Ergebnis zustande kommen solle[10]).

Wenn einer neuen Machtergreifung Wittes auch die öffentliche Meinung ablehnend gegenüberstand, so hielt er selbst das nicht für ein entscheidendes Hindernis; denn auf einen derartigen Einwand des Grafen Moy bei den Unterhaltungen beider in Salzschlirf im Juli 1914 erwiderte der russische Staatsmann, „dem eine nicht unbeträchtliche Kenntnis Rußlands zuzutrauen war, eine öffentliche Meinung gebe es in Rußland nicht, es seien höchstens zehntausend Menschen dort, die einer politischen Idee fähig seien, und diese könne eine energische Regierung, wenn sie wolle, in drei Monaten umstimmen"[11]).

Die Richtung Wittes stand im Gegensatz zu der Partei, die zum Kriege trieb[12]); sie konnte ihn aber nicht verhüten. Aber auch während des Krieges vertrat Witte seine alte Auffassung, „auch, als ganz Petersburg von einem Chauvinismus ergriffen war, der kein Wort zu Gunsten der Mittelmächte duldete"[13]). In einer Unterredung mit Paléologue bezeichnete er „Rußlands angeblich historische Rolle auf dem Balkan" als eine „romantische Chimäre" und erklärte geradeheraus: „Dies dumme Abenteuer muß sobald wie möglich liquidiert werden!"[14]).

An der Möglichkeit, daß der Verlauf des Krieges Witte doch noch wieder zur Macht gelangen ließ, hinderte ihn sein Tod 1915, der von seinen Gegnern als Entlastung empfunden wurde. Er hinderte ihn, noch einmal als arbiter auftreten zu können.

Wittes außenpolitische Stellungnahmen sind nicht immer eindeutig, aber die große Linie ist klar. Die Entwicklung ging anders, als er hoffte und wofür er sich einsetzte. Die entgegenwirkenden Kräfte waren zu stark und die sich aus der Geschichte seines Landes ergebenden Schwierigkeiten zu groß, als daß er sich hätte durchsetzen können. So sind seine schlimmsten Befürchtungen Wirklichkeit geworden. Größere Arbeit und schwerere Opfer sind notwendig, das Unheil wieder zu beseitigen, als für seine Abwendung durch Aenderung der politischen Richtung erforderlich gewesen wären.

---

[10]) Bernhard Huldermann, Albert Ballin, S. 303 ff.; vgl. auch G. P. 39, Nr. 15 858, S. 579 ff. (S. 580, Anm. **).

[11]) Graf Moy, a. a. O. Berl. Monatshefte VIII, S. 827.

[12]) Daniloff schreibt über den Besuch Poincarés und Vivianis in Petersburg 1914, diese Beratungen wären schon deshalb notwendig gewesen, „weil es in Rußland eine, wenn auch kleine, so doch von keinem geringeren als dem Grafen Witte vertretene Gruppe" gegeben hätte, welche die unbedingte Waffenhilfe Frankreichs für Rußland angezweifelt hätte. Diese Unterstellungen hätten besonderes Gewicht erlangt, nachdem Viviani Ministerpräsident eines Linkskabinetts geworden sei. Jurij Daniloff, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, S. 59.

[13]) Korostowetz, S. 288.

[14]) Korostowetz, S. 288 f.

Literatur-Verzeichnis

Amtliche Aktenstücke zur Geschichte der Europäischen Politik 1885—1914. (Die Belgischen Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges.) Vollständige Ausgabe der vom Deutschen Auswärtigen Amt herausgegebenen Diplomatischen Urkunden aus den Belgischen Staatsarchiven, herausgegeben von Bernhard Schwertfeger. 5 Bde., 2 Ergänzungsbände und 2 Kommentarwerke. Berlin 1925. — Abkürz. im Text „Belg. D.".

Brandenburg, Erich, Von Bismarck bis zum Weltkrieg. 2. Aufl. Berlin 1925.

British Documents on the Origins of the War. 1898—1914, ed. by Gooch a. Temperley, London, 1926—1929, Vol. I.—IV. Abkürz. im Text „Brit. D.".

— Deutsche Ausgabe (Die Britischen Amtlichen Dokumente zum Kriegsausbruch 1889—1914. Hrsg. v. Hermann Lutz.) Bd. I—III, Berlin 1926 ff.

Bülow, Bernhard Fürst von, Denkwürdigkeiten, herausgegeben von Franz von Stockhammern. Bde. I u. II. Berlin 1930.

— Deutsche Politik, Berlin 1916.

Cleinow, Georg, Aus Rußlands Not und Hoffen. Bd. II. (Biogrph. Skizze von Graf Wittes Leben.) Berlin 1907.

Daniloff, Jurij, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch. Sein Leben und Wirken. Berlin 1930.

Documents Diplomatiques Français (1871—1914), 2e Série (1901—1911), Tome Ier (1901). Paris 1930. Abkürz. im Text „Doc. Dipl. Fr.".

Eckardstein, Hermann Freiherr von, Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. 2 Bde. Leipzig 1919.

Fay, Sidney Bradshaw, Der Ursprung des Weltkrieges. Aus dem Englischen übertragen von Edmund Schüler. Bd. I. Berlin 1930.

Franke, Otto, Die Großmächte in Ostasien von 1894—1914. Braunschweig u. Hamburg 1923.

Friedjung, Heinrich, Das Zeitalter des Imperialismus, 1884—1914. Bde. I bis III. Berlin 1919/1922.

Goetz, Walter, Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914. Berlin 1920.

Gottschalk, Erich, Deutschlands Haltung auf den Haager Friedenskonferenzen. In: Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Leitung: Alfred von Wegerer. 8. Jahrg. S. 447—456, Berlin 1930.

Große Politik, Die, . . . der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes, herausgegeben von Lepsius, Mendelssohn-Bartholdy und Thimme. Berlin 1923—1927. Abkürz. im Text „G. P.".

Grüning, Irene, Die russische öffentliche Meinung und ihre Stellung zu den Großmächten 1878—1894. Berlin u. Königsberg 1929.

Helms, Albert, Bismarck und Rußland. Diss. Freiburg 1927.

Helfferich, Karl, Die finanzielle Seite des Krieges. Marinerundschau, 5. Jahrg., 1904, 10. Heft, S. 1029—1107.

Herre, Paul, Weltgeschichte der neuesten Zeit. 1890—1925, Berlin 1925/26.

Hesse, Rudolf, Die Entente cordiale vom 8. 4. 1904. Diss. Münster 1928.

Hoetzsch, Otto, Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte vom Japanischen bis zum Weltkrieg, 2. Aufl. Berlin 1917.

Huldermann, Bernhard, Albert Ballin. Oldenburg i. O. u. Berlin, 1922. 4. Aufl.

Ibbeken, Rudolf, Das außenpolitische Problem Staat und Wirtschaft in der deutschen Reichspolitik 1880—1914. (Diss. München); Schleswig 1928.

Iswolsky, Alexandre, Mémoires. Paris 1923.

Korostowetz, Wladimir von, Graf Witte, der Steuermann in der Not. Deutsch von Heinz Stratz. Berlin 1929.

Lee, Sir Sidney, König Eduard VII. Eine Biographie. Deutsche Uebersetzung. Bd. II. Dresden 1928.

Mehnert, Klaus, Der Einfluß des Russisch-Japanischen Krieges auf die große Politik. Diss. Berlin 1930. (Teildruck).

Montgelas, Graf Max, Rußland und Europa 1904—1914. In: Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Leitung: Alfred von Wegerer. 8. Jahrg. S. 237—247 u. 330—344. Berlin 1930.

Moy, Carl Graf, Was mir Minister Witte erzählte In: Berliner Monatshefte, a. a. O., VIII (1930), S. 824—837.

Newton, Lord, Lord Lansdowne, a Biography. London 1929.

Nicolson, Harold, Sir Arthur Nicolson, First Lord Carnock. A Study in the Old Diplomacy. London 1930.

Oesterreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des Oesterreichisch-Ungarischen Ministeriums des Aeußeren. Bearbeitet von Ludwig Bittner u. Hans Uebersberger. Wien u. Leipzig 1930. Abkürz. im Text „Oe. A.".

Ostwald, Paul, Der Vertrag von Björkoe und die Einkreisung Deutschlands. In: Berliner Monatshefte, a. a. O., VIII (1930), S. 680—688.

— Ostasien und die Weltpolitik. Bonn 1928.

Propper, S. M. von, Was nicht in die Zeitung kam. Erinnerungen des Chefredakteurs der „Birschewyja Wedomosti". Frankfurt a. M. 1929.

Prowaseck, Hilde, Der Gedanke einer Kontinentalliga gegen England unter Wilhelm II. Diss. Jena 1928.

Rohrbach, Paul, Deutschland unter den Weltvölkern. 1899—1918. 5. Aufl. Stuttgart 1921.

Rosenberg, Artur, Die französische Außenpolitik zu Beginn des Jahrhunderts. In: Berliner Monatshefte, a. a. O., VIII (1930), S. 937.

Sasonoff, S. D., Sechs schwere Jahre, 2. Aufl. Berlin 1927.

Savinsky, Alexandre, Guillaume II et la Russie. Ses lettres et Dépêches à Nicolas II. In: Revue des deux Mondes. 92. année, VII. pér., tome 12, Paris 1922, p. 765—802.

Schoen, Freiherr von, Erlebtes: Beiträge zur politischen Geschichte der neuesten Zeit. Berlin 1921.

Schwabach, Paul H. von, Aus meinen Akten. Berlin 1927. (Nicht im Buchhandel.)

Schwertfeger, Bernhard, Wegweiser durch das große Aktenwerk der deutschen Regierung. 5 Bände. Berlin 1923—26.

Sibiriaseff, Paul Petrowitsch, Exzellenz Witte. Ein Blick in die Geheimnisse der russischen Finanzpolitik. Berlin 1904.

Steinmann, Friedrich von, Rußlands Politik im Fernen Osten und der Staatssekretär Bezobrazov. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des russisch-japanischen Krieges. Diss. Berlin 1931 (Teildruck).

Stieve, Friedrich, Iswolski und der Weltkrieg. Berlin 1924.

Stieve, Friedrich, und Montgelas, Graf Max, Rußland und der Weltkonflikt. (Entgegnung auf Sasonoffs „Sechs schwere Jahre".) Berlin 1927.

Suchomlinow, W. A., Erinnerungen. Deutsche Ausgabe. Berlin 1924.

Tardieu, André, La Conférence d'Algésiras. Histoire Diplomatique de la Crise Marocaine. Paris 1907.

Taube, Michael Freiherr von, Der großen Katastrophe entgegen. Die russische Politik der Vorkriegszeit und das Ende des Zarenreiches (1904—1917). Erinnerungen. Berlin 1929.

Tettau, Freiherr von, Der russisch-japanische Krieg. Amtliche Darstellung des russischen Generalstabes. Bd. I. Berlin 1911.

Waldersee, Alfred Graf von, Denkwürdigkeiten. Bd. II. Stuttgart u. Berlin 1923.

Wiese, Gertrud, Der Einspruch von Schimonoseki. Diss. Münster 1925.

Wilhelm II., Kaiser, Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918. Leipzig u. Berlin 1922.

Wilhelm, Kronprinz, Ich suche die Wahrheit! Ein Buch zur Kriegsschuldfrage. Stuttgart und Berlin 1925.

Witte, Graf, Erinnerungen, Mit einer Einleitung von Professor Otto Hoetzsch. Deutsch von H. v. Hoerner. Berlin 1923.

— Graf S. J., Vorlesungen über Volks- und Staatswirtschaft. Uebersetzt und eingeleitet von Josef Melnik. I. Bd. Stuttgart u. Berlin 1913.

— Graf, Erzwungene Aufklärungen. (Erwiderung auf den Bericht des General-Adjutanten Kuropatkin über den Krieg gegen Japan.) Uebersetzt von Dr. Carl Zivny. Wien u. Leipzig 1911.

Zaristische Diplomatie, In: Die Kriegsschuldfrage. Berliner Monatshefte, a. a. O. Jahrg. VI (1928), S. 638—670.

Ziekursch, Johannes, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches. III. Bd. Frankfurt a. M. 1930.

Zühlke, Herbert, Die Rolle des Fernen Ostens in den politischen Beziehungen der Mächte 1895—1905. In: Historische Studien, Heft 186. Berlin 1929.

Lebenslauf

Geboren bin ich, Alfred Hermann Klein, am 2. Januar 1902 zu Sende, Kreis Wiedenbrück, als Sohn des verstorbenen Bürovorstehers Maximilian Klein. Ich habe von 1908 bis 1916 die ev. Volksschule zu Eckardtsheim (Gemeinde Sende), von 1916 bis 1919 die Präparande zu Schildesche, von 1919 bis 1922 das ev. Lehrerseminar zu Herford besucht und Ostern 1922 die erste Lehrerprüfung bestanden. Die Reifeprüfung für das humanistische Gymnasium habe ich Herbst 1927 vor dem Provinzial-Schulkollegium zu Berlin-Lichterfelde abgelegt.

Ich studierte von Herbst 1924 bis Ostern 1930 in Münster (W.-S. 24/25 bis W.-S. 25/26), Berlin (S.-S. 26 bis W.-S. 27/28) und wieder in Münster (seit S.-S. 28) Geschichte, Deutsch und ev. Religionslehre. Meine Lehrer in Geschichte waren die Herren Professoren Brackmann, Hoetzsch, Meinecke, Münzer, † Philippi, Rieß, Schmitz-Kallenberg, Spannagel, † Sternfeld, Voigt und Wätjen.